

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. November 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Mk. für ein Jahr. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Beilage: Die Neue Welt 10 Pfg. Postabonnent: 1,10 Mk. für 10 Pfg. Postabonnent in die Post. Ausland: 2 Mk. für das Äußere Ausland 3 Mk. für das Innere Ausland. Postabonnent nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Bekanntmachungen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (frei gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der neueste Trick der Heeresverwaltung.

Der Umfang der so sorgfältig behüteten neuen Militärvorlage ist durch die Veröffentlichung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bekannt geworden. Mit dem 1. April 1911 endet das Quinquennat und das Kriegsministerium steht damit vor der Wahl, ob es die Heeresstärke in jedem Jahre gesetzlich festlegen, oder ob es diese Festlegung auf einige Jahre hinaus beschließen lassen soll. Allgemein nahm man an, daß ein neues Quinquennat (Festlegung auf 5 Jahre) kommen werde. Statt dessen scheint es dem Kriegsministerium angebracht, einen anderen Weg einzuschlagen. Man läßt das Quinquennat jetzt einfach ablaufen, unter der Voraussetzung, daß dadurch die Friedenspräsenz des deutschen Heeres keine Verminderung erfährt, und fordert gleichzeitig eine Vermehrung über die jetzige Stärke der Armee hinaus. Der in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte Entwurf des Etats für 1911 verlangt an Verstärkungen 107 Maschinengewehrkompanien, 1 Fußartillerieregiment, 1 Kraftfahrbataillon und 2 Luftschifferbataillone. Nebenher geht noch die Forderung einer Generalinspektion des Militärverkehrswezens und einer Inspektion des Militärluftschiff- und Kraftfahrwesens. Wie stark diese Generalinspektion und diese Inspektion sein sollen, darüber werden nicht einmal Andeutungen gegeben.

Im ersten Moment erscheint die gesamte Mehrforderung an der enormen Höhe des Militäretats gemessen, fast bescheiden. Die neue Vorlage würde den Etat mit nur 3 727 441 Mark in den fortlaufenden und mit 4 177 056 Mk. in den einmaligen Ausgaben mehr belasten. Diese anscheinende Bescheidenheit verfehlt sich aber sofort in das Gegenteil, wenn man die Konsequenzen aus den knappen Andeutungen zieht, die das Organ des Reichskanzlers über die beantragte Heeresvermehrung gemacht hat. Es wird nur gesagt, welche Formationen im Jahre 1911 neu geschaffen werden sollen, und daß dadurch rund 8 Millionen Mark Kosten verursacht würden. Rechnet man diese Angaben auf ein Quinquennatum, so würden sich schon 35 Millionen Mark Mehrausgaben ergeben, eine Summe, die erheblich schwerer ins Gewicht fällt. Man ist nun aber vor Ueberraschungen durchaus nicht sicher. In der militärischen Presse war längst davon die Rede, daß beim Militäretat nicht gespart werden dürfe, und es wurde gleichzeitig angedeutet, daß, wenn der Kriegsminister sparen wolle, dann die Parteien einzugreifen hätten, um der Heeresverwaltung das zu geben, was sie in Wirklichkeit für notwendig halte.

Deshalb ist es nötig, einmal zu zeigen, daß schon die jetzige Militärforderung eine ganz erhebliche ist, und daß ihre finanzielle Wirkung eine ganz andere sein muß, als es nach dem veröffentlichten Etatsentwurf scheint.

Die Armee hat gegenwärtig 16 Maschinengewehr-Abteilungen. Jede Abteilung besteht aus einem Hauptmann, drei Leutnants, einem Feldwebel, einem Vizefeldwebel, 12 resp. 13 Unteroffiziere und 71 resp. 72 Mann. Ferner hat jede Abteilung 54 Pferde. Die neue Vorlage fordert 107 Maschinengewehrkompanien, und es ist noch nicht ersichtlich, ob sich die jetzige Einheit Abteilung mit der künftigen Einheit Kompanie decken wird. Nehmen wir das aber gleichwohl an, so ergibt sich ein Mehrbedarf von 107 Hauptleuten, 321 Leutnants, je 107 Feldwebel und Vizefeldwebel, 1400 Unteroffiziere und zirka 8000 Mann. Weiter sind notwendig 5778 Pferde.

Dann wird angefordert ein Fußartillerieregiment. Dazu sind außer dem Regimentskommandeur mindestens nötig, drei Stabsoffiziere, 10 Hauptleute und 32 Leutnants, also 46 Offiziere; außerdem Hauptmeister, Büchsenmacher, Feldwebel, Vizefeldwebel, Unteroffiziere und Spielleute 210, Gefreite und Gemeine 1030 Mann.

Die Kraftfahrabteilungen sind augenblicklich noch ziemlich schwach, sie bestehen aus 32 Offizieren, 43 Unteroffizieren und 69 Mann. Die neue Vorlage verlangt ein Kraftfahrbataillon, über dessen Gliederung nähere Angaben nicht gemacht werden. Schätzt man das Bataillon auf den vierfachen Bestand der jetzigen Abteilungen, so handelt es sich um weitere 96 Offiziere, 129 Unteroffiziere und 207 Mann. Die zwei neuen Luftschifferbataillone bedingen 38 Offiziere, 126 Unteroffiziere und 526 Mann. Die neue Heeresvorlage erfordert also, gering gerechnet, eine Erhöhung der Friedenspräsenz um etwa 620 Offiziere und zirka 11 500 Unteroffiziere und Gemeine! Natürlich würden die angeforderten Mehrkosten von 7 903 717 Mk. auch nicht entfernt hierfür ausreichen! Deshalb wird erklärt, daß die erforderlichen Unteroffiziere und Mannschaften zu einem großen Teil durch Etats herabsetzungen bei den bestehenden Truppenteilen und durch Anrechnung bestehender Formationen gewonnen werden solle. Man besorgt hier wieder einmal die Taktik der Verschleierung. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß im Kriegsministerium kein Mensch daran denkt, etwa die Etatsstärke der Kompanien bei der Infanterie herabzusetzen! Man wird einfach von jeder Kompanie eine Anzahl Leute abkommandieren und dann im nächsten Jahre die Ausfüllung dieser Lücken verlangen!

Nur mit Rücksicht auf die kommenden Reichstagswahlen, und ganz bestimmt im höchsten Grade widerwillig, hat sich die Heeresverwaltung auf diesen Notbehelf eingelassen. Die Zahl der Offiziere, die mehr gebraucht werden, soll nicht dadurch gewonnen werden, daß man etwa den 13. Hauptmann, der bei den meisten Regimentern vorhanden ist, zur Maschinengewehrkompanie kommandiert, für diese Stellen werden im Gegenteil die sämtlichen Offiziere direkt angefordert. Man darf also, wenn man die Vermehrung des Heeres behandelt, nicht etwa damit rechnen, daß nur 3 oder 4000 Mann effektiv mehr verlangt werden, sondern es handelt sich in Wirklichkeit um eine Mehrforderung von mehr als 11 500 Mann. Und wenn man in Betracht zieht, daß durch die Aufstellung der Maschinengewehrkompanien auch in der Verwaltung neue Kräfte gebraucht werden, kann man ganz ruhig die Militärvorlage als eine Forderung von 12 000 Mann ansehen. Die wirklichen Ausgaben der Heeresverwaltung werden denn auch ganz erheblich höher sein, und wenn erst die nächsten Reichstagswahlen vorbei sind, wird man zweifellos damit herausrücken.

Schon seit einer Reihe von Jahren hilft sich die Heeresverwaltung damit, daß sie zunächst nur den Rahmen für eine neue Formation verlangt, die Kosten dafür sind in der Regel vergleichsweise nicht allzu hoch, und die bürgerlichen Parteien fallen dann auch in der Regel darauf herein, indem sie die gestellten Forderungen glatt bewilligen. Nach ein oder zwei Jahren kommt aber das dicke Ende nach. Die Heeresverwaltung ist dann bestrebt, den Rahmen nach Möglichkeit auszufüllen. Man vermindert einzelne Truppenteile zu dem Zwecke vorübergehend, um dann wieder ein paar Jahre später die Ausfüllung der entstandenen Lücken zu verlangen. Haben die bürgerlichen Parteien erst A gesagt, dann bleibt ihnen nichts weiter übrig, als schließlich auch B zu sagen, um so mehr, als die Heeresverwaltung dann darauf hinzuweisen pflegt, daß die höheren Stellen bereits vorhanden sind und eine zwecklose Aufgabe darstellen, wenn nicht die geforderten Truppenformationen tatsächlich geschaffen werden.

Es ist unter allen Umständen notwendig, daß mit der Heeresverwaltung in der kommenden Reichstagsession in aller Schärfe abgerechnet wird. Das jetzige System ist weit gefährlicher als das früher beliebte, bei dem stets größere Truppenmassen auf einmal verlangt worden sind. Der Militäretat steigt von Jahr zu Jahr, die Kosten belaufen sich nach dem neuen Etat schon auf erheblich mehr als 800 Millionen Mark, und man kann sich den Zeitpunkt an den Fingern berechnen, wann die 900 und schließlich auch die 1000 Millionen pro Jahr voll sein werden. Dieser ungeheuerlichen Mehrbelastung des Volkes muß ein Ende gemacht werden, sobald als möglich!

Der Kampf um den gesetzlichen Richter.

Am Mittwoch morgen haben im Schwurgerichtssaale zu Moabit die Verhandlungen in dem großen Moabiter Krawallprozeß begonnen — oder vielmehr nicht begonnen. Die ganze Sitzung, die von 1/2 10—1/2 12 Uhr währte, füllte, nachdem die ersten Formalien — Aufruf der Angeklagten und eines Teiles der Zeugen — erledigt waren, ein scharfer Kampf der Verteidigung gegen das Bestreben der Staatsanwaltschaft, den Prozeß vor „unverlässige“ Richter zu bringen. Ein Kampf, in den schließlich auch das Gericht selbst durch einen Ablehnungsantrag hineingezogen wurde, so daß die Verhandlung einen vorzeitigen Abbruch erlitt.

Welchen Umfang der Prozeß annehmen muß, wenn er nach dem Wunsche der Staatsanwaltschaft abgehandelt wird, das zeigt schon die Einleitung. Allein die summarische Feststellung der Personalien der 35 Angeklagten dauert über eine Stunde. Von den einigen hundert Zeugen sind mit Rücksicht auf die Dauer der Verhandlungen vorerst nur einige dreißig geladen, die der Vorsitzende noch vor der Aufnahme der Angeklagtenpersonalien wieder entläßt mit dem Bemerkten, daß sie erst am Freitag wieder zu erscheinen brauchen. Allein zwei Tage sind also für die Vernehmung der Angeklagten in Aussicht genommen. Da sie am ersten Verhandlungstage noch nicht beginnen konnte, so dürfte sich der Beginn der Beweisaufnahme noch weiter hinausziehen.

Die geräumigen Anklagebänke des Schwurgerichtssaales reichen bei weitem nicht aus, alle Angeklagten zu fassen. Auch die Plätze, die sonst die Geschworenen einnehmen, werden mit Angeklagten besetzt, die so auf beide Seiten des Saales verteilt werden. Und noch vor den Eighen der Geschworenen müssen Angeklagte auf Stühlen placiert werden.

Die Bänke der Presse sind dicht besetzt — der Zuhörerraum ist stark gefüllt. Besondere Sicherungsmaßregeln sind getroffen. Die Polizei ist nicht nur auf der Straße vor dem Gerichtsgebäude vertreten, auch im Gerichtssaale selbst befinden sich mehrere Schuppleute, die im Gurt den Revolver tragen. Vielleicht hält das Gericht die Anwesenheit dieser Ordnungshüter für notwendig, weil es unter den Angeklagten gefährliche Gesellen vermutet. Anders aber sieht es mit der Anwesenheit einer erheblichen Zahl von Kriminalpolizisten, die im ganzen Zuhörerraum verteilt sind. Der Kundige erkennt sie alsbald — wer aber darin keine Uebung hat, der mag in seinen Annahmen über den Prozeß recht vorsichtig sein. Aus einem in der Erregung rasch gesprochenen Wort des Unmuts kann ihm sonst unter Umständen ein hochpotenziertes Gerichtsverfahren erwachsen. Angebracht wird es sein, daß die Angeklagten und Zeugen die Herren Geheimen recht aufmerksam ansehen, vielleicht finden sie den

einen oder anderen darunter, der sich bei den Polizeigeschichten in Moabit hervorgetan hat.

Der erste Vorstoß der Verteidigung wurde vom Rechtsanwalt Dr. Heinemann mit einer durchschlagenden juristischen Darlegung über die Unhaltbarkeit des Verfahrens eröffnet, das die Staatsanwaltschaft einschlug, um sämtliche Moabiter vor die Lieber-Kammer zu bringen. Mit zwingender Logik führte der Verteidiger, gestützt auf das Gesetz und die Kommentatoren, den Beweis für seine These. Die übrigen Verteidiger schlossen sich ihm an und ergänzten den prinzipiellen Protest durch die Anführung einiger Anlagefälle, in denen nicht einmal ein sachlicher Zusammenhang mit den Moabiter Vorgängen besteht. Als Rechtsanwalt Th. Liebnecht spricht, erregte sich ein bezeichnender Zwischenfall. Die Angeklagte Frau Reinhardt verfiel in einen Weinkampf, von dem sie sich nur langsam erholte. Die Frau ist offenbar schwer leidend — sie hat, wie Rechtsanwalt Dr. Cohn mitteilt, die ganze Untersuchungsfrist im Lazarett des Gefängnisses zugebracht. Jetzt soll sie einer Gerichtsverhandlung von drei Wochen Dauer beiwohnen! Wenn man die verhärmte, zusammengefallene Gestalt, den Verzweiflungsausdruck in den Augen dieser Frau gesehen hat, so fragt man sich entsetzt, wie es möglich ist, daß diese Unglückliche die verheiratete und Mutter zweier Kinder ist, gegen die also doch schwerlich ein Mordverdacht begründet werden kann, bis heute in Untersuchungshaft gehalten wird! Und die Erinnerung an Philä Guleburg steigt bitter auf. Aber freilich, die Frau ist nach Ansicht der Anklage eine ganz gefährliche und schwere Verbrecherin, sie ist die vielgenannte „Petroleuse“, deren Schreckbild noch heute durch die Kreisblattpresse ruft, jene Frau, die ohnmächtig wurde und die brennende Petroleumlampe fallen ließ, als einige sechs Schuppleute ihre Wohnung stürmten. Die Schuppleute meinen, die Ohnmacht sei fingiert, und die Lampe sei ihnen zugebrocht gewesen. Sieht man die kranke Frau — sie ist nicht etwa erst im Gefängnis erkrankt —, so kann man das nicht verstehen. — Petroleusen pflegt man sich anders, ganz anders vorzustellen! ... Die Frau wird aus der Anklagebank herausgeführt, die Gerichtsdiener holen ihr Wasser und Tropfen aus der Handapotheke — später erscheint der Gerichtsarzt.

Endlich kann Th. Liebnecht fortfahren. Als er von tendenziöser Verbindung spricht, gibt den ersten Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Gericht — Herr Landgerichtsdirektor Lieber schwingt die Klingel und unterlegt den Ausdruck. Das wiederholt sich später, als Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld von Erzeßern der Polizei spricht.

Spannt horcht alles auf, als der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Erster Staatsanwalt Steinbrecht, das Wort zur Entgegnung nimmt. Zwei Momente daran sind bemerkenswert. Einmal, daß Herr Steinbrecht sich nur ganz flüchtig mit den scharfen juristischen Einwendungen Heinemanns beschäftigt, dagegen sich um so breiter über die Zweckmäßigkeit der Verbindung der Anklagen wegen der zum großen Teil für alle Angeklagten gleichen Zeugen äußert und zweitens, daß er die Einbeziehung des Polles des Gastwirts Witz — dessen angebliche Straftat, Verprügelung eines Arbeitswilligen, erst fünf Tage nach Beendigung der Moabiter Unruhen passierte — damit rechtfertigen will, an diesem Fall solle die Tatsache nachgewiesen werden, daß der Haß gegen die Arbeitswilligen den Anlaß zu den Vorgängen in Moabit gegeben habe. Rechtsanwält Heinemann unterstreicht diese Worte sofort — die Staatsanwaltschaft will also durch diesen Fall, der in gar keinem Zusammenhang mit den Moabiter Unruhen steht, den anderen Fällen die vor ihr gewünschte Couleur geben!

Eine längere Pause — das Gericht berät. Das Resultat ist glatte Ablehnung aller Anträge. Die Begründung geht auf die juristischen Argumente Heinemanns gar nicht ein, sie betont, wie der Staatsanwalt, die Zweckmäßigkeit. Nur die Abtrennung der Anklage gegen Frau Reinhardt wird vorbehalten, falls sich ihre Verhandlungsfähigkeit herausstellen sollte.

Aber noch gibt die Verteidigung den Kampf um den gesetzlichen Richter nicht auf. Rechtsanwält Heinemann erhebt sich und legt im Namen sämtlicher anwesender Verteidiger den Gerichtshof wegen Gefangenheit ab. Die scharf gefühlten Sätze der Begründung, die Worte vom Odium, das dem Verfahren der Staatsanwaltschaft anhaftet, von der „rein politischen Richtung“, machen tiefen Eindruck. Man hat die Empfindung, daß diese Kennzeichnung des Prozesses unauslöschlich ist.

Als Rechtsanwält Dr. Cohn sich erhebt, um einen zweiten Ablehnungsantrag zu stellen, der mit der ungewöhnlichen Härte, die bei der Verhängung der Untersuchungshaft hervorbringt, begründet werden sollte, lehnt der Vorsitzende in scharferm Tone ab. Es wird nicht weiter verhandelt — die Sitzung wird auf Donnerstag morgen vertagt.

Vom Jugendgerichtsverfahren.

In der Mittwoch Sitzung beschäftigte sich die Justizkommission in zweiter Lesung mit den in der neuen St.-P.-O. enthaltenen Bestimmungen über das gerichtliche Verfahren gegen Jugendliche. Von unseren Genossen wurde der in erster Lesung abgelehnte Antrag wieder aufgenommen, der die Entscheidung darüber, ob gegen einen Jugendlichen strafrechtlich vorgegangen werden soll, nicht der Staatsanwaltschaft, sondern der Vormundschaftsbehörde geben will. Leider wurde auch in der zweiten Lesung diese Forderung abgelehnt. Ebenso wurde ein weiterer Antrag unserer Genossen abgelehnt, der den Jugendlichen noch Möglichkeit vor Untersuchungshaft bewahren wollte und der insbesondere bezweckte, daß durch die Untersuchungshaft das körperliche, sittliche und geistige Wohl des Jugendlichen nicht gefährdet werden dürfe.

Wegen Verschleierung die Kommissionmehrheit die Verteidigungsmöglichkeit für den Jugendlichen dadurch, daß die in erster Instanz beschlossene Bestimmung, daß auch in Verleumdungs- und Sittenverleumdungssachen vor dem Amtsgericht dem Jugendlichen ein Verteidiger gestellt werden muß, wieder gestrichen wurde. Ein Antrag unserer Genossen, daß dem Jugendlichen in allen Fällen ein Verteidiger zu stellen ist, wurde bereits in erster Lesung abgelehnt.

Eine längere Debatte entspann sich sodann bei dem § 375 a, der das Schutzealter der Jugendlichen mit dem vollendeten sechszehnten Lebensjahre begrenzt. Die Regierungsvorlage sah das achtzehnte Lebensjahr vor. In erster Lesung lehnte die Kommissionmehrheit gegen den energischen Widerspruch unserer Genossen die Grenze auf das 18. Lebensjahr herab. Gegen diese erhebliche Verschlechterung wendeten sich mit zahlreichen Resolutionen und Petitionen die interessierten Kreise für Jugendschutz und -fürsorge. Das hatte denn auch den Erfolg, daß die Stimmung in der Kommission umschlug und der Antrag unserer Genossen, die Schutzhöhe wieder bis zum vollendeten 18. Lebensjahre auszudehnen, wurde angenommen.

Zu einer längeren Auseinandersetzung über das preußische Fürsorgeerziehungswesen führte ein Antrag Groeber, der die Aufhebung einer Klage gegen einen Jugendlichen bis auf 3 Jahre forderte, und daß, wenn innerhalb dieser Zeit der Jugendliche sich keines neuen Vergehens oder Verbrechens hat schuldig werden lassen, die Klage niederzuschlagen ist. So sympathisch unseren Genossen dieser Antrag in seiner Tendenz war, mußten sie sich doch dagegen aussprechen, da in der Praxis diese Bestimmung die Wirkung haben würde, daß noch mehr wie bisher ungerechtfertigte, unnötige und schädliche Ueberweisungen von Arbeiterkindern an die Fürsorgeerziehung Platz greifen würden. Unsere Genossen wiesen zur Begründung dieser Befürchtungen auf die Gefahr des preußischen Fürsorgeerziehens und auf verschiedene Fälle der Klassenjustiz, deren Opfer Kinder sozialdemokratischer oder freigeistig gesinnter Arbeiterkinder wurden, hin. — Der Antrag Groeber wurde abgelehnt.

Eine weitere Verschlechterung wurde mit der Annahme eines antisemitischen Antrages zum § 375 b beschlossen, wodurch das Beschwerderecht des Vertreters des Jugendlichen gegen die Einstellung des Verfahrens wieder gestrichen wurde.

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten.

Mittwoch war in den Vereinigten Staaten Wahltag. In den meisten Einzelstaaten fanden die Wahlen zu den Staatsparlamenten, zu den Gouverneurposten und zum Kongreß statt. Als bedeutendstes Ergebnis des Tages dürfen wir verzeichnen, daß er der amerikanischen Sozialdemokratie zum ersten Male eine Vertretung im Repräsentantenhaus gebracht hat. Wie uns ein Privattelegramm aus New York meldet, sind in der sozialistischen Hochburg Milwaukee unsere Genossen Viktor Berger und Saylor und in Columbus Genosse Bachmann in das amerikanische Unterhaus gewählt worden. Außerdem wurden in Wisconsin, Massachusetts, Illinois und Ohio zahlreiche Mitglieder in die Parlamente dieser Staaten gewählt. Bei allen Wahlen haben die sozialistischen Stimmen stark zugenommen.

Die Kunde von den Erfolgen unserer Genossen wird in der ganzen Internationale mit größter Freude aufgenommen werden. In keinem Lande der Welt zeigt der Kapitalismus eine so stürmische Entwicklung, nirgends prägt er seine Tendenz, den gesamten gesellschaftlichen Reichtum, alle Fruchtbarkeit der Natur, allen wissenschaftlichen und technischen Fortschritt zum Monopol einer kleinen Anzahl von Kapitalmagnaten zu machen, so rein aus wie in den Vereinigten Staaten. Nirgends anderswo sind auch die Hemmnisse für den Fortschritt einer selbständigen sozialistischen Arbeiterpartei so groß gewesen. Nun hat die sozialistische Partei Amerikas endlich die ersten Anfänge überwunden. Nach der Eroberung des Gemeinderats von Milwaukee haben jetzt unsere Genossen sich endlich den Eingang in den Kongreß erzwingen, in dieses mächtige Parlament, das wie kein anderes der Lummelplatz kapitalistischer Deutepolitiker ist. Es geht vorwärts hüben und drüben, und was für unsere Angeduld das Wichtigste, man darf hoffen, daß es immer rascher vorwärts geht. Denn die Schwäche der sozialistischen Bewegung in Amerika war stets ein Hemmnis auch für den europäischen Sozialismus. Die amerikanischen Wahlen lassen erhoffen, daß es nicht allzu lange währen wird, bis daß in den Vereinigten Staaten der Sozialismus jene Machtstellung einnehmen wird, die der Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus entspricht.

Die amerikanischen Wahlen haben mit einer Niederlage der Republikaner und mit einem überraschendem Sieg der Demokraten geendet. Die Demokraten werden in den Repräsentantenhaus über eine Majorität von mindestens 40 Stimmen verfügen, während im Senat die republikanische Majorität stark vermindert wird. Der Umschwung in der Volkstimmung, der den Republikanern die Herrschaft entreißt, die sie beinahe zwei Jahrzehnte lang ausgeübt haben, zeugt von einer Erbitterung, die das Hochschuttsystem und die herrschende Lenkung im Volke ausgelöst haben. Die Insurgenten, jene „fortschrittlichen“ Republikaner, die durch Versprechungen, die Schutzgölle zu mäßigen und den Einfluß der Trusts zu bekämpfen, die Niederlage abzuwenden versucht haben, vermehrten nur den Zwiespalt und die Verwirrung im republikanischen Lager. Auch die Reden Herrn Roosevelts konnten den Republikanern nichts mehr nützen. Dieser Kellameheld ist in seinem eigenen Lande schon längst durchschaut, und die Siege der Demokraten stellen sich zum Teil als persönliche Niederlage des aufdringlichen Demagogen dar.

Doch darf man die Bedeutung des demokratischen Sieges nicht überschätzen. Als Gegnerin der Trusts und des Hochschutts hat die Partei zwar ihren Sieg erkämpft, aber einmal an der Macht, wird sie ebensowenig wirkliche Reformpolitik treiben, als es die Republikaner getan haben. Dazu ist sie selbst viel zu sehr von den großkapitalistischen Interessengruppen abhängig. Und gerade diesmal sind in ihre Wahlklassen große Summen der Beherrscher der Börse und Finanz gelassen, die Herrn Roosevelt zeigen wollten, daß sie keine antikapitalistische Demagogie, so harmlos wie sie in Wirklichkeit ist, nicht länger dulden wollten. So wird der Sieg der Demokraten die Politik der Vereinigten Staaten nur wenig ändern. Die Demokraten werden den Schanden der kapitalistischen Entwicklung ebensowenig entgegenzutreten, wie es die Republikaner getan haben. Aber gerade dadurch werden sie vielen amerikanischen Arbeitern, die heute noch ihre Hoffnung auf den demokratischen Sieg gesetzt haben, die

Augen öffnen und die Bahn frei machen für einen wirklichen und ersten Kampf gegen die Trusts, wie ihn allein die sozialistische Arbeiterpartei führen kann; ein Kampf, der nicht die unumhaltbare Entwicklung des Kapitalismus zur Monopolherrschaft durch allerlei Quacksalbereien hemmen will, sondern die Errungenschaften der vergesellschafteten Produktion in den Dienst der gesamten Gesellschaft stellen wird.

Wahlresultate:

New York, 9. November. Im Staate New York ist der demokratische Gouverneurskandidat Dix mit einer Mehrheit von etwa 100 000 Stimmen gewählt worden, ebenso die anderen demokratischen Kandidaten für die Staatsämter. Auch für die Staatslegislatur wurden in der Mehrzahl die demokratischen Kandidaten gewählt. Ebenso ist infolge des allgemeinen Sieges der Demokraten die Wahl weiterer demokratischer Bundesatoren gesichert. Bisher haben die Demokraten 37 Kongresskreise erobert. Das Mitglied des Kongresses Pearsons, ein intimer Freund Roosevelts, wurde nicht wiedergewählt. In Roosevelts County wurde ein demokratischer Kandidat als Mitglied des Kongresses gewählt.

Im Staate Connecticut, bisher republikanisch, hat der demokratische Gouverneurskandidat Baldwin siegt; ebenso regte im Staate Massachusetts, das bisher eine Hochburg der Republikaner war, der demokratische Gouverneurskandidat Ho. In Utah, der Heimatstadt des Vizepräsidenten Sherman, erhielten die Demokraten gleichfalls die Mehrheit.

In New Jersey, bisher republikanisch, wurde nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der demokratische Gouverneurskandidat Wilson gewählt. In Illinois wurde Cannon, der Sprecher des Unterhauses, wieder in den Kongreß gewählt. In Ohio wurde der jetzige demokratische Gouverneur Harmon wiedergewählt, in Iowa der Republikaner Carroll.

Siege der republikanischen Insurgenten.

San Francisco, 9. November. Im Staate Kalifornien wurde der republikanische Insurgent Johnson, dessen Kandidatur von Roosevelt empfohlen war, gegen den Demokraten mit einer Mehrheit von schätzungsweise 50 000 Stimmen zum Gouverneur gewählt.

Im Staate New Hampshire siegte der progressive republikanische Gouverneurskandidat Blah.

Die demokratische Mehrheit.

New York, 9. November. Die Demokraten haben bisher im Repräsentantenhaus zu Washington eine Mehrheit von 40 Stimmen über die Republikaner erzielt. Sie gewannen außerdem acht Sitze für den Senat und haben dadurch die republikanische Mehrheit des Senates herabgemindert. Demokratische Gouverneure sind gewählt worden in den ausschlaggebenden Staaten New York und Ohio sowie in den republikanischen Hochburgen New Jersey, Connecticut und Massachusetts. Die Republikaner haben auch in den anderen Staaten viel an Stimmen verloren. Außerdem ist noch der Roosevelt-Kandidat für den Gouverneurposten von New York dem Demokraten unterlegen. Infolge der im Staate New York zustande gekommenen demokratischen Mehrheit gilt bei der gemeinsamen Abstimmung der beiden Kammern die Wahl des demokratischen Senators als Nachfolger von Depew als gesichert.

Die Sozialisten haben überall Stimmen gewonnen, die Hearstpartei hat dagegen weniger Stimmen als je.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. November 1910.

Gleiche Brüder — ungleiche Schellentappen.

„Post“ und „Adm. Ztg.“ sind mit unserer Kennzeichnung der Anklageschrift in Sachen Roabit gleichermäßen unzufrieden. Das hatten wir nicht anders erwartet. Es sind ja die gleichen Brüder in der Scharfmaderie. Daß das eine Zeitungsgeschwister sich als freikörperlos belennt, während die Admische Wetterfahne sich nationalliberal nennt, ist dabei nebensächlich. Denn im Hof gegen die modernen Arbeiterorganisationen geben die nationalliberalen Industriemagnaten Rheinland-Westfalens den Zedlich und Konsorten nicht das geringste nach.

Daß also die gleichen Brüder mit ihren Karrenklappen noch dem „Vorwärts“ schlagen, weil er aus der Anklageschrift die geradezu verblüffenden Befundungen der traffen politischen und sozialen Vereinigenommenheit und Verständigungslosigkeit der Staatsanwaltschaft fein säuberlich zusammengeklebt hat, ist platte Selbstverhöhnlichkeit. Wenn der und im höchsten Maße tomsch ist es nur, daß die gleichen Brüder so ganz ungleiche Schellentappen haben.

Die „Post“ nämlich entläßt sich bis zur nahesten Demunziation an die Staatsanwaltschaft darüber, daß der „Vorwärts“ den Prozeß auf politische Gleis zu schieben verdrängt habe. Statt anzuerkennen, daß erwiesene Verbrechen einfach die angemessene Strafe zu finden hätten, ziehe er in den Krawallprozeß Gewerkschaften und Partei, kurz die ganze Politik hinein!

Ist das schon deshalb ungeheuer lustig, weil das, was hier der „Vorwärts“ getan haben soll, vom „Vorwärts“ gerade dem Staatsanwalt nachgewiesen worden ist (der dabei allerdings hinwiederum nur den Verführungsfähigen der Scharfmaderie vom Schloß der „Post“ erlegen ist), so wird es noch viel lustiger durch das Geschreibsel der „Adm. Ztg.“:

„Der gute „Vorwärts“ ist seit Peter und Morbio, weil das gerichtliche Nachspiel der Roabit Affäre nicht nur ein paar mehr oder weniger harmlose Kadaverbrüder, sondern die ewig unauflösbare und sakrosankte sozialdemokratische Partei auf der Anklagebank erscheinen lassen soll. Man hätte glauben müssen, der „Vorwärts“ werde frohlocken über die selten günstige Gelegenheit, die durch die forensische Verhandlung der Sozialdemokratie geboten wird, nun einmal vor aller Welt den schlagenden Nachweis zu führen und durch Richterspruch bestätigen zu lassen, daß zwischen der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsbewegung und den rohen Mißhandlungen von Arbeitswilligen, im „Vorwärts“-Jargon: Streikbrechern, nicht der geringste Zusammenhang besteht. Was tut aber der „Vorwärts“? Statt der Staatsanwaltschaft schönen Dank zu sagen für ihre Bemühungen um die Sozialdemokratie, den Prozeß auf eine breite politische Grundlage zu stellen, macht er im Tone bitteren Vorwurfs und unter dem traditionellen öden Geschwätz die Verachtung auf, daß der Teil der Anklageschrift, der einen Zusammenhang zwischen Partei, Gewerkschaft und Roabit behauptet, „vollständig überflüssig und zwecklos“ sei. ...

Vorweg und belläufig: es ist eine kleine Fälschung, wenn im letzten Satz behauptet wird, der „Vorwärts“ habe den staatsanwaltschaftlichen Verleumdung, Partei und Gewerkschaften überhaupt in den Prozeß hineinzuschleppen, für „vollständig überflüssig und zwecklos“ erklärt. So harmlos ist der „Vorwärts“ wirklich nicht. Nein: nur die den Schilderungen der Firma Kupfer so unsäglich gläubig nachgeschaltete Darstellung der ganzen Rohbewegung bei dieser Firma nannten wir so. Und obendrein auch nur im Sinne der Staats-

anwaltschaft, denn uns selbst hat die Beklärung dieser staatsanwaltschaftlichen Selbstenttarnungen ein wirklich seltenes Vergnügen gemacht.

Über vor allem: wie kann nur die „Adm. Ztg.“ auf die barocke Idee kommen, uns, der Sozialdemokratie, sei es unangenehm, daß der Staatsanwaltschaft beliebt hat, den Prozeß „auf eine breite politische Grundlage zu stellen“. Ganz im Gegenteil, sie hätte uns keinen größeren Gefallen tun können, als daß sie nunmehr die Zerstörung der trivialen Scharfmaderie ermöglichte. Da hatte bei all ihrem sonstigen Ueberfluß an Unintelligenz die „Post“ doch eine viel feinere Witterung! Die Laski des Staatsanwalts, den Verhandlungen eine „breite politische Grundlage“ zu geben, erschien ihr nachträglich denn doch so unglücklich, daß sie diese staatsanwaltschaftliche Laski zu der des „Vorwärts“ umlog.

Die lieben Scharfmaderbrüder sollten sich also künftig doch lieber untereinander verständigen, damit sie sich nicht ihre Karrenklappen gegenseitig um die Ohren schlagen!

Aufhebung der Grenzsperr.

Der bayerische Städtetag hat sich jetzt ebenfalls mit einer Eingabe an das bayerische Ministerium des Innern gewendet und um die Aufhebung der Bestimmungen ersucht, die der Vieh- und Fleischeinfuhr aus dem Ausland entgegenstehen. In der Eingabe heißt es:

„Wir stehen in erster Linie auf dem Standpunkt, daß eine völlige Öffnung der Grenzen für die Vieh- und insbesondere für die Fleischeinfuhr der Fleischeuerung steuern würde. Daß die notwendigen veterinärpolizeilichen Maßnahmen zur Verhütung einer Seucheneinfuhr bei der Einfuhr zu treffen sind, erachten auch wir für selbstverständlich; dennoch aber sollten diese Maßnahmen möglichst vereinfacht und insbesondere die notwendigen Beobachtungsstellen möglichst kurz bemessen werden. Wir bitten insbesondere um eine Erleichterung der Einfuhr aus Dänemark, damit Norddeutschland sich billiger mit Auslandsvieh versorgen kann. Auch bitten wir um Erleichterung der Bestimmungen über Einfuhr von Schweinen; der Bedarf an solchen wird laut eigenen Zugeständnisse landwirtschaftlicher Kreise in Bayern von der einheimischen Landwirtschaft nicht gedeckt. Die Einfuhr von Fleisch, das einer genügenden Kontrolle im Ursprungslande unterworfen ist, bitten wir aber im vollen Umfang zu ermöglichen. Wir verweisen darauf, daß auch in Oesterreich längst die Einfuhr eines bestimmten Kontingents argentinischen Fleisches gestattet wurde, und wir bitten, zum mindesten einen ähnlichen Versuch auch in Deutschland zu ermöglichen.“

Wahrscheinlich wird die bayerische Regierung weiter mit einigen leeren Redensarten antworten und zur Linderung der Fleischnot die Aufzucht von Ziegen und Schafwollen empfehlen; denn in Bayern ist das Zentrum Trumps, und zwar die extrem-agrarische Richtung.

Zur Fleischeinfuhr in Baden

Ist die Entschlebung Elß-Lothringens wegen Erteilung der Durchfuhrerlaubnis bisher noch nicht erfolgt. Deshalb hat die badische Regierung jetzt angeordnet, daß das französische Schlachtvieh trotzdem eingeführt, aber Elß-Lothringen umgangen werde. Das französische Vieh soll über den badischen Bahnhof bei Basel zugelassen werden.

Abgeordnetewahlen zu den Kreisversammlungen in Baden.

In Baden finden in einigen Tagen die Wahlen der Abgeordneten für die Kreisversammlungen statt. Diese Versammlungen und die aus ihnen hervorgehenden Kreisräte gelten als untere Verwaltungsbehörden. Sie machen auch die Vorschläge für die Bezirksräte, die richterliche Funktionen in Verwaltungssachen ausüben. Als Bezirksräte will die Regierung bekanntlich keine Sozialdemokraten zulassen. Die Abgeordneten für die Kreisversammlungen werden nur zur Hälfte vom Volke, und zwar auch noch nach einem indirekten Wahlverfahren gewählt. Die zweite Hälfte derselben wird von den Gemeindeverwaltungen ernannt. Eine Aenderung dieses aus vor-märzlicher Zeit stammenden Gesetzes wurde zwar schon wiederholt in Aussicht gestellt, bis jetzt aber noch nicht durchgeführt.

Die Sozialdemokratie hat sich bisher noch nie an diesen Wahlen beteiligt. Bei den diesjährigen Wahlen hat sie das in einigen industriell durchsetzten Kreisen getan. So in Mannheim, wo die Wahlmännerwahlen am Mittwoch stattfanden. Hier, wo die liberale Partei bisher alle Wahlmänner durchdrachte, wurden Mittwoch 578 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Die liberale Partei, die mit der linksliberalen Volkspartei gemeinsame Sache machte, behielt nur noch 88 Wahlmänner. Die Wahl der sozialdemokratischen Abgeordneten, sechs an der Zahl, ist damit gesichert. Vor drei Jahren beteiligten sich an der Wahl etwas über 600 Wähler, diesmal aber 5028, von denen 3548 sozialdemokratisch wählten.

Der aufgekaufte Korfanti.

Der nationalpolitische Streit zwischen Kapitalist und Korfanti ist beendet; Kapitalist hat die Sache sehr einfach gemacht, er hat einfach den Verlag des Korfantischen „Polak“ gekauft und mit seinem Verlag des „Katholik“ verschmolzen. Korfanti tritt gegen ein Monatsgehalt von 500 R. bei seinem ehemaligen Gegner als Chefredakteur ein. So ist beiden geholfen.

Bälows als Reichstagskandidat.

Der Nationale Wahlverein im Kreise Elmshorn-Binneberg, den jetzt der fortschrittliche Abgeordnete Carlens vertritt, hat dem Fürsten Bälows die Reichstagskandidatur angetragen; Fürst Bälows hat dankend abgelehnt.

Nationalliberale Versammlungsprenger.

In Haizen bei Schwerte (Kreis Dortmund-Hörde) sollte letzten Sonntag eine sozialdemokratische Gemeindewählerversammlung stattfinden. Als unsere Genossen erschienen, war der größte Teil des Saales schon besetzt von einer „Nationalen“, die unter Führung des nationalliberalen Parteisekretärs Leonhard erschienen waren. Die nationalliberalen Väter von Anstand und guter Sitte betrachteten sich nicht als Gäste, sondern rissen ohne weiteres das Bureau und die Leitung der Versammlung an sich. Sie erteilten unseren Rednern zwar das Wort, höhnten und brüllten aber auch gleichzeitig auf unsere Gäste, bis der Tumult derart gesteigert wurde, daß der Meisterei sich nicht mehr verständlich machen konnte und abtreten mußte. Als unsere Genossen sich so bergewaltig saßen, stimmten sie das Lied an: „Wir Männer in der Bluse...“ worauf die nationalliberalen Gewaltpolitiker mit: „Deutschland, Deutschland über alles“ antworteten. Damit fand die Versammlung ihr Ende.

Liberalismus und Staatsfreiheit.

Die Angst vor den kommenden Reichstagswahlen läßt die Junker und großindustriellen Scharfmader mit dem Gedanken des Staatsstreiches spielen. Das wird niemand verwundern. Die Herren sind als geschworene Feinde des allgemeinen und gleichen Wahl-

rechts bekannt. Schlichter Ablehnungsbefehl ändern daran nicht.

Anders mit dem Linkliberalismus. Er spielt sich auf der treuesten Schärfe der Volksrechte auf. Nur auf gesetzlichem Wege, nur mit dem Stimmzettel in der Hand könne das Volk seinen Willen durchsetzen. Sogar die höchst gefährlichen Straßendemonstrationen zugunsten eines freien Wahlrechts für Preußen wurden von den Männern der „fortschrittlichen Volkspartei“ verdammt. Ein württembergisch-demokratischer Reichstagsabgeordneter war es, der die Bajerette der Soldaten und die Polizeifibel, die gegen die Wahlrechtsdemonstrationen geschickt wurden, vor der „Schlacht“ segnete. Auf friedlichem Wege, durch das Parlament allein sei es möglich, dem Willen des Volkes Geltung zu verschaffen. Den von der Mehrheit des Volkes getragenen Parlamentsbeschlüssen müßten auch die Junker und Scharfmacher nolens volens Folge leisten. So sagt man.

Der Vormarsch der Arbeiterklasse auf der ganzen Linie hat aber auch diese begeisterten Anhänger der parlamentarischen Aktion bedenklich gestimmt. Im „unparteiischen“ Publikationsorgan der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs, dem Stuttgarter „Neuen Tageblatt“ Nr. 247 werden die Wahlausichten der sozialdemokratischen Partei bei der bevorstehenden Reichstagswahl und die Konsequenzen eines überwältigenden Wahlsiegs der sozialdemokratischen Partei also besprochen:

Nun, es könnte sein, daß die Sozialdemokratie im nächsten Herbst diese 5 Millionen erreicht, und wahrscheinlich wird sie die stärkste Partei im Reichstage werden. Ja, es gibt sogar Leute, die die Möglichkeit in Rechnung stellen, daß die Sozialdemokratie die zahlenmäßige Mehrheit in der deutschen Volksvertretung erringen könnte. Was dann? Was wird die Partei mit dieser Macht anfangen, die angesichts der Festigkeit des Staatesgefüges und angesichts der Macht der wohlgeordneten bürgerlichen Welt tatsächlich gar keine ist oder werden kann? Ein heißes Problem, dessen Ausmalung den Herren Vebel und Genossen allerdings Kopfschmerzen bereiten könnte.

Man sieht, nicht nur die Junker und Scharfmacher sind willens und bereit, die Macht der Hüften und Maschinengewehre gegen das Parlament mobil zu machen, auch der Linkliberalismus appelliert an „die Macht der wohlgeordneten bürgerlichen Welt“, wenn es dem arbeitenden Volke jemals einfallen sollte, eine sozialdemokratische Mehrheit in den Reichstag zu entsenden.

Etwas Neues sagt das Organ der „fortschrittlichen Volkspartei“ damit freilich nicht. Uns macht dieses „heißes Problem“ kein Kopfschmerzen. Wir wissen sehr genau, daß

1. eine Mehrheit sozialdemokratischer Reichstagswähler bei der ständischen Ungleichheit der Wahlkreise noch keine Majorität im Reichstage garantiert; daß

2. einer sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit nicht nur die Minderheit der bürgerlichen Parteien, sondern auch der Bundesrat, die Regierungen Preußens und der anderen deutschen Bundesstaaten mit allen staatlichen Machtmitteln, Polizei, Justiz, Heer, Marine usw. gegenüberstehen werden. Wir wissen

3. daß die Geschichte lehrt, daß die herrschenden Klassen, und wenn sie auch zu einer verschwindenden Minorität geworden sind, doch niemals freiwillig auf ihre Machtstellung verzichten, sondern stets an die Gewalt appelliert haben.

Das „heißes Problem“ ist demnach für uns nicht so sehr heiß, sondern ziemlich einfach und durchsichtig.

Wieder ein Zeugniszwangsverfahren.

Genosse Leimbacher-Saarbrücken wurde vom dortigen Amtsgericht zu 60 M. Geldstrafe oder im Nichtvermögensfall für je 5 M. einen Tag Haft bestraft, weil er „ohne gesetzlichen Grund das Zeugnis verweigert hat.“

Am 8. Juli schrieb der „Christliche“ Gutsche-Eberfeld an den „Christlichen“ Koster-Saarbrücken einen Brief, in dem er Koster mitteilte, daß ein Paket schon überlieferte Schmutzartikel gegen A. enthaltend, unterwegs seien, die er an die „roten Beamten“ verschicken und im „Tiwoll“ — Gewerkschaftshaus — verteilen sollte. Von diesem Brief erhielt L. schon am 9. Juli Kenntnis, noch ehe er Koster zugesellt worden war, und nach Empfang des Schmutzblattes veröffentlichte er dann den Inhalt desselben. Die „Christen“ stellten nun Strafantrag gegen L. wegen unbefugten Öffnens eines Briefes und Verletzung des Briefgeheimnisses. Die Staatsanwaltschaft gab dem zwar nicht statt, eröffnete aber das Verfahren gegen „einen Unbekannten“, in dem L. als Zeuge vernommen wurde. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß der Brief durch den Postbeamten irrtümlicherweise einem Kaufmann zugesellt wurde, der ihn öffnete ohne die Adresse nachzuprüfen, und erst aus dem Inhalt er sah, daß der Brief nicht für ihn bestimmt war. Da er aus dem Inhalt einen politischen Schurkentreis vermutete, übermittelte er L. eine Abschrift, damit er sich zur Abwehr vorbereiten könne. Ein „unbefugtes Brieföffnen“, läge also nicht vor, und falls die Veröffentlichung strafbar sei, möge die Staatsanwaltschaft ihn unter Anklage stellen. Den Namen des Kaufmanns nenne er nicht, nicht etwa deshalb, weil er dessen Verstrafung befürchte und ihn bevor schätzen möchte, sondern weil er das Redaktionsgeheimnis unter allen Umständen bewahren wolle. Er habe dem Kaufmann anheimgestellt, sich selbst dem Gericht zu stellen, was dieser lediglich aus Furcht vor einem wirtschaftlichen Schaden durch die Schwarzabgabe abgelehnt habe, nicht aber, weil er fürchte, sich strafbar gemacht zu haben.

Das Gericht legte den „Christlichen“ immerhin ein kleines Pfälzerchen aufs Herz, aber ihr Nachdruck bleibt ungestillt.

Nach ein unbefangener Richter.

Der antilemische Reichstagsabgeordnete Kölle, in seinem Privatberufe Amtsgerichtsrat, wurde von dem Disziplinarhof des Oberlandesgerichts Celle zu Strafverurteilung und 600 M. Geldstrafe verurteilt. Das Vergehen, dessen Kölle angeklagt war, liegt längere Zeit zurück. In einem Verurteilung, in dem er den Vorfall führte, wurde er von dem Richter als befangen abgelehnt. Kölle erklärte sich aber für nicht befangen und sprach den Redakteur der ihm nahestehenden „Harnzettelung“ frei, während die Strafkammer in Göttingen später gegen den Redakteur auf drei Monate Gefängnis erkannte. Kölle wurde wegen dieser Angelegenheit vor den Disziplinarhof in Celle geladen, der das genannte Urteil fällt.

Milde Militärstrichter.

Der Oberleutnant Boh vom Infanterie-Regiment Nr. 100 in Bonn stand vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz unter der Anklage der Verleumdung eines Untergebenen in zwei Fällen. Das Gericht beschloß, die Öffentlichkeit nicht auszusprechen, mit der Begründung, die bisherigen Verhandlungen und Ermittlungen hätten nicht ergeben, daß etwas zu verheimlichen sei; er liege in der Interesse der Armee, wenn ein wahrheitsgemäßer Bericht in die Zeitungen komme. In dieser Begründung liegt das Eingeständnis, daß in den Fällen, wo die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, etwas zu verheimlichen ist.

In der Militärkapelle der 160er hat infolge Erkrankung des Musikmeisters „große Disziplinlosigkeit“ geherrscht. Bei der Ueberwachung einer Probe gebrauchte der Oberleutnant Boh gegenüber einem Unteroffizier den Ausdruck „Sie unverschämter Bummel“ oder auch: „Das ist eine unverschämte Lämmelei“. Bei einer Anrede soll der Unteroffizier sich nicht schnell genug erhoben haben, weshalb der Oberleutnant ihn mehrere Male hintereinander aufschrien ließ. Der Unteroffizier erklärte, durch diese Behandlung vor Erregung krank geworden zu sein. Abends müßten die Hobsolisten auf dem Kasernenhof antreten, wobei der Oberleutnant erklärte, solche Elemente wie A. (hier nannte er den Namen des

Unteroffiziers) müßten aus der Armee ausgetrieben werden. Der Unteroffizier ist handrechtlich zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt worden; er wurde jedoch vom Kriegsgericht freigesprochen.

Vom Kriegs- und Oberkriegsgericht wurde der Oberleutnant von der Anklage der Verleumdung freigesprochen. Das Urteil meint, die Worte, solche Elemente wie A. müßten aus der Armee ausgetrieben werden, enthielten keine Verleumdung (!), und der Ausdruck „Lämmelei“ liege wohl „an der erlaubten Grenze“, doch könne er „nicht als rohe Beschimpfung aufgefaßt werden.“

Verichtigung.

Die von der Genossin Luxemburg in Nr. 263 des „Vorwärts“ gegebene Darstellung betreffs ihrer Zusage für die Spandauer Protestversammlung bei Anwesenheit des Zaren in Potsdam zwingt mich zu einer Erwiderung. In Wirklichkeit ist der Sachverhalt folgender: Genossin Luxemburg gab mir am 8. November, vormittags 10 Uhr, in den Räumen der Parteisäle die feste Zusage, das Referat zu übernehmen, unter Betonung der „internationalen Bedeutung“ dieser Protestaktion, die ihre volle Zustimmung fände, und lehnte meine bezogene Frage, ob sie und nicht etwa im letzten Augenblick im Stich lassen würde, mit den Worten ab, so etwas komme bei ihr nicht vor, ich solle nur schreiben, mit welchem Zuge sie fahren müßte. Um dies zu tun, erkundigte ich mich nachträglich bei dem Leiter der Parteisäle, Genossen Heinrich Schulz, nach ihrer Wohnungsadresse. Dieser erst erklärte mir, daß die Genossin Luxemburg auf ihre Gesundheit Rücksicht nehmen müsse und ohne Schaden für die Schule das Referat nicht übernehmen könne. Jedemfalls werde er alles tun, um sie davon abzuhalten. Dieses scheint ihm denn auch gelungen zu sein, denn am Abend des 8. November, als es für mich schon zu spät für eine Anhörung der begünstigten Notiz im „Vorwärts“ war, traf ihre Abgabe ein; auch die gleiche Mitteilung des Parteidirektors erreichte mich erst am Abend. In ihrem Briefe sagte Genossin Luxemburg, daß sie durch den Unterricht in der Schule zu „müde“ und auch in der Zeit zur Ausarbeitung des Referats zu beengt wäre. Ob es nun der von der Genossin Luxemburg herorgegebene „internationalen Bedeutung“ der Demonstration mehr entsprechen hätte, den erschienenen Massen zu sagen, Genossin Luxemburg sei krank, wie ich es nach den Worten des Genossen Schulz wohl zu dürfen glaube, oder zu sagen, sie sei „müde“, überlasse ich ihr, als der in Fragen „internationaler Politik“ weit erfahrenen Genossin, zur Beurteilung.

Daß sie durch ihre Ablehnung einen anderen Genossen zwingt, in viel kürzerer Zeit ein Material zu meistern, das ihm ferner lag, wie ihr, der vielwärtigen alten Vorläuferin der russischen Freiheitsbewegung, kam ihr wohl kaum zum Bewußtsein. Vielleicht ist sie aber getrübt, wenn sie hört, daß ihm dies ganz ausgerechnet gelang. — Der Inhalt ihrer Erklärung ist mir unüberhörtlich. In der Demonstration war lediglich Sache des streifen Spandauer Ost-Bezirks. Der im letzten Teil der Erklärung erhobene Vorwurf der mangelhaften Organisation der Demonstration bezog sich auch vermutlich nicht auf Spandau, so daß ich es schon deshalb nicht für notwendig halte, für diese andere Stelle das Wort zu nehmen. Emil Schubert, Kreisvorsitzender.

Frankreich.

Das Ministerium Briand vor der Kammer.

Paris, 9. November. Deputiertenkammer. In der heutigen Verhandlung wurde die Debatte über die Interpellationen fortgesetzt. In Erwiderung auf die Ausführungen des Deputierten Charles Benoist erklärte Briand, er werde hinsichtlich der Wahlreform die Vertrauensfrage stellen und hoffe, mit Unterstützung der Kommission zu einer schnellen Lösung zu gelangen, vorausgesetzt, daß die Kommission den ursprünglichen Entwurf nicht allzusehr abändere. Delahaye (Rechte) griff unter anderem persönlich festig an. Der Präsident drohte ihm einen Ordnungsruf an. Veroy Beaulieu (Progressiv) erklärte, er könne zu einem Ministerium, dem Laferrre, der Verteidiger der Zettelmirtschaft des Kriegsministers André angehört, kein Vertrauen haben. Briand erklärte, es hängt von den Republikanern ab, ob sie morgen noch an der Spitze der Regierung stehen. Ich werde Ihnen heute Abend die Mittel dazu in die Hand geben. Laferrre ist ein Ehrenmann und ein Mann von Mut. (Beifall links, Zwischenrufe rechts.) Ich begehre ihre Stimmen nicht, rief Briand, zur Rechten gewandt. Indem er dann auf die Hauptfrage einging, sagte er: Die Regierung kann morgen einem neuen Eisenbahneraustausch gegenüberstehen. Soll sie es mit gekreuzten Armen tun? Wenn Sie Ja dazu sagen, dann trete ich zurück. (Beifall links und in der Mitte.) Briand erklärte, daß die Regierung, um die Möglichkeit der Wiederkehr solcher gefährlichen Ereignisse zu vermeiden, die Schaffung einer dauernden Ausgleichs- und Schiedsgerichts-Vehörde vorschläge. Ferner solle es unmöglich sein, während der Tagung dieses Schiedsgerichts einen Zustand zu versuchen, und ebenso solle es unmöglich sein, in den Zustand zu treten, wenn der Ausgleich nicht angenommen würde. Briand protestierte sodann gegen Jaurès' Behauptung, daß Frankreich der Welt auf der Wahn der Reaktion vorangehe. Frankreichs Freunde sollten ihm Beifall nicht, weil es ein Werk der Reaktion vollbracht habe, sondern weil es die Fahne der Zivilisation gegen die Anarchie hochgehalten habe. (Beifall.) Briand sagte ferner: Wenn ein Ausstand der Angestellten der öffentlichen Dienstverweigerung das Leben der Nation bedroht, so hat die Regierung das Recht, diese Angestellten zur Verteidigung des Vaterlandes einzuberufen. Wenn Sie mir die gesetzlichen Mittel verweigern, diesen Möglichkeiten zu begegnen, so gehe ich. Zum Schluß wiederholte Briand, die allgemeine Politik der Regierung ist die des weltlichen Unterrechts, der Freiheit und der Gerechtigkeit, und für diese Politik stelle ich die Vertrauensfrage. (Beifall links.) Binder (unabhängiger Liberaler) erklärte, er werde für die Regierung stimmen, die die Revolution bekämpfe. Pelletan (soz. Radikaler) forderte Briand auf, zu erklären, warum er sich von einer Anzahl seiner Mitarbeiter getrennt habe, und warf ihm vor, er sei der große Mann der Reaktion, da er eine Art von Militarisierung der öffentlichen Dienste habe durchdringen lassen und durch Beschränkung des Streikrechts bestrebt sei, die Sklaverei wiederherzustellen.

Italien.

Bürgerliche Verleumder.

Rom, 6. November. Mit einer Beharrlichkeit, die wahrlich einer besseren Sache wert wäre, ergreift sich die bürgerliche Presse Deutschlands periodisch in Verleumdungen des Abgeordneten De Felice. Obwohl De Felice nicht Parteigenosse ist, wie diese Blätter annehmen, und obwohl in Catania eine sozialistische Parteioffizierin erst in diesem Jahre entstanden ist, so mag es doch am Plage sein, die Lüge der bürgerlichen Blätter in ihrer ganzen Breite zu kennzeichnen. Da ist zuerst die immer wiederkehrende Beschuldigung der Unterschlagung von Erdbengeltern durch De Felice. Ja, wissen denn die Herren Gewählmänner nicht, daß eben diese Unterschlagung von einem römischen Blatte dem „Bastone“ veröffentlicht wurden, und daß dieses Blatt wegen Verleumdung verurteilt wurde? Wissen sie nicht, daß ein Lokalblatt von Catania, „La Sicilia“, öffentlich seine Beschuldigungen zurückzog, sie als unwahr erklärte und die Kosten des Verfahrens auf sich nahm, um nicht das Schicksal des römischen Blattes zu teilen? Die diebischen Journalisten wissen das ganz genau, wie sie ganz genau wissen, daß De Felice bettelarm ist, von seiner journalistischen Tätigkeit kümmerlich lebt und nie ein bezahltes öffentliches Amt bekleidet hat. Sie wissen auch, daß die Anzeigen wegen mißbräuchlicher Verwendung von Erdbengeltern gerade von De Felice anhängig gemacht worden sind. Wenn sie auch nur eine entfernte Kenntnis der Lebens- und Verhältnisse von Catania haben, so müssen sie wissen, daß von bürgerlicher Seite alles, aber auch alles geschieht, um den Einfluß De

Felices in der Stadt zu brechen. Und jeder einzelne Prozeß hat mit einer Ehrenklärung für De Felice geendet, und die Verdächtigungen in Sachen der Unterschlagung im Erdbengelgebiet mit der Ueberreichung einer Ehrenmedaille der Stadt Messina. Daß der „Avanti“ 150 Lire für die Aufnahme eines Verteidigungsartikels für De Felice bekommen hat, ist selbstverständlich eine gemeine Lüge. Der „Avanti“ hat gerade in den letzten Wochen einen langen Artikel gegen De Felice gebracht, in dem dem Abgeordneten der Vorwurf gemacht wurde, auch unläutere Elemente unter seinen Anhängern zu dulden. Dieser Vorwurf war gewiß nicht verdient. In dem korrupten Verwaltungsmilieu Catanias kann natürlich ein einzelner Mensch, selbst wenn er die persönliche Bedeutung De Felices hat, nicht mit einem Schlag gesunde Verhältnisse schaffen. Wer sich aber ein Urteil über De Felice bilden will, der halte sich vor allem vor Augen, daß dieser Mann von der Bevölkerung seiner Stadt buchstäblich vergöttert wird, und über eine Nacht verfügt, die ihn in Stand setzt, dem Präfecten von Catania, dem Vorkam der Präfektur herunter, seine Absetzung anzubringen, wenn er nicht für Messina in der von De Felice vorgeschlagenen Weise Hilfe schaffen wollte. Wenn De Felice wollte, könnte er drei Viertel der Bevölkerung von Catania als seine Leibgarde beschließen. Er hat nicht nur nie von diesem Einfluß zu einem Vorteil Gebrauch gemacht, sondern er war wiederholt die einzige Persönlichkeit, die sich als läßig erwies, blutige Konflikte abzumenden. Wenn Rot am Mann ist, wenden sich die Behörden an De Felice. Die Mäcker der bürgerlichen Presse sollten sich den Mann erst ansehen, ehe sie hinter ihm herkrähen: was ihren Hundseelen unmöglich scheint, daß man bei solchem Einfluß, in einem Milieu wie Catania, ehrlich sein kann, ehrlich bis zur bittersten Armut, das mag schlecht zu ihren Phantasien über die Moral im Zukunftsstaat passen, aber es ist nun einmal die lautere Wahrheit, an der alle Verleumdungsjucht sich bis jetzt die Zunge verbrannt hat.

Rußland.

Antisemitismus in Polen.

Eine Konferenz der russisch-polnischen Nationaldemokraten und der polnischen Realisten hat zu dem Projekt der kätischen Selbstverwaltung, das demnach in den russisch-polnischen Gouvernements zur Durchführung gelangen soll, Stellung genommen und beschlossen, für eine Beschränkung der Juden in der Ausübung des Selbstverwaltungsrechts zu stimmen. Diese Polen, die allein in der Duma die polnische Bevölkerung vertreten, haben sich also für die Anwendung desselben Unterdrückungssystems, unter dem sie so schwer leiden und klagen, gegen andere „Fremde“ ausgesprochen und damit auch Repressalien, die nicht nur gegen die Juden in Rußisch-Polen, sondern in ähnlicher Art auch gegen die Polen im Westgebiete gerichtet sind, eine moralische Sanktion verliehen. Helle Freude herrscht darum mit Recht bei den russischen Reaktionären, die von jetzt ab bei der Verfolgung der polnischen Nationalität diese auf ihre eigenen Taten verweisen können.

Japan.

Eine Verschwörung gegen den Kaiser!

Tokio, 9. November. Sechszwanzig Japaner, die der Teilnahme an einer Verschwörung gegen das Leben des Kaisers angeklagt waren, der während er die Militärkademie besuchte, von ihnen ermordet werden sollte, wurden heute vom Tribunal für schuldig befunden. Das Gericht empfiehlt, in diesem Falle auf die schwerste, gesetzlich vorgeschriebene Strafe, nämlich auf die Todesstrafe, zu erkennen.

Soziales.

Kann ein Gesamtschulverband aus § 53 des Kommunal-Abgabengesetzes folgen?

Der auf Grund des § 3 des Gesetzes vom 28. Juli 1906, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, gebildete Gesamtschulverband Wippen besteht aus den politischen Gemeinden Wippen und Neu-Wippen. Der Schulverband dieses Gesamtschulverbandes hatte nun auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes von den Gemeinden Wippen, Hornbofel und Oldau einen Zuschuß zu den Schulkosten des Gesamtschulverbandes gefordert, und zwar zunächst für 1908 in Höhe von 3012 M. Die Forderung wurde abgelehnt. Der Kreisaußschuß lehnte auch die Feststellung einer derartigen Verpflichtung der genannten drei Gemeinden ab. Die Berufung des Vorstandes des Gesamtschulverbandes wurde vom Bezirksaußschuß abgewiesen. Darauf legte der Vorstand Revision ein. Dem Rechtsmittel trat Rechtsanwalt Dr. J. Herzfeld vor dem Oberverwaltungsgericht als Vertreter der Gemeinden Wippen, Hornbofel und Oldau entgegen. Nach dem Wortlaut des § 53 des Kommunalabgabengesetzes, der die Zuschüsseleistungen der sogenannten Pächtergemeinden gegenüber den sogenannten Arbeiter-Wohnstätten regelt, konnten Ansprüche auf Zuschüsse zu den Schulkosten nur Gemeinden (bzw. Gutsbezirke) erheben, nicht aber ein Gesamtschulverband, vertreten durch seinen Vorsteher. Die Klage sei darum unzulässig, weil der Gesamtschulverband bzw. sein Vorsteher sie erhoben habe. Auch § 64 des Volksschul-Unterhaltungsgesetzes ändere hieran nichts.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf die Revision des Vorstehers des Gesamtschulverbandes Wippen. Es stellte sich auf den vom Anwalt vertretenen Standpunkt und erklärte die Klage des Verbandsvorstandes bzw. des durch ihn vertretenen Gesamtschulverbandes für unzulässig.

Vom Geinberecht.

Ein Merkmal der gegen das Geinberecht bestehenden Ausnahmegesetze sind die Bestimmungen über die Verstrafung der Dienstvergehen. Die Verstrafung erfolgt auf Antrag des Arbeitgebers. Also in die Hand unserer selbstigen Gutsbesitzer wird die Anwendung dieses dem heutigen Rechtsbewußtsein ins Gesicht schlagenden Bestimmungen zum Geinberecht gelegt.

Ein Maschinist war bei dem Gutspächter Bentzenhof auf Carolinenhof bei Stadenhagen im Jahreskontrakt. An 3 Tagen im vergangenen Sommer hatte er seinen Dienstherren die Arbeit „verloren“. Beim Neemäßen mit der Nähmaschine hatte er mittags 12 Uhr Schlaf gemacht, um nach dem Gutshof zum Mittagessen zu gehen. Der Dienstherren kam dazu und beschloß, den Rest des Nachmittags vollends zu nähen, was etwa 1/2 Stunden in Anspruch genommen hätte. Der Maschinist entgegnete, er wolle sein Essen nicht kalt werden lassen und begab sich nach dem Gutshof. Das erste Dienstvergehen!

Einige Tage später war der Mann damit beschäftigt, die von ihm bediente Maschine auseinander zu nehmen. Der Dienstherren befohl ihm, einen Wagen, der gestrichen werden sollte, zu reinigen. Der Arbeiter begab sich zum Stellmacher, um sich ein Werkzeug geben zu lassen, mit dem der Wagen von dem anhaftenden Kot befreit werden konnte. Als dies ergebnislos blieb, ging er wieder an seine vorige Arbeit. Das war das zweite Dienstvergehen!

Auf die Anzeige des Gutspächters verbängte das Polizeiamt, unter der Beschuldigung, „seiner Dienstherrschaft die Arbeit versagt und den schuldigen Gehorsam verweigert zu haben“, eine Geldstrafe von 20 M., eventuell 10 Tagen Haft, auf Grund der Verordnung betreffend die Verstrafung der Dienstvergehen vom 8. August 1892, die als Teil der medienburgischen Geinberecht angesehen ist. Das Schöffengericht in Stadenhagen, dem Geburtsort Fritz Reuters, dem klassischen Boden von „Mein Hühner“, bestrafte mit einer vier Seiten umfassenden Urteilsbegründung die Strafverurteilung, ermächtigte aber die Geldstrafe auf 12 M., eventuell 6 Tagen Haft. Die medienburgische Polizeiverordnung ist dem preussischen Gesetz vom 24. April 1854 getreu nachgebildet. Die Verschüttung beider Gesetze und der Geinberechtungen kann vom Reichstag des Schnapsbrotts leider nicht mehr erwartet werden. Die Augen der Landarbeiter richten sich auf den neuen Reichstag, der hier gründliche Arbeit zu verrichten hat.

Gewerkchaftlichen.

Wie ein christlicher Arbeitersekretär das Koalitionsrecht auslegt!

In einer Wählerversammlung der zweiten Abteilung in Gladbeck war der einige Hundert Arbeiter beschäftigende Sägewerksbesitzer Küster als Kandidat der Zentrumspartei aufgestellt worden. Hiergegen erhob der christliche Arbeitersekretär Gable Protest und stützte sich darauf, daß Küster das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht achte. Ein solcher Mann könne nicht als offizieller Zentrumskandidat in Frage kommen, denn es sei ihm mitgeteilt worden, daß Küster eine große Anzahl Arbeiter, die sich gewerkschaftlich organisiert hätten, auf die Straße gesetzt habe. Sofort erhob sich Herr Küster und erklärte, daß Gable falsch informiert sei. Er habe nur eine Säuberung der Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes vorgenommen, eine Handlungsweise, mit der Herr Gable sich wohl einverstanden erklären müsse. Und was sagte darauf der christliche Arbeitersekretär? Durch Zeichen und Gebärden brachte er mit feuerstrahlendem Gesicht zum Ausdruck, daß dann die Sache eine andere sei. Wie eine Entscheidung nahm es sich aus, daß er in diesem Falle die Sache zur Sprache gebracht hatte.

Das ist noch wohl ein unverfälschter „Christ“, ein christlicher Arbeitersekretär, der als Küster gelten kann.

Gladbeck ist der Ort im katholischen Münsterlande, dessen Zentrumsorgan aus Anlaß des Ausganges der Anaptschafts- und Sicherheitsmännerwahlen verlangte, daß die Verbändler aus den Jesuitenkolonien auf die Straße gesetzt werden sollten.

Der Mediziner der liberalen „Allgemeinen Zeitung“ in Neulinghausen war wegen einer Kritik an dem Verhalten des Zentrumsführers Prof. Dr. Wildermann von der liberalen Stadtverordnetenmehrheit vom Pressetisch verbannt worden. Auf die Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Münster hat dieser erklärt, daß der Vertriebsleiter der genannten Zeitung nach wie vor wie jeder andere am Pressetisch zugelassen werden müsse.

Berlin und Umgegend.

Die Ballschuhmacher Berlins beschäftigten sich am Montag in einer zahlreich besuchten Branchenversammlung mit dem Schuhmachereinstreik in Dresden, der ja, wie man nach einer aus Unternehmenskreisen stammenden Preisnotiz annehmen muß, zu einer Generalausperrung in der Schuhindustrie Deutschlands führen soll. Der Vorsitzende Hamann schilderte die Entwicklung und den bisherigen Verlauf des Streiks, an dem auch ungefähr 800 Ballschuhmacher beteiligt sind. Es ist bemerkenswert, daß die Dresdener Fabrikanten sich bereit zeigten, gerade den Ballschuhmachern und nicht den übrigen Arbeitern der Schuhindustrie Lohn-erhöhungen zuzulassen, wenn auch gänzlich unzureichende. Davin liegt eine Anerkennung der Tatsache, daß die Löhne in dieser Gruppe dem doch allzu erbärmlich sind. Es liegt dem auch so, daß wenn die Ballschuhmacher in Berlin einmal eine kleine Aufbesserung verlangen, die übrigen Fabrikanten immer auf die Schmutz-sonkurrenz und die niedrigen Löhne in Dresden hinweisen. Das ging soweit, daß die Ballschuhmacher Berlins sogar einmal in einer Resolution das laue und unwillkürliche Verhalten ihrer Kollegen in Dresden aufs Schärfste tadelten. Inzwischen hat sich ja nun die Schuharbeitervereine auch in der sächsischen Hauptstadt aufgerollt und mit ihr die Ballschuhmacher. Die Lohnforderungen, die ihnen bei den letzten Verhandlungen geboten wurden, betragen 5-7 Proz. Der Durchschnittsverdienst eines geschickten Ballschuhmachers war bisher kaum 18 oder 19 M. die Woche und würde nach dem Angebot der Fabrikanten vielleicht auf 19-20 M. steigen. Dazu kommt, daß sich gar nicht einmal feststellen läßt, wieviel Arbeitsstunden in diesen zur Erhaltung einer Familie in dem teuren Dresden gänzlich unzureichenden Löhnen stecken, denn es handelt sich hier meist um Heim-arbeiter. Es ist begreiflich, daß die Arbeiterchaft dieses Angebot, das ja, so gering es ist, nur einem Teil zugute kommen sollte, ablehnte. Die Drohung mit der allgemeinen Ausperrung, über die nähere Nachrichten noch nicht vorliegen, braucht die Schuharbeiter-vereine Deutschlands nicht zu fürchten, selbst wenn sie, was noch sehr zweifelhaft ist, in die Tat umgesetzt werden sollte. Allerdings darf der Ernst der Lage nicht verkannt werden. Die Schuhmacher suchen die Schuhfabrikanten im ganzen Reich gegen den Schuhmacherverband aufzuheben und darum ist es um so mehr notwendig, daß die Arbeiterchaft auf alle Fälle gerüstet ist. Damit der Kampf in Dresden zu einem glücklichen Ende geführt werden kann, ist es auch erforderlich, daß überall und besonders hier in Berlin darauf geachtet wird, daß keine Streikarbeit für Dresden angefertigt wird. Wenn irgendwo verdächtige Arbeit angeboten wird, so ist das sofort im Bureau zu melden. Die Gefahr der Streikarbeit scheint allerdings gegenwärtig nicht besonders groß, da die Berliner Fabrikanten selbst Aufträge genug haben und arbeitslose Ballschuhmacher in Berlin zurzeit kaum vorhanden sind, aber gleichwohl muß genau acht gegeben werden, daß die Dresdener Fabrikanten nicht etwa hier oder anderswo einen Teil ihrer Arbeit geliefert erhalten. — An das Referat knüpfte sich eine rege Diskussion, aus der hervorging, daß die Ballschuhmacher Berlins sehr erfreut darüber sind, daß ihre Dresdener Kollegen endlich einmal einen kräftigen Vorstoß gewagt haben und tapfer im Kampfe ausharren. Die 20 Prozent Lohn-erhöhung, die in Dresden bei Einleitung der Bewegung verlangt wurden, hielt man eigentlich noch für zu gering, um dort einigermäßen annehmbare Lohnverhältnisse zu schaffen.

Die Lohnbewegung in den Schraubenfabriken.

Eine Versammlung aller in den Schraubenfabriken Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde gestern abend den großen Saal des Gewerkschaftshauses samt den Galerien bis auf den letzten Platz, um den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen und die nötigen Beschlüsse zu fassen. Aus dem Bericht, den Hamann gab, ist zu entnehmen, daß ein Teil der Arbeitgeber gewissermaßen entgegenkommend geantwortet hat, während andererseits eine gewisse Verzögerung darüber zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiterchaft überhaupt Forderungen gestellt hat. Der Verein Berliner Metall-schraubenfabrikanten beschäftigte sich Ende voriger Woche mit den Forderungen. Dabei haben einige Fabrikanten die Ansicht vertreten, daß man überhaupt nicht darauf antworten sollte. Die Mehrheit war aber offenbar der Meinung, daß man wenigstens etwas Entgegenkommen zeigen müßte, um einen ersten Konflikt zu vermeiden, und man beschloß, daß den Arbeitern in den Fabriken folgende Antwort erteilt werden sollte:

„In Beantwortung der überreichten Forderungen erkläre ich mich bereit, den verteuerten Lebensverhältnissen Rechnung tragend, obgleich noch den eingereichten Lohnlisten der Berliner Metall-schraubenfabrikanten selbstgeheißt ist, daß der Durchschnittsverdienst 58,7 Pf. pro Stunde beträgt, die Affordjäre der Schrauben- und Postendrehler so aufzubessern, daß im Durchschnitt ein Stunden-lohn von 60 Pf. erreicht werden kann. Ferner bin ich bereit, geübten Maschinenarbeitern die Affordjäre so zu erhöhen, daß ein Durchschnittslohn von 45 Pf. pro Stunde erreicht werden kann. Sodann bewillige ich, geübten Arbeiterinnen an Schraubenbänken die Affordjäre so zu erhöhen, daß sie einen Durchschnittslohn von 35 Pf. pro Stunde erreichen können. Fabrikationsüberstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt. Bestehende bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden sicher nicht verschlechtert werden.“

Diese Zugeständnisse, wenn man es so nennen kann, bleiben weit hinter dem zurück, was gefordert wird. Die Arbeitgeber scheinen in dem Irrtum befangen zu sein, daß die geforderten Einstellungs-löhne das darstellen, was die Arbeiter und Arbeiterinnen in Afford oder bei längerer Beschäftigung verdienen möchten, während es doch das Mindeste sein soll, was der oder die

Rechnungsteile erhalten muß. Nebenbei ist das, was die Arbeiterchaft als Hauptforderungen aufstellen muß, die Erhöhung der Affordjäre um 10 bis 15 Proz. und die Lohnaufgabe von 5 Pf. pro Stunde, gar nicht berücksichtigt. Der Schriftführer des Fabrikantenvereins hat in einem Telefongespräch gesagt, daß die Arbeitgeber die Hoffnung hegen, die Arbeiter und Arbeiterinnen würden sich mit den gemachten Zugeständnissen zufrieden geben. — Als der Redner dies erwähnte, kam aus der Versammlung allgemeiner Widerspruch. — Es scheint aber, daß in den Kreisen der Arbeitgeber Reizung vorhanden ist, von Organisation zu Organisation zu verhandeln. Das wird selbstverständlich von der Arbeiterchaft nicht abgelehnt, deren Kommission im übrigen der Meinung ist, daß die erwähnten Zugeständnisse durchaus un-befriedigend sind. — Der Redner überließ es jedoch der Versammlung, die Entscheidung zu treffen. In der sehr regen Diskussion sprachen sich alle Redner und Rednerinnen gegen die Annahme des Angebots der Fabrikanten aus, und man ließ keinen Zweifel darüber, daß die Arbeiterchaft, wenn die Fabrikanten nicht ein gut Teil mehr Entgegenkommen zeigen, alles aufbieten wird, um die dringend notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse als zu gering, da sie keine Verbesserung enthalten. Die Versammlung beauftragt die Kommission, mit der Vereinigung der Schraubenfabrikanten, resp. den Arbeitgebern sofort in Verhandlung zu treten, um die gerechten Forderungen der Arbeiterchaft zu verwirklichen. Sollten die Arbeitgeber die Verhandlungen ablehnen oder keine weiteren Zugeständnisse machen, dann lehnt die Arbeiterchaft jede Verantwortung ab, und diese trifft dann die Arbeitgeber.“

Achtung! Vertrauensmänner der Metallarbeiter!

Am Sonntag, den 13. d. M., findet die Gewerbe- und Arbeiterwahl statt. Unsere Vertrauensmänner eruchen wir, dafür zu sorgen, daß alle Kollegen, soweit sie wahlberechtigt sind, auch ihr Wahlrecht ausüben.

Für uns als freie Gewerkschaft kommt Liste I in Betracht. Nur für diese Liste I dürfen die organisierten Metallarbeiter stimmen.

Weitere Verhaltensmaßregeln sowie das Verzeichnis der Wahl-lokale sind aus dem Flugblatt ersichtlich. Dieses Flugblatt können die Vertrauensmänner von heute abend ab in derselben Anzahl erhalten als Metallarbeiter-Zeitungen von der betreffenden Poststelle abgehoben werden. (Siehe heutiges Inserat.)

Wir erwarten, daß unsere Vertrauensleute sowohl als wie auch alle Verbandskollegen bei der Gewerbe- und Arbeiterwahl ihre volle Pflicht und Schuldigkeit in jeder Hinsicht zu tun werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Buchbinder! Von den Vertretern der Hannoverischen Geschäftsbücherfabriken wird versucht, Streikarbeit aus Hannover in Berliner Betrieben unterzubringen. Da sich unsere Kollegen und Kolleginnen schon die letzte Woche im Auslande befinden, eruchen wir alle Mitglieder, ein wachsames Auge auf die neu erscheinenden Arbeiten zu richten und dem Bureau sofort Mitteilung zu machen. Streikarbeit ist zu verweigern. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Buchbinder! Die Firma Westermann, Verlagsanstalt, Braunschweig, verläßt ihre Arbeiten in Berlin anfertigen zu lassen. Das Werk „Mährchen und Lieder, literarische Bibel mit Bildern“ ist hier eingetroffen, um eingebunden zu werden. Dasselbe ist Streikarbeit. Beim Kaufschauen bitten wir um sofortige Benachrichtigung. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Erfolgreich beendete Lohnbewegung in der Knopf-industrie.

In den letzten Tagen konnte in Schmölla die vor einiger Zeit eingeleitete Lohnbewegung glänzend zu Ende geführt werden. Die aufgelisteten beschiedenen Forderungen wurden allerdings nur zum Teil bewilligt, trotzdem ist der Erfolg hoch anzuschlagen, besonders weil die Bewegung — mit Ausnahme einer Fabrik, wo es zum Streik kam, der inzwischen erfolgreich beigelegt wurde — ohne Kampf beendet werden konnte. Die erreichte Lohnhöhung beträgt durchschnittlich 7 1/2 Proz. für alle Branchen, die unter dem Einheitstarif arbeiten, und das ist der größte Teil der Arbeiterchaft. Bei den übrigen Branchen ist die Aufbesserung verschieden; in der bestreikten Fabrik beträgt sie 22, teilweise sogar 50 Prozent. Die Fabrikanten zahlen das notwendige Öl bei Lichtarbeiten. Das Fügen der Automaten wird in Lohn angeführt, der Stundenlohn, das Abladen der Späne und des Materials wird um 5 Pf. erhöht und den Arbeiterinnen für sonstige Heberarbeiten ein Stundenlohn von 20 Pf. bezahlt. Auch in der Ueberstundenfrage wurde eine allerdings wenig befriedigende Lösung gefunden. Die Arbeitszeit wird wöchentlich um eine Stunde verläßt.

Das schwere Los der Arbeiter und Arbeiterinnen wird trotz des glänzigen Ausgangs der Bewegung nur um ein Geringes erleichtert. Der bisherige Durchschnittsverdienst der Arbeiter betrug rund 18 und der der Arbeiterinnen 10 M. Trotzdem dürfen diese Proletarier auf ihren Erfolg stolz sein. Es wird dadurch bewiesen, daß auch die Arbeiter der Glendindustrie nicht hilflos in die Zukunft schauen brauchen, wenn sie, wie dieses in Schmölla der Fall, ihre Organisation mit Liebe und Sorgfalt pflegen und unermüdet für Aufklärung in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht sorgen. Mögen sich die Angehörigen der Glendindustrie anderer Orte ein Beispiel an diesen Arbeitern nehmen.

Ausland.

Der Generalstreik in Sabadell.

Aus Madrid wird berichtet: Die Föderation der Arbeit hat beschloffen, den Generalstreik für beendet zu erklären. Der Streik der Spinner und Weber dauert fort. Die Zahl der Streikenden beträgt ungefähr 11 000. Die Regierung, die ihre ganze Autorität in den Dienst des Unternehmens gestellt hat, hat also gesiegt. Sie hat sich als reine Scharfmahnerregierung gezeigt. Obwohl der Minister des Innern bei den Verhandlungen die Ansprüche der Arbeiter als berechtigt anerkennen mußte, hat die Regierung den Unternehmern bewaffnete Macht bedingungslos zur Verfügung gestellt, die Streikführer verhaftet und mit Gewalt die vollkommen gesegnete Bewegung der Arbeiter unterdrückt. Aber die Arbeiter sind nicht entmutigt und sie werden aus der Niederlage die Lehre ziehen, mit aller Kraft ihre Organisation zu stärken und die Kriegsklassen zu säen.

Im südwalisischen Kohlenrevier

kam es nach den Mitteilungen des offiziellen Telegraphenbureaus zu Streikunruhen. Man hegt Befürchtungen wegen der Sicherheit Livorno's, des Generaldirektors der Cambrianbergwerke, der mit etwa 50 Mann in der Hauptstation der Glamorgan-Kohlenbergwerke eingeschlossen ist. Livorno und seine Mannschaft halten die Maschinen im Betrieb, um einer Ueberflutung der Mine vorzubeugen. An verschiedenen Orten kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei auf beiden Seiten zahlreiche Personen verwundet wurden. In Pontypridd, wo sich die Unruhen wiederholten, ist eine Schwadron Kavallerie eingetroffen, eine zweite Schwadron wird morgen folgen. Außerdem sind dort 270 Polizeibeamte aus London eingetroffen, die sich unverzüglich nach Tonypandy und Aberaman weiterbegeben haben; es werden noch weitere 200 Polizeibeamte dort erwartet.

Der Minister des Innern Winston Churchill hat in der Hoffnung, die Unruhen zu beschwichtigen, einen offenen Brief an sie gerichtet, in dem er mitteilt, daß er die jüngsten Vorgänge auf leb-

hafteste Bedauern und daß ein Vertreter des Handelsministeriums mit ihren Vertretern unterhandeln werde. Er fordert die Arbeiter zum Schluß auf, keine weiteren Unruhen zu veranlassen und erklärt, daß er volles Vertrauen zu ihnen besitze. Trotz dieses Briefes erneuerten die Ausführenden, wie berichtet, die Zwischenfälle. Infolge dessen ließ der Minister die gesamten Truppen des Generals Maceroddy nach dem Auslandsgebiete abgehen. Die gesamte Kavallerie von Cardiff ist ebenfalls an Ort und Stelle abgegangen. Weiter ist eine Schwadron Kavallerie in Tonypandy eingetroffen, eine andere wird noch erwartet.

Streik der Kesselarbeiter in Newcastle.

Die Kesselarbeiter in Newcastle haben mit 15 563 gegen 5350 Stimmen das Abkommen abgelehnt, welches ihre Vertreter mit den Arbeitgebern vereinbart hatten.

Amerikanische Streiks.

In New York streiken 2300 Kraftdroschkenführer. — Ein neuer Straßenbahnerstreik wird in Philadelphia befürchtet.

Letzte Nachrichten.

Die Bremer Straßennunnen vor Gericht.

Bremen, 9. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Der erste Prozeß wegen der Unruhen am 18. Oktober richtete sich gegen einen Tischlergesellen aus Hamburg. Er soll einen Schuttmann beleidigt haben. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis.

Die Werftarbeiter in Wilhelmshaven gegen den Arbeiter-ausschuß.

Wilhelmshaven, 9. November. (B. T. Z.) Eine von 4000 Werftarbeitern besuchte Versammlung lehnte die Resolution des Arbeiterausschusses, nach welcher der Streit zwischen der Direktion und den Arbeitern geschlichtet werden sollte, ab. Der Arbeiteraus-schuß legte darauf sein Amt nieder.

Die türkische Anleihe untergebracht.

Berlin, 9. November. (B. T. Z.) Ein von der Deutschen Bank geführtes Konsortium übernahm von der türkischen Regierung eine vierprozentige, in einundvierzig Jahren tilgbare Anleihe.

Das Hamburger Staatsbudget.

Hamburg, 9. November. (B. T. Z.) Der der Bürgerschaft heute abend zugegangene Entwurf des Staatsbudgets für 1911 veranschlagt die Einnahmen auf 144 987 226 M., die Ausgaben, ohne Berücksichtigung der Mehrausgaben infolge der bevorstehenden Beamtengehaltserhöhungen, auf 161 819 668 M., so daß ein Schlußbetrag von 16 832 442 M. zu verzeichnen ist.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 9. November. (B. T. Z.) Im weiteren Verlauf der Debatte über die Interpellationen in der Deputiertenkammer schloß Pelletan mit der Bemerkung, die radikale Fühne dürfe nicht dazu dienen, eine reaktionäre Regierung zu decken. (Weißfall a. d. äußerst. Linken und bei einem Teil d. Linken.) Briand antwortete, die Regierung beabsichtige, die in ihrer Erklärung gegebenen Versprechungen zu halten. Was die Frage der Ausländer anbetreffe, so werde die Regierung sich an die von der Kammer genehmigte Tagesordnung halten. Briand wiederholte, die Regierung könne einem vollständigen Stilllegen des Eisenbahnverkehrs nicht mit verschränkten Armen zusehen und wies die Auf-forderung eines Deputierten, über die Bedingungen der Kabinettsbildung Erklärungen abzugeben, zurück. Vom Hause oftmals unterbrochen, erklärte er, er lehne es ab, darauf zu antworten. Das Kabinett sei nach konstitutionellem Recht mit einem Programm gebildet. Meine Erklärung, schloß er, hat Ihnen Aufklärung gegeben, damit ist es genug; wenn Sie und nicht haben wollen, sagen Sie es. (Weißfall.) Unter großer Unruhe verließ darauf der Präsident die eingebrachten Tagesordnungen.

Briand erklärte, er werde die Tagesordnung Grosdidier annehmen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und die Erklärung der Regierung gebilligt wird, und stellte die Vertrauensfrage. Einige Deputierte wandten sich unter großem Lärm gegen Bafferte wegen seiner Verjagung zur Freimaurerei. Bafferte protestierte lebhaft gegen diese Angriffe. Die Tagesordnung Grosdidiers wurde darauf mit 296 gegen 209 Stimmen angenommen und die Sitzung geschlossen.

Zugentgleisung infolge Hochwasser.

Paris, 9. November. (Pres.-Tel.) Heute mittag ist in der Nähe der Station Novilette der Linie Dreux-Chartres ein Personenzug entgleist. Mehr Personen wurden schwer verletzt; vier von ihnen tödlich. Die Entgleisung wurde durch die vom Hochwasser herbeigeführte Unterwässerung des Bahndammes verursacht.

Fünf Mann ertrunken.

Cuxhaven, 9. November. (B. T. Z.) Die heute in Cuxhaven angekommene deutsche Bark „Schiller“, mit Salpeter nach Hamburg unterwegs, hat in der Nordsee durch eine Sturzsee fünf Mann der Besatzung verloren.

Opfer des Molochs.

Antwerpen, 9. November. (B. T. Z.) Bei Schießübungen in den Festungswerken von Brasschaet explodierte eine Granate, durch die fünf Personen getötet, drei schwer und eine leicht verletzt wurden.

Zur Strandung der „Preußen“.

London, 9. November. Die Blätter melden, daß die „Preußen“ in der Kiellinie an zwei Stellen gestrandet ist. Es herrscht ruhiges Wetter. Der „Globe“ meldet aus Dover: Vertreter deutscher Versicherungsgesellschaften hätten den Schauplatz der Katastrophe besucht und sich mit den Schiffskapitänen und Inspektoren von Dover besprochen. Sie hätten darauf den Beschluß gefaßt, das Wrack aufzugeben, und es einer Bergungsgesellschaft zu übergeben, um soviel als möglich von der Ladung zu retten.

Neue Choleraerkrankungen.

Konstantinopel, 9. November. (B. T. Z.) Heute sind an Cholera neun Erkrankungen und neun Todesfälle vorgekommen, in der Armee zehn Erkrankungen und zwei Todesfälle.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Gestern nahm der umfangreiche Prozeß aus Anlaß der Moabiter Vorgänge seinen Anfang vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I.

Schon ungewöhnliche äußere Maßregeln deuten auf ein besonderes Ereignis hin. Der Haupteingang des Gebäudes ist durch einen Schutzmanssposten besetzt. Im Verhandlungsraum — es ist der Schwurgerichtssaal des Landgerichts III — sind vier mit Säbel und Pistole bewaffnete Schutzeleute aufgestellt, und zwar zwei neben der Eingangstür und zwei neben den Plätzen der Angeklagten. An der Eingangstür des Zuhörerraumes ist ebenfalls ein Schutzmansposten, dem sich von Zeit zu Zeit ein Polizeileutnant zugesellt. Der Zuhörerraum ist dicht gefüllt. Die Presse ist ungewöhnlich zahlreich vertreten. Einen besonderen Platz hat ein vom Polizeipräsidium entsandter Stenograph. Auch von dem kriminalistischen Seminar des Professors Rißig sind zwei Vertreter anwesend, um den Verhandlungen zu folgen.

Die Angeklagten bieten nicht Raum genug für alle Angeklagten, deren Namen wir bereits gestern mitteilten. Ein Teil der Angeklagten muß auf den Schworenbänken Platz nehmen. Eine Anzahl der Angeklagten werden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die meisten der 35 Angeklagten werden verteidigt durch die Rechtsanwälte Wolfgang Heine, Dr. Heinemann, Dr. Oskar Cohn, Dr. Kurt Rosenfeld, Theodor Liebnecht und Kurt Rosenberg. Rechtsanwältin Bahr verteidigt einen der Angeklagten und zwar den einzigen, der wirklich schwer belastet ist. Er steht unter der Anklage, einen Mordanschlag auf einen Schutzmansposten unternommen zu haben. Die Rechtsanwälte Cohnmann, Ulrich und Blau haben je einen der Angeklagten zu verteidigen. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Lieber. Die Anklage vertreten Erster Staatsanwalt Steinbrecht und Staatsanwalt Stelzner.

Einstweilen ist erst ein Teil der Zeugen geladen. Unter diesen befinden sich Polizeimajor Klein, die Polizeileutnants Holte, Göge, Eymar und Kriminalkommissar Kuhn, ferner Geschäftsführer Buschmeier von der Firma Kupfer u. Co., die Angestellten des Deutschen Transportarbeiterverbandes Werner und Ritsche, sowie unsere Genossen Hert (vom Parteivorstand), Körsten und Ströbel. Sämtliche für heute geladene Zeugen werden wieder mit dem Bemerkten, daß sie sich für Donnerstag beziehungsweise Freitag bereit zu halten haben.

Anträge, vor dem zuständigen Richter zu verhandeln. Nachdem der Vorsitzende die Personalien sämtlicher Angeklagten festgestellt hatte, nahm Rechtsanwalt Dr. Heinemann das Wort zu einem Antrage. Er beantragte, alle Anklagen, welche nach dem Geschäftsplan nicht vor die dritte Strafkammer gehören, abzutrennen von denen, für welche die dritte Strafkammer zuständig ist und nur über diese Fälle zu verhandeln. Zur Begründung des Antrages sagte der Verteidiger unter anderem: Das Gericht sei nicht vorschriftsmäßig besetzt.

Das Gesetz stehe auf dem Standpunkt, daß in der Regel jede Sache für sich behandelt werden müsse und daß eine Zusammenlegung mehrerer Sachen die Verteidigung und damit die Interessen der Angeklagten beeinträchtige. Von dem Grundsatze, gegen jeden Angeklagten getrennt zu verhandeln, kenne das Gesetz nur zwei Ausnahmen und zwar: Wenn ein Angeklagter mehrere Straftaten begangen habe oder wenn an einer Straftat mehrere Angeklagte beteiligt sind. Das ist hier nicht der Fall. Darauf habe sich auch der Zusammenlegungsbeschuß nicht berufen, sondern er stütze sich darauf, daß ein Zusammenhang der Straftaten bestehe. Die Verteidigung stehe auf dem Standpunkt, daß ein Zusammenhang hier nicht gegeben sei. Doch bei diesem Punkt sei dem Ermessen des Gerichts ein weiter Spielraum gegeben. Einen Punkt aber gebe es, über den das Gericht nicht nach freiem Ermessen zu entscheiden habe. Nach § 236 der Strafprozeßordnung könne das Gericht die Zusammenlegung beschließen, wenn ein Zusammenhang einzelner Sachen bestehe. Es frage sich nun, was der Verstoß § 236 unter „Gericht“.

einig, daß hier nicht das Landgericht, sondern die nach dem Geschäftsplan zuständige Strafkammer gemeint sei. Diese allein könne beschließen, daß bei ihr anhängige Sachen zusammengezogen werden, wenn ein Zusammenhang zwischen ihnen bestehe. Natürlich könne sich das nur beziehen auf die Sachen, welche mit Recht bei der betreffenden Kammer anhängig seien. In bezug auf solche Sachen, die nicht mit Recht bei der Kammer anhängig sind, dürfe sich ein solcher Beschluß nicht erstrecken. Demnach könne also die dritte Strafkammer diejenigen Sachen, die nach dem Geschäftsplane nicht vor sie gehören, auch nicht mit einander verbinden. Sonst könnte ja jede Strafkammer jede Sache vor ihr Forum ziehen, wiewohl sie nach dem Geschäftsplane nicht zuständig ist. Auch die Eröffnungskammer habe kein Recht, der erkennenden Kammer zu überlassen, ob sie die Zusammenlegung beschließen wolle. Die dritte Strafkammer sei unzuständig für alle Sachen, die nach dem Geschäftsplan nicht vor sie gehören. Sollte dennoch gemeinsam verhandelt werden, so würde das Reichsgericht das gesamte Verfahren als unredtmäßig erklären.

Rechtsanw. Dr. Kurt Rosenfeld: Die Anklagen gegen Friebe, Kliche und Weidemann müssen schon deshalb abgetrennt werden, weil sie mit den Vorgängen in Moabit in gar keinem Zusammenhang stehen. Frau Friebe soll morgens um 9 Uhr, also zu einer Zeit, wo in Moabit alles ruhig war, eine Verleumdung begangen haben. Der Angeklagte Kliche soll in einem Lokal in der Königstraße eine Verleumdung begangen haben. Daß die Königstraße zu Moabit gehöre, werde selbst die Staatsanwaltschaft nicht behaupten können. Weidemann solle sich am 2. Oktober einer Verleumdung schuldig gemacht haben. Die Staatsanwaltschaft selbst gibt in der Anklageschrift an, daß schon am 30. September die Unruhen in Moabit ihr Ende erreicht hätten. Also auch in diesem Falle liege kein Zusammenhang vor.

Rechtsanw. Theodor Liebnecht: Die Anklage gegen Pilz hat gar keinen Zusammenhang mit den übrigen Sachen. Es handelt sich lediglich darum, daß in seinem Schanklokal ein Arbeitswilliger beleidigt und ein anderer mißhandelt worden sein soll. Das hat mit den Vorgängen auf der Straße, womit der Zusammenhang begründet wird, nichts zu tun.

Der Zusammenlegungsbeschuß ist ein tendenziöser Beschluß. — Vors.: Ich bitte, den Ausdruck tendenziös zu unterlassen.

Frau Reinhard wird ohnmächtig. Während der Ausführungen des Rechtsanwalts Liebnecht wird eine Angeklagte von Weintrümpfen befallen. Es ist die Frau Reinhard, welche, wie seinerzeit in der bürgerlichen Presse mit großem Geschrei verkündet wurde, ein Petroleumlampenattentat gegen Polizeibeamte verübt haben soll. Frau Reinhard macht den Eindruck einer in hohem Grade leidenden Person. Sie wird aus dem Anklageraum geführt und durch Gerichtsbeamte mit Medikamenten aus einer Hausapotheke zu beruhigen versucht. Diese leidende Frau sitzt seit dem 30. September in Untersuchungshaft.

Liegt die Mittelstraße in Moabit? Rechtsanw. Dr. Oskar Cohn: Bezüglich des Angeklagten Rierisch, der in der Mittelstraße einen Schutzmansposten beleidigt haben soll, schreibe ich mich den topographischen Gründen des Kollegen Rosenfeld an. Was die Angeklagte Reinhard betrifft, so sollte schon der Zwischenfall, den wir eben erlebt haben, die Abtrennung ihrer Sache begründen. Man kann dieser kranken Frau nicht zumuten, die Aufregungen einer wochenlangen Verhandlung über sich ergehen zu lassen.

Rechtsanw. Bahr beantragt insbesondere die Abtrennung der Anklage gegen Bod, weil aus hier jeder Zusammenhang mit den anderen fehle. Bod sei beschuldigt, in angetrunkenem Zustande auf der Straße gekarrt und den Schutzmansposten, der ihn sistierte, mit dem Pfeifer angegriffen zu haben, und zwar zu einer Zeit, wo nach den Angaben der Anklage keine Straßenumruhen herrschten.

Warum ist der Gelbe wegen großen Unfuges angeklagt? Rechtsanw. Blau: Der Angeklagte Albrecht ist des großen Unfuges beschuldigt. Der Verhandlung gegen ihn

würde in einer halben Stunde erledigt sein. Er würde wirtschaftlich schwer geschädigt, wenn er hier drei Wochen der Verhandlung betrogen soll. Uebrigens hat Albrecht mit den sozialdemokratischen Unruhen nichts zu tun. Er gehört zu den Selben.

Darlegungen der Staatsanwaltschaft, weshalb die Königstraße und Mittelstraße jetzt im juristischen Sinne in Moabit liegen und Verhandlungen, die nach einem vermeintlichen Aufruhr stattgefunden haben, mit dem Aufruhrprozeß im Zusammenhang stehen sollen.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Es ist nicht richtig, daß nur solche Sachen miteinander verbunden werden können, die vor ein und derselben Kammer anhängig sind. Alle Sachen, die bei demselben Landgericht anhängig sind, können miteinander verbunden werden. Die Sache Kliche stehe dadurch in Verbindung mit den anderen Sachen, daß dieser Angeklagte in der Königstraße sagte: Ich werde nach Moabit gehen und alles entzwei schlagen. Daß der Aufruhr und Landfriedensbruch zurückzuführen sei auf das gegen die Arbeitswilligen, das beweise der Fall Pilz, in dessen Lokal man Arbeitswillige zu überreden versucht und schließlich, als das nicht half, mißhandelt habe. So sei auch in diesem Falle der Zusammenhang gegeben. Der Angeklagte Bod sei in das Aufruhrgebiet gegangen, um dort Unfug zu treiben. Als er festgenommen wurde, habe er das Messer gezogen und einen Schutzmansposten schwer verletzt, daß derselbe wochenlang krank gelegen habe. Vor dieser Kammer solle festgestellt werden, ob leichter oder schwerer Aufruhr und Landfriedensbruch vorliege.

Rechtsanw. Heine: Die Anklage gegen Pilz und Krahat hat keinen Zusammenhang mit den anderen Anklagesachen. Was diesen beiden Angeklagten zur Last gelegt wird, soll am 5. Oktober geschehen sein. Wie die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift sagt, ist alles, was als Unruhen bezeichnet wird, schon am 30. September zu Ende gewesen. Wenn die Staatsanwaltschaft hier einen Zusammenhang behauptet, so will sie durch den Fall Pilz der ganzen Sache ein besonderes Odium geben.

Warum nicht vor das Schwurgericht gebracht? Rechtsanw. Liebnecht: Der Erste Staatsanwalt will hier feststellen lassen, ob leichter oder schwerer Aufruhr vorliegt. Wenn er das feststellen will, dann wäre es seine Pflicht gewesen, erst das Schwurgericht entscheiden zu lassen und diesen Prozeß so lange zurückzustellen, bis das Schwurgericht gesprochen hat.

Der Staatsanwalt schweigt — auch eine Antwort.

Rechtsanw. Rosenfeld: Daß der Angeklagte Kliche gesagt haben soll, er gehe nach Moabit, um alles entzwei zu schlagen, ist eine Behauptung der Staatsanwaltschaft. Deshalb ist ja Kliche nicht angeklagt, sondern wegen Verleumdung. Wollte man alle Leute, die in jenen Tagen von Moabit gesprochen haben, anklagen, dann würde die Zahl der Angeklagten um das Vielfache größer werden, als sie jetzt schon ist. In bezug auf Weidemann sagte der Erste Staatsanwalt, derselbe habe sich der Verleumdung schuldig gemacht in einem Gebiete, wo die Unruhen stattfanden. Aber die dem Angeklagten Weidemann zur Last gelegte Verleumdung ist doch erst erfolgt, nachdem die Unruhen bereits beendet waren. Kollege Blau sprach von sozialdemokratischen Unruhen. Ich nehme an, er wollte sagen, Unruhen, welche als sozialdemokratische bezeichnet worden sind.

Es wird sich herausstellen, daß von sozialdemokratischen Unruhen keine Rede sein kann.

Soweit es sich um Erzeffe handelt, sind nur durch Schutzeleute Erzeffe verübt worden. — Vors.: Ich kann nicht zulassen, daß Sie von Erzeffen der Schutzmännerschaft sprechen.

Rechtsanw. Bahr: Der Angeklagte Bod war ein harmloser Straßenspatzen, der sich angetrunken und dann geschimpft hat. Das ist die Darstellung der Anklage. Er steht also den Unruhen völlig fern. Daß er nach Moabit gegangen ist, um dort Unfug zu treiben, dafür fehlt jeder Beweis. Das ist eine ganz neue Behauptung der Staatsanwaltschaft.

Rechtsanw. Dr. Heinemann weist ebenfalls die Vermutung des Rechtsanwalts Blau, daß es sich um sozialdemokratische

dem Motive der verlebten Jungen und der geizigen Alten, mit dem berühmten Chor, der aus der Ferne pianissimo kommt, fortissimo austritt, pianissimo in der Ferne verhallt.

Ein „Humor aus verfallenen Opfern“ brachte eine Konzertaufführung einzelner Nummern. Wir könnten lange von dem alten Dittersdorf plaudern, dessen „Doktor und Apotheker“ noch nicht ganz verfallen ist, dann von Fr. A. Schönmahr, dem Schiller Mozarts, weiterhin von dem Meister selbst und seinem „Schauspieldirektor“, endlich von J. Offenbach und von J. S. Bach mit seiner „Kaffee-Kantate“, die so drollig den instrumentalen Ernst des vielseitig allermostikalischsten aller Musiker auf eine Philisterjenseits anwendet.

Heute stehen wir in einer ganz anderen Mode als in der des primitiven Reigens einfacher Afforde und Tonstücke. Aber wie lange? In die bildenden Künste ist das Primitiv eingezogen. Wenn vielleicht in wenig Jahren auch die Musik aus ihren heutigen Verzerrungen in gleiches Umschlag, wie sie's schon vor 300 Jahren getan hatte; dann mag man sich der heutigen Vorläufer dazu erinnern. Wir haben die Vokalisten von M. Wladimiroff, haben das Zurückgreifen aufs Volkslied (selbst bei G. Wagner), haben die lieblichen Opern von Wolf-Ferrari und endlich unsere gute, von dem gut sachlichen Interesse erfüllte Opern-Sophie. Verschneiden idealistische Versuche (diesmal im Theaterlande der Hochschule); eine wirklich künstlerische Dichtung und eine Regie, vertreten von Richard Schmidt, die anzuerkennen jedenfalls wichtiger ist, als dies oder das Edige in dem sonst erstreutlichen Sang und Spiel aufzuspielen.

Kleines feuilleton.

Estimoberrichte über die Nordpolentdeckung. Von dem Grönländforscher Knud Rasmussen ist in Kopenhagen ein Bericht eingetroffen, den der eingeborene grönländische Pfarrer Gustav Olsen von den Estimos Nukufal und Apisak, den Begleitern Cooks auf seiner angeblichen Nordpolfahrt, erhalten hat. In diesem heißt es: Im Februar verließen wir mit acht Schlitten Anoritok und erreichten Ellesmereland nach vier Tagen. Nach achtzehntägiger Reise verließen uns unsere Begleiter bei etwa 2/3 Meilen Abstand vom Lande. Als uns die Hilfsmittel ausgingen, machten wir nur sehr kurze Tagesreisen auf ausgezeichnetem Eise. Eines Tages nahm Cook Sonnenbeobachtungen mit einem Instrument vor, das er nur in der Hand hielt. Darauf kehrten wir zum Lande zurück. Vorher ließen wir massenhaft getrocknetes Fleisch zurück, wovon wir fast nichts verbraucht hatten. Eines Tages nahe dem Lande zeichnete Cook eine Karte. Apisak fragte, wessen Karte zeichnest Du? Cook antwortete: Meine eigene. Das war eine Lüge. Die Karte war weit über das Meer gelegt, wo wir nie gewesen sind. Wir folgten dem Lande am Kap Spardo vorbei, wo wir Vorbereitungen zum Überwintern trafen. Beim Wiedererscheinen der Sonne begann die Heimreise. Cook, der während der Reise gute Belohnung versprochen hatte, betrog uns bei der Heimkehr. Rasmussen fügt hinzu: Die Estimoberrichte sind durchaus glaubhaft. Cook hat während des ganzen Zusammenseins mit den Estimos nicht erwähnt, daß er am Nordpol gewesen ist. Erst nach Verlassen seiner beiden Begleiter begann der Schwindel.

Von Pearys Begleitern, den Estimos Igagual und Nukufal, erhielt Rasmussen auf gleichem Wege einen Bericht, in dem es heißt: Vom Schiff reisten wir nordwärts im Februar und März. Ehe wir Kapitän Bartlett verließen, hatte Peary verschiedene Beobachtungen gemacht. Als wir allein geblieben waren, wiederholte er seine Beobachtungen sehr oft. Wir waren so weit nordwärts gedrungen, daß die Sonne auch nachts hoch am Himmel stand und sich in einem Bogen bewegte, ohne auf- oder unterzugehen. Nachdem Peary Order zum Halten gegeben hatte, setzte er die Reise vom Haltepunkt mit zwei Mann fort und kam am gleichen Tage noch zurück. Peary sagte bei seiner Rückkehr zu uns: Endlich habe ich erreicht, was ich wollte. Hier an dieser Stelle schließen wir zwei Nächte. Peary war eifrig mit Beobachtungen beschäftigt und schloß die letzte Nacht überhaupt nicht. Wie lange Tagesreisen wir gemacht haben, wissen wir nicht. Da das Eis glatt war, konnten wir lange Strecken zurücklegen. Am Nordpol selbst bemerkten wir nichts von Pearys großer Freude, erst bei seiner Ankunft an Bord des Schiffes gab er den Amerikanern und uns Grönländern ein großes Fest.

Theater.

Charlottenburger Schiller-Theater: „Prinz Friedrich von Homburg“ von Heinrich v. Kleist. Die

Verherrlichung blinder Kriegsdiziplin tritt in diesem meist gepriesenen Werke des Dichters so stark hervor, die Erfindung ist derart vom Geiste preussisch-hohenzollerischer Legendenbildung imprägniert, daß alle poetischen Feinheiten in der Charakteristik des jungen Helden den Verdruß für mein Empfinden wenigstens nicht aufwiegen. Die Glorifizierung des militärischen Gehorsams als unbedingte Geltung beherrschendes Gesetz ist in dem grausamen Spiel des Fürsten mit dem Prinzen bis zu Konsequenzen getrieben, die auch vom monarchistisch-patriotischen Lokalitätsstandpunkte aus als lächerliche und Absurde streifen. Wie sollte wohl der „große“ Fürst, dessen „Größe“ sich doch eben in seiner hart gefotterten knorpeligen „Realpolitik“ dokumentierte, wohl darauf verfallen, seine Popularität bei der Armee dem bloßen Prinzip zuzuliebe aufs Spiel zu setzen, um an einem geheimen Offizier, nur weil er früher loschlug, als er sollte, das Todesurteil nach Kriegsdreht zu vollstrecken? In der kleinsten Darstellung jedoch besteht kein Zweifel, daß Friedrich Wilhelm in vollem Ernst die Hinrichtung beschloß und nur durch eine unvorhergesehene, an die Fürbitte von Homburgs Braut anknüpfende Wendung zurückgehalten wird. Der Dichter braucht das, um seinen Jüngling in der wilden Verzweiflung plötzlicher Todesangst und dann als Leberwunder, der seinen Tod um des Prinzips willen als verdiente Strafe anerkennt, dem Zuschauer zu zeigen. Der blutig harte Eigensinn des Fürsten, der aus Staatsraison allen Erwägungen der Staatsräson schamlos entgegenhandeln will, wird dann natürlich, um den Einklang der Tendenz zu wahren, in ein Anzeichen überlegener Weisheit und Charakterstärke umgefärbt werden.

Die Aufführung des Schiller-Theaters war sorgsam vorbereitet. Für den schwärmenden Jüngling setzte sich Herr Paesche mit Kraft und Feuer ein. Den Aufstrebenden spielte Herr Patzsch, unter den Nebenrollen markierte sich der Oberst Rottwitz Willi Oberhardt.

Musik.

Frau Sophie Heymann-Engel ist ein guter Opern-Engel; schwimmt gegen den Gegenstrom; führt alte Zeiten der Opernliteratur auf. Am Dienstag gab es wieder einen solchen Opernabend. Ein halbes Duzend Komponisten kam zum Wort — fast alle aus dem 18. Jahrhundert, zumal seiner zweiten Hälfte. Die Hofoperwelt, durch gemüthlichen deutschen Jopit ergänzt, taucht mit all ihrem Rankenspiel und Kunstgeräusch vor uns auf. Sie zeigt auch wieder, was das heißt: langer Atem. In entfalteten Kompositionen mit ihren langen und länglichen Themen, ohne modernes Zerhacken und Zerwickeln, und mit ihren noch längeren „Gängen“ und „Läusen“ und „Koloraturen“. Inu brauchen die Sänger, um mit der Stimme weit, weit zu laufen. . . . Feinheimlicher für Reiner! Was die über ihren Wädem und Partituren träumen, wird lebendig. Da ist vor allem A. E. M. Grötrich, der seinerzeit überaus populäre, vielfach fruchtbare Altmeister einer nach echter Dramatik strebenden komischen Oper, mit seinen „Weiden Geizigen“. Ein harmlos heiteres Sujet mit

Notizen.

— Deutsches Theater und Neue Freie Volksbühne. Die Direktion der beiden Berliner Reinhardt-Bühnen hat von ihren sämtlichen Bühnenmitgliedern das nachfolgende Kund-schreiben durch Unterschrift bestätigen lassen: „Durch verschiedene unliebsame Vorkommnisse sieht sich die Leitung genötigt, folgendes mitzuteilen: Die Direktion muß verlangen, daß die Nachmittagsvorstellungen mit dem gleichen künstlerischen Ernste wie alle anderen behandelt werden. Die Mitglieder der Neuen Freien Volksbühne, die mit ihrem Vortrieb und Theaterenthusiasmus das empfindlichste und dankbarste Publikum darstellen, haben ein Anrecht auf künstlerisch würdige Darbietungen. Die Leitung des Deutschen Theaters möchte unwürdiglich von allen ihr zustehenden Disziplinarmitteln Gebrauch machen, falls sich die unliebsamen Vorfälle der vorigen Spielzeit wiederholen sollten. Die Direktion erwartet auf das Bestimmteste, daß dieser Hinweis genügen wird, um willkürliche Feständerungen irgendwelcher Art wie überhaupt jegliche Störungen dieser Nachmittagsvorstellungen zu verhindern.“ Die wohlthätigen Folgen dieses sehr notwendigen Bühnenerlasses sind bereits zu erkennen. Hoffentlich reißt der alte Schlenker an den Reinhardt-Bühnen nicht wieder ein.

Arbeiten handelte, zuzieh und tritt den Ausführungen des Staatsanwalts bezüglich der Zusammenlegung entgegen.

Das Gericht erklärt sich für zuständig.

Nach längerer Beratung des Gerichts verlässt Landgerichtsdirektor Lieber folgenden

Geschäftsbeschluss:

Die durch die Beschlüsse vom 31. Oktober, 1. November und 4. November angeordnete Verbindung der vorliegenden Anklagen bleibt bestehen. Die Frage, ob ein Zusammenhang im Sinne des § 238 der Strafprozessordnung besteht, hat das Gericht nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Der Zusammenhang liegt vor, weil alle Straftaten denselben Ursprung haben und weil die Beweisaufnahme in fast allen Fällen die gleiche sein wird. Eine Wiederholung der Beweisaufnahme wird in hohem Maße ungewöhnlich sein. Alle vorliegenden Sachen sind anhängig beim Landgericht I. Zuerst ist die Sache gegen Hagen und Genossen der dritten Strafkammer übergeben. Die für die anderen Sachen zuständigen Kammern haben ihre Zustimmung zur Zusammenlegung gegeben. Das die dritte Strafkammer die Sache übernommen hat, entspricht dem Geschäftsplan. Eine Abtrennung der Anklage gegen Frau Reinhardt, falls ihr Gesundheitszustand sie verhandlungsunfähig machen sollte, bleibt vorbehalten.

Darauf stellt Rechtsanwalt Heine namens der Verteidiger (einschließlich der Herren Bahn und Blau — Hofmann und Ulrich waren nicht anwesend) folgenden

Wählungsantrag:

Wir lehnen die amtierenden Richter wegen Besorgnis der Befangenheit ab und stützen dies auf folgende Tatsachen, die durch den Aktinhalt glaubhaft gemacht werden.

Die Staatsanwaltschaft hat den Anklagefall Hagen zum Gegenstand einer besonderen Anklage gemacht, und alle anderen Fälle als Nachtragsanklagen bezeichnet. Dadurch wäre die Zuständigkeit der 4. Kammer für das Eröffnungsverfahren und der 3. Kammer für das Hauptverfahren für die sämtlichen Fälle hergestellt worden. Nachdem die Eröffnungskammer dies abgelehnt hatte, und die Eröffnung vor der zuständigen Kammer vorgenommen war, hat die Staatsanwaltschaft die Verbindung der Sachen beantragt.

Das Verfahren ist ungewöhnlich und durch praktische Gründe nicht zu erklären. Diefelben Gründe, die den Verbindungsantrag stützen sollen, liegen sich schon bei Erhebung der ersten Anklage Hagen übersehen und hätten eventuell zu einer gemeinsamen Anklageerhebung führen müssen. Das würde aber nach dem Geschäftsplan die Zuständigkeit einer anderen Kammer begründet haben.

Zuletzt sind die Nachtragsanklagen erhoben und dann hat die Staatsanwaltschaft eine Sammelbegründung gegeben. Wenn die Staatsanwaltschaft mit der Notwendigkeit der Verbindung recht hat, dann müßte sie eine gemeinschaftliche Anklage erheben. Wir haben die Überzeugung, daß die Staatsanwaltschaft bei dem von ihr eingeschlagenen Verfahren beabsichtigt hat, die Zuständigkeit der Kammer auszuschießen, die bei einer gemeinsamen Anklageerhebung zuständig gewesen wäre. Das wäre die zweite Kammer gewesen. Daß die Staatsanwaltschaft die Zuständigkeit der zweiten Kammer ausgeschlossen hat, beweist, daß sie beabsichtigt hat, das zu durchbrechen, was der Zweck der Geschäftsverteilung ist. Früher hat die Staatsanwaltschaft diesen Zweck erreicht, indem sie sich aus den Angeklagten einen bestimmten herausuchte, der die Sache ein anderes Ausmaß gab und sie dadurch vor die ihr genehme Kammer brachte. Um das für alle Zukunft zu verhindern, hat das Präsidium einen neuen Geschäftsplan gegeben. Um aus diesen zu durchbrechen, hat die Staatsanwaltschaft ein anderes Verfahren eingeschlagen. Wir sind überzeugt, daß auch dies Verfahren von der Staatsanwaltschaft zu dem Ende eingeschlagen wird, um dadurch, entgegen dem Gerichtsverfassungsgesetz sich nach Belieben eine Kammer auszuwählen. Daß die Wahl gerade auf die dritte Kammer gefallen ist, läßt darauf schließen, daß die Staatsanwaltschaft bei ihr die Interessen der Anklage besonders gut gewahrt glaubt, insbesondere in der im Schriftsatz vom 24. Oktober zum Ausdruck gebrachten rein politischen Richtung. Die Strafkammer III hätte dieser Forderung entgegenzutreten können, wenn sie den unter solchen Umständen gestellten Verbindungsantrag abgelehnt oder noch heute dem Abtrennungsantrage Folge gegeben hätte. Sie hat dies nicht getan.

Diese Tatsachen sind geeignet, das erkennende Gericht als befangen erscheinen zu lassen. Demnach liegen die Voraussetzungen des § 24 Abs. 2 der Strafprozessordnung vor.

Beratsung:

Rechtsanwalt Cohn erhob sich, um ebenfalls einen Ablehnungsantrag mit anderen Gründen zu stellen. — Landgerichtsdirektor Lieber erklärte jedoch, nachdem die Kammer abgelehnt sei, könne er keine Anträge mehr entgegennehmen. Die Sitzung wurde geschlossen und Fortsetzung der Verhandlung auf heute 9 Uhr angelegt.

Wie wir hören, wollte Rechtsanwalt Cohn die Ablehnung begründen mit ungerechtfertigter Anordnung und Ausführung der Untersuchungshaft.

Sechster Internationaler Metallarbeiter-Kongreß.

Sitzung vom 2. November.

Der Kongreß wählt zunächst dem Vorschlage des Sekretärs entsprechend eine Revisionskommission, aus Beer-Oesterreich, J. Griffling, England und Lafèvre-Frankreich und tritt dann in die Beratung des Antrages auf Schaffung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses ein. Hierzu liegt ein ausführlicher Antrag des Sekretärs vor. Dieser Antrag soll regeln:

1. Die Auskunftserteilung durch Verpfändung der Bundesvereine zu derselben, oder, wenn eine solche nicht möglich, zur Mitteilung darüber.
2. Kostenlosen Uebertritt von der Organisation eines Landes zu der eines anderen Landes bei Aufenthalt im Ausland.
3. Regelung etwaiger Hilfsaktionen bei Streiks und Aussperrungen.

Der erste Satz des Vorschlages spricht eine Selbstverständlichkeit aus und ist nur eine Mahnung an die verschiedenen Landesorganisationen, nichtsdestoweniger entspringt sich aber eine lebhaftige Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung.

Willinson (vereinigter Werkzeugmacher, England) wünscht, daß der Bundessekretär die Adressen aller angeschlossenen Vereine veröffentlicht, damit sie sich in den verschiedenen Ländern informieren können. Vor jedem Kongreß soll der Sekretär den angeschlossenen Vereinen eine Liste der gestellten Anfragen und der Namen der befragten Vereine zustellen, damit den Kongreßteilnehmern eine Kontrolle zusteht.

Cohen-Berlin erklärt sich damit einverstanden, daß die Vereine der verschiedenen Länder direkt miteinander korrespondieren, was denn aber dem einen recht sei, sei dem anderen billig. Wollen die Engländer mit anderen Organisationen verkehren, so müssen die andern sich auch ohne Vermittlung des Kameraden Hobson in Verbindung setzen dürfen.

Taylor (Maschinenbauer, England) stellt fest, daß Wilkinson nur im eigenen, nicht aber im Namen der britischen Abteilung gesprochen habe. Die britische Abteilung in ihrer Mehrzahl wünsche an bisherigen Zustand festzuhalten.

Davis (Messingarbeiter, England) ist derselben Meinung und begründet dies mit der Rückständigkeit der vielen kleinen englischen Verbände, die von der Existenz des internationalen

Metallarbeiter-Bundes gar keine und von den inneren englischen Verhältnissen nicht genügende Kenntnis haben.

Beer (Metallarbeiter, Oesterreich) fährt die Schwierigkeit, mit England zu verkehren, darauf zurück, daß ihnen die Person des Sekretärs zu fern steht und dieser nicht genügend Einblick in die speziellen Verhältnisse durch den brieflichen Verkehr erhalten kann. Er schlägt vor, daß der internationale Sekretär gemeinsam mit dem Sekretär der britischen Abteilung eine Reise durch England unternimmt.

Schlicke (bisher Sekretär, Stuttgart): Der indirekte Verkehr kommt nur für England in Betracht. Für die meisten Fälle ist er genügend. Bezüglich der Informationsreisen habe nach dem Statut der Bundessekretär das Recht, Informationsreisen vorzunehmen. (Zustimmung.) In diesem Falle werde er sich natürlich mit dem Zentralkomitee zu verständigen haben. (Zustimmung.)

Hobson (britischer Sekretär, England) weist nochmals auf die Schwierigkeiten des direkten Verkehrs hin, das bisherige Verfahren habe Mängel nicht gezeitigt. Besonders scheine die Vermittlung des Sekretärs der britischen Abteilung für Auskünfte über kollektive Arbeitsverträge unerlässlich. Nachdem der Vorschlag der Reichel-Stuttgart die Uebermittlung des Kongresses mit den Ausführungen Schlicke ohne Widerspruch festgestellt hat, ist damit der Gegenstand erledigt und verhandelt der Kongreß über Uebertritte der Mitglieder von einer Organisation zur andern.

In diesem Punkt liegt noch ein Antrag der belgischen Metallarbeiter vor, der die Unterstützung an ausländische Organisationen davon abhängig machen will, daß die Organisation, der das Mitglied angehört, die ausgeübten Unterstützungsverträge an die in Betracht kommende Landesorganisation zurückstellt.

Sola (Metallarbeiter, Berlin) begründet den Antrag mit dem starken Zug zu deutscher, österröischer und schweizerischer Arbeiter, die den Belgiern große Aufwendungen auferlegen, ohne sich dem belgischen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Malajitsch (Metallarbeiter, Ungarn) bespricht einige Erfahrungen, die er mit dem italienischen Verband gehabt und meint, daß, wenn solche Beschlüsse gefaßt werden, sie auch durchgeführt werden müssen.

Der Vorsitzende Reichel stellt fest, daß nach dem Vorschlage des Sekretärs Unterstützungen generell nicht zugestimmt werden, sondern den einzelnen Organisationen überlassen bleiben sollte.

Saube (Kupferschmied, Deutschland) findet das Verhalten der Engländer unverständlich und weist aus der Praxis die Notwendigkeit solcher Vereinbarungen nach.

Willinson (Maschinenbauer, England): Die englischen Gewerkschaften können wohl eine moralische Zugehörigkeit anerkennen, eine Aufnahme kann aber nicht erfolgen, weil dies die Statuten nicht gestatten. Der Uebertritt ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden. Es können nur Inländer für einen Uebertritt in Frage kommen, und müssen diese sich auch zur Achtung der Verträge verpflichten.

Schlicke (Sekretär, Stuttgart): Seit vielen Jahren beschäftigt diese Frage unsern internationalen Kongreß, ohne jedoch vorwärts gekommen zu sein. Der Brüsseler Kongreß habe die Richtlinien in dieser Frage festgelegt und zwar im Einverständnis auch der Engländer. Diese haben sich an der Diskussion zwar nicht beteiligt, aber für die Entschliessung gestimmt. Heute bringen sie Einwendungen, die sie in Brüssel hätten machen oder dem Sekretär auf seine Vorschläge mitteilen sollen. Sie erklären ihre Sympathie mit dem Vorschlage, seine praktische Durchführung aber für unmöglich, sie verüßeln den kontinentalen Arbeitern ihre Freundschaft, sagen aber gleichzeitig, sie sind mit zehn Schritten vom Ziele. Eine derartige Haltung verzeihen die kontinentalen Arbeiter nicht, sie müssen vielmehr dieses Verhalten als Herumführen an der Nase betrachten (Widerspruch bei den Engländern). Wenn man die Kürze der Zeit als Grund für die ablehnende Haltung anführe, so sei das nur eine Ausrede. Seit drei Jahren sei die Sache im Klub, vor etwa 4 Jahren habe er ihnen erneut Vorschläge zugestellt und heute wolle man wieder vorgehen. Das ganze Verhalten der Engländer läßt darauf hinaus, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Man wolle die ausländischen Arbeiter nicht, man umgebe sich mit einer chinesischen Mauer, schaffe Verhinderungsbestimmungen, um die ausländischen Arbeiter fernzuhalten. (Widerspruch bei den Engländern) Das sei verfehlt. Die kontinentalen Arbeiter wollen nicht Sicherung der Unterstützungen, sondern in erster Linie Sicherung der Einseitigkeit der Aktion. Jeder fremde Arbeiter sollte im Ausland in der fremden Organisation zu Hause sein und sich ihren Anforderungen und Vereinbarungen unterordnen. Zwingt man die ausländischen Arbeiter zu eigenen Organisationen, wie es in Amerika geschehe, so gefährde man die Einheit der Aktion. Das mögen die englischen Kameraden bedenken und deswegen von ihrem ablehnenden Standpunkt zurückgehen. Nicht materielle Vorteile für das einzelne übertretende Mitglied, sondern ideale und moralische Werte für die Gesamtheit müssen bei Behandlung der Frage in den Vordergrund treten (Beifall bei den Delegierten des Kontinents).

Stevens (Weißblecharbeiter, England) stimmt nicht ganz mit Willinson überein. Seine Organisation habe schon mehrfach Mitglieder ausländischer Organisationen aufgenommen und damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Man sollte dem gemachten Vorschlage näherzutreten und ihn an eine Unterkommission zur Prüfung überweisen.

Jones (Maschinenbauer, England) sympathisiert mit dem Vorschlage des Sekretärs, hält ihn aber für praktisch undurchführbar. Redner beklagt, daß auf dem Kontinent Mitglieder seines Verbandes gezwungen werden sollten, dem inländischen Verein beizutreten. Das halte er für unzulässig. Die Verfassung der englischen Trades-Union verbiete, die Ausländer günstiger zu behandeln, als die Inländer. Solche Verfassungen seien schon älteren Datums, haben sich eingelebt und seien ohne weiteres nicht zu ändern. Er kann sich mit dem Vorschlage auf Einsetzung einer Unterkommission nicht ganz einverstanden erklären, würde sich aber damit abfinden und einen solchen Vorschlag vertreten können, wenn die Kommission nur eine Prüfung des Vorschlages daraufhin vornehmen würde, ob die englischen Trades-Unions sich auf solches Verhältnis einlassen können.

Die Vormittagsitzung schließt damit, daß den Engländern auf Wunsch die Möglichkeit gegeben wird, in einer sofort abzuhaltenen Sitzung nochmals zu der Frage Stellung zu nehmen, um Nachmittag ihre Stellung zu präsentieren. Das geschieht durch eine von dem Sekretär der britischen Abteilung Hobson abgegebene Erklärung, worin die Engländer nochmalige schriftliche Klarstellung der Vorschläge für das Gegenseitigkeitsverhältnis verlangen, sich dann bereit erklären, zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen, um ihrerseits Vorschläge zu machen. Diese Vorschläge werden die Engländer ihren Mitgliedern unterbreiten und sie, soweit statutarische Bestimmungen dem nicht im Wege stehen, zu verwirklichen suchen. Begründet wird die Erklärung damit, daß die Herpflitterung der englischen Organisation, ihre Statuten und ihre Stellung der Mitglieder die Regelung der Materie als sehr schwierig erscheinen lasse. Offenbar sind auch die Ansichten der Vertreter der verschiedenen kontinentalen Organisationen in diesem Punkte nicht einig. — Von den deutsch-sprechenden Vertretern der kontinentalen Organisationen wird eine Gegenerklärung durch Beer-Wien dahin abgegeben, daß sie mit dem Vorschlage der Engländer einverstanden seien, sofern die gemachten Vorschläge, sowie der vorliegende Vorschlag des Sekretärs von Vertretern der englischen Organisationen unter Zugiehung des Sekretärs und zweier Vertreter des Kontinents beraten werden und diese Beratungen im Frühjahr 1911 stattfinden. —

In der Diskussion legen noch Hausen-Kopenhagen und Reichel-Paris den Standpunkt der skandinavischen und französischen Arbeiter gegenüber der Auffassung der Engländer fest. Die Erklärung der Engländer wird mit großer Stimmenmehrheit unter den von den kontinentalen Vertretern gestellten Bedingungen angenommen. Bei der Wahl der Länder, die Vertreter zu der bevorstehenden Konferenz zu senden

haben, entscheidet sich der Kongreß für Dänemark und ein Land französischer Zunge. —

Der dritte Vorschlag des Sekretärs, die Regelung etwaiger Hilfsaktionen bei Streiks, wird sehr schnell erledigt. Der Vertreter des schwedischen Verbandes, Blomberg, leitet die Diskussion mit einer Dankagung für die Unterstützung ein und weist darauf hin, daß diese Unterstützung dem schwedischen Verband seine Existenz gesichert und ihn gestärkt habe. Wäre die Unterstützung nicht erfolgt, so dürfte der Verband heute kaum mehr bestehen. Diese Ausführungen zeitigten großen Beifall auch bei den Engländern. Nach Jones Jenkins (Maschinenbauer) haben die Maschinenbauer 6688 M. und nach Davis die Messingarbeiter 1438 M. den Schweden überwiesen und glauben damit ihre Schuldigkeit getan zu haben. Außerdem machten sie auch für den Generalstreik als Verhinderungsmittel des Krieges Propaganda. Cohen-Berlin trat in entschiedener Weise der Auffassung der Engländer, als haben sie beim schwedischen Streik ihre Schuldigkeit getan, entgegen, und wies den Widerspruch in ihrer Haltung heute und damals nach. Wenn die schwedischen Arbeiter von den Sympathieerklärungen der Engländer hätten leben und kämpfen können, würde man sich heute nicht mit dieser Frage beschäftigen brauchen. Da aber bei den Engländern Theorie und Praxis zweierlei sei, müsse leider auch bei dieser Gelegenheit wieder auf den Widerspruch hingewiesen und den Engländern gesagt werden, daß die Arbeiter des Kontinents auf Sympathieerklärungen, denen keine Taten folgen, verzichten (Beifall). Damit schließt die Debatte. Die Sache wird zur Beratung der englischen Abteilung mit Vertretern des Kontinents überwiesen. — Ein Antrag des finnländischen Verbandes, ihm 4000 Frcs. aus Bundesmitteln für Propagandazwecke zu bewilligen, wird abgelehnt. — Dem Sekretär wird Entlastung erteilt und ihm 3000 M. als Remuneration für die abgelaufenen drei Geschäftsjahre bewilligt. Schlicke wird als Sekretär wiedergewählt.

Aus der Partei.

Gemeindeführerfolge.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Langensalza unterlagen in der dritten Abteilung die zwei bürgerlichen Kandidaten gegen unsere Genossen, die mit dreifacher Mehrheit gewählt wurden. Wir behaupteten ein Mandat und gewannen ein neues dazu.

In Halle erhielt der sozialdemokratische Stadtverordneter Kandidat 231, der bürgerliche Gegner 93 Stimmen. Es zieht somit der erste Sozialdemokrat ins Rathaus.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Oldesloe (Holst.) wurde am Montag zum ersten Male ein Sozialdemokrat gewählt.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Dünklaun wurde am Dienstag der sozialdemokratische Kandidat mit über 100 Stimmen Majorität gewählt.

Die Stadtverordnetenwahlen in Dessau brachten uns zwei neue Mandate. Insgesamt wurden vier Sozialdemokraten gewählt.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag tagte in Mannheim eine Konferenz der Wahlkreisorganisation für den Kreis Mannheim. Vertreten waren 26 Ortsvereine durch 87 Delegierte. Der gedruckte Geschäftsbericht weist eine Vermehrung der Mitgliederzahl um 100 nach, er beträgt jetzt 6187. Der Kassenbericht balanziert mit 7489,08 M.; an Beiträgen wurden 3447,08 M. gezahlt, ein Mehr von 1670 Beiträgen gegen das Vorjahr. Die Landestafel erhielt 2331,14 M. Die „Volkstimme“ steht sehr günstig. Der Abkommenstand ist höher als je zuvor.

Zur Gründung eines eigenen Parteiblattes

vereinigten sich am Sonntag in Freiburg i. B. etwa hundert Genossen und vereinbarten ein Genossenschaftsstatut zur Errichtung einer Buchdruckerei. An die Spitze des Vorstandes wurde Parteisekretär Engler gestellt, dem Aufsichtsrat wird Adg. Kräuter vorstehen. Der Geschäftsanteil ist auf 20 M. festgesetzt, der ohne Anspruch auf Gewinnanteil bezichtigt werden soll. Der letzte Offenburger Landesparteitag war für eine Gründung noch nicht geneigt.

Eine Klage des Reichsverbandes

gegen den Genossen Barthel von der Chemnitzer „Volkstimme“ endete mit einem Herzeinfall der Reichsverbände. Die „Volkstimme“ hatte in einer Notiz, Reichsverbandslumpen überfahnen, ironisch die Tatsache glorifiziert, daß die Chemnitzer Reichsverbände alte Flugblätter aus dem Jahre 1907 als neue verbreitet hatten. In der Verhandlung bekannte sich Genosse Heilmann als Verfasser der Notiz, worauf Barthel freigesprochen wurde. Eine Anklage gegen Heilmann ist wegen Verjährung nicht möglich. Die nicht unerheblichen Kosten fallen den Klägern zur Last.

Eine kleine „Hofgänger“-Geschichte aus der belgischen Partei.

Man meldet uns aus Brüssel: Eine an sich scheinbar recht unbedeutliche, aber vielleicht gerade durch ihre ärgerliche Ueberrasslichkeit auffallende Hofgänger-Geschichte neuer Art — hat dieser Tage die Brüsseler sozialdemokratische „Ligue Ouvrière“ zu einem Tadelvotum gegen zwei hervorragende Parteigenossen veranlaßt. An dem zu Ehren des deutschen Kaisers im Rathaus der Stadt Brüssel veranstalteten Festempfang haben auch Familienangehörige der Parteigenossen Grimard und Maes teilgenommen. Das ist um so ungehöriger, als der von den Vertretern der Gesamtpartei gefaßte Beschluß vortag, gegen den Besuch des deutschen Kaisers, als des höchsten Vertreters des Absolutismus und der Reaktion in Deutschland, zu demonstrieren. Also auch, wer etwa glaubt, daß ihn das sozialistische Prinzip nicht zum Fernbleiben von höchsten Festen verpflichte, war gebunden. Dabei ist Maes Parteisekretär und Stadtverordneter in Brüssel, Grimard ebenfalls Stadtverordneter. Die Ligue Ouvrière hat demnach mit Recht in ihrem Tadelvotum betont, daß diese Parteigenossen, die ihren Familien gestattet, von den an sie gerichteten Einladungen Gebrauch zu machen, die Haltung und die aus Anlaß des Kaiserbesuches gefaßten Beschlüsse der Brüsseler Organisation mißachtet haben. — Uebrigens trägt sich Grimard seit längerer Zeit mit dem Gedanken, sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen.

Zum elfässischen Parteistreiche

ersucht Genosse Weiter-Strasbourg um Aufnahme folgender Erklärung:

In seiner Erklärung in der Nummer 200 des „Vortwärts“ bestreitet Genosse Weirotes-Strasbourg die Richtigkeit der Feststellungen des Genossen Martin-Wülhausen bezüglich einer Neuerung in einer Strahburger Parteiverammlung. Da Genosse Martin keine Feststellung auf einen Bericht über die Strahburger Parteiverammlung vom 22. Juni stützt, dessen Verfasser ich bin, so möchte ich kurz feststellen, daß Weirotes dem Sinne nach in der erwähnten Verammlung erklärt hat, die „Wülhäuser“ wollten den bestehenden Landesvorstand beseitigen, die Ostroitzge müßte hierzu als Mittel zum Zweck dienen. Die Feststellung des Genossen Martin ist also nicht unwahr!

Unsere Toten.

In Englin in Weidenburg starb ein alter, treuer Parteigenosse, der Lederhändler C. Wendt. Als junger Schuhmacher-geselle durchwanderte er zu Lassalles Zeiten Deutschland und schloß sich mit Begeisterung unserer Sache an. Auch in seiner Heimatstadt Englin, wo er sich später als Schuhmacher und Lederhändler niederließ, vertrat er ohne Rücksichtnahme auf die ihm entstehenden wirtschaftlichen Nachteile voll und ganz seine Ueberzeugung.

Parteiliteratur.

Im Verlage der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei in Nürnberg ist erschienen: Grundbegriffe der Politik. Von Friedrich Stampfer. Lieferung I. Komplet in 10 Lieferungen a 25 Pf. Gebunden liegt das Werk Ende November zum Preise von 3 M. vor. Zur Orientierung lassen wir nachfolgend die Hauptkapitelüberschriften folgen: I. Das Wesen der Politik. II. Der Staat. III. Die Staatsformen. IV. Die Aenderung der Staatsform. V. Die Aufgaben des Staates (Innere Politik). VI. Die Aufgaben des Staates (Äußerliche Politik).

Im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung ist erschienen: Oesterreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1911. Der im 16. Jahrgange erschienene Kalender ist gegen Entsendung von 90 Pf. in Briefmarken vom Verlage, Wien VI, Gumpendorfer Straße 18, zu beziehen.

Aus Industrie und Handel.

Immer höher!

Die Vertreter der Regierung plapperten seitherzeit dem Fleischwucherern die Redensart von der Teuerung als einer vorübergehenden Erscheinung wieder nach. Das war die Begründung für das Verlangen von Maßnahmen zur Abstellung der furchtbar wüthenden Fleischnot. Mittlerweile schlenken die Preise immer weiter hinauf. Für manche Arbeiterfamilien gehört der Fleischgenuss längst zu den seltenen Luxusgenüssen. Wie die Preise hinaufgehen, das konstatiert die amtliche „Statistische Korrespondenz“. Nach ihrer Zusammenstellung der Durchschnittspreise an 50 Marktororten gewinnt man das folgende Resultat. Es kostete 1 Kilogramm im Vormonat:

	Oktober 1909	September 1910	Zweite Hälfte Oktober 1910.
Rindfleisch . . .	155,9	168,7	170,7
Kalbsteif . . .	176,5	188,2	189,7
Lammfleisch . . .	169,7	174,7	175,0
Schweinefleisch . . .	167,8	163,6	164,6
Rohfleisch . . .	74,5	76,5	76,9

Die letzten Preise sind im Vergleich mit denen im Oktober des Vorjahres höher bei

Rindfleisch	um 9,5 Proz.
Kalbsteif	8,1
Lammfleisch	3,7
Rohfleisch	3,2

Dah die Steigerung noch fortgesetzt anhält, ergibt einer Vergleichung der Preise in der ersten und der zweiten Hälfte des Oktober d. J. Danach ergaben sich für die letztere Periode bei Rindfleisch und Kalbfleisch Erhöhungen um je 1/2 Pf. pro Kilogramm. Und es ist zu befürchten, daß nun auch die Schweinepreise noch weiter hinaufgetrieben werden. Wie die amtliche preussische Statistik nämlich weiter erkennen läßt, ist der Auftrieb von Ferkeln und Läuferweinen sehr stark zurückgegangen. Während zum Beispiel im September 208 150 Ferkel und 59 388 Läuferweine an den Markt kamen, sank die Zahl für Läuferweine im Oktober auf 47 430 und für Ferkel auf 163 574. Anstatt die Ernährung des Volkes sicher zu stellen, wetteifern Regierung, Scharfmacher und Lebensmittelwucherer in wüthender Eifer gegen die sozialen und kulturellen Bestrebungen der Arbeiterbewegung. An diesen Taten soll man sie erkennen.

Die Aktion der Elektrokonzerne.

In der Fachpresse rechnet man seit Monaten mit der Wahrscheinlichkeit, daß die beiden größten deutschen Elektrokonzerne, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und Siemens-Schuckert, sich zu einem gewaltigen Trust verschmelzen werden, der dann für das Deutsche Reich allmählich ein faktisches Monopol ausbildet. Wie die beiden mächtigen Elektrokonzerne arbeiten, zeigt folgender Fall:

Das von Oberkärntner und Schweizer Kapitalisten ins Leben gerufene Elektrizitätswerk von Mülhausen i. E. ging im Frühjahr 1906, als noch die vielverleumdete sozialdemokratische Rathausmehrsheit in der oberkärntnerischen Fabrikstadt bestand, zum Preise von 5 1/2 Millionen Mark in städtischen Besitz über. Das Werk erzielte andauernd glänzende Jahresabläufe trotz eines wüthenden Konkurrenzkampfes, der mit den bekannten Rheinfelder Kraftwerken im Oberelsaß und in Oberbaden ausgebrochen war.

Unterdessen begann das von den Städten Mülhausen i. E. und Freiburg i. B. mit dem Bezirkspräsidenten für Oberelsaß und der Industriellen Gesellschaft in Mülhausen aufgegriffene Projekt eines Rheinkraftwerkes bei Rembs (im Kreis Mülhausen), das in Rheinfelden angelegte Kapital ernstlich zu bedrohen. Und nun warf dieses Kapital seine Reize direkt auf dem Mülhauser Rathaus aus, wo das „antifolkloristische“ Rathkollegium diesen Versuchungen keine Pauer von Grundstücken entgegenzustellen hatte. Der Erfolg war selbst für den argsten Schwarzseher überraschend. Die Stadt gibt das städtische Elektrizitätswerk aus der Hand, das in einer neu gebildeten Aktiengesellschaft „Oberrheinische Kraftwerke“ ausgeht, deren Grundkapital auf 20 Millionen Mark bemessen wird, wovon der Stadt 40 Proz. der Aktien, gleich 8 Millionen Mark, ausgeliefert werden; die übrigen 60 Proz. (12 Millionen Mark) übernimmt die Aktiengesellschaft „Licht und Kraft“ für sich bzw. ein von ihr zu bildendes Konsortium, so daß die Stadt auf den Generalversammlungen der Aktiengesellschaft „Oberrheinische Kraftwerke“, worin ihr Elektrizitätswerk „schuldlos und laßensfrei“ ausgegangen ist, jederzeit überstimmt werden kann. Gleichzeitig gewährt die Stadt der Aktiengesellschaft „Oberrheinische Kraftwerke“ zur Benutzung der städtischen Straßen und Röhre und sonstigen städtischen Eigentums eine Konzession auf die Dauer von 70 Jahren oder, sofern die staatliche Konzession für das Rheinkraftwerk auf eine andere Zeitdauer erteilt wird, für die Dauer dieser staatlichen Konzession. Innerhalb des gegenwärtigen und zukünftigen (!) Reichsbundes der Stadt wird „für die Dauer der Konzession der Aktiengesellschaft ein Monopol für Stromlieferung gewährleistet. Und dann der Gipfel der Kapitulation: Die Gesellschaft „Oberrheinische Kraftwerke“, d. h. zu 40 Proz. die Stadt, übernimmt die von den Rheinfelder Kraftwerken bis jetzt im Elsaß abgeschlossenen Stromlieferungsverträge mit den im Konkurrenzkampf mit dem städtischen Werke abgeschlossenen niedrigen Kampfpreisen. Sie übernimmt ferner alle elässischen Leitungsanlagen von Rheinfelden und verpflichtet sich obendrein, eine bestimmte Quantität Strom 8-10 Jahre lang von Rheinfelden fest zu beziehen.

Diese Bedingungen deuten in nicht mißzuverstehender Weise den Weg an, den das verbündete Elektropital zum Nachteile der geprellten Stadt zu gehen entschlossen ist. Der Gewinn der Gesellschaft „Oberrheinische Kraftwerke“, an der die Stadt infolge der Veräußerung ihres bis dahin sehr rentablen Elektrizitätswerkes mit 40 Proz. teilnimmt, wird niedrig gehalten, um die Gewinne aus dem Rheinfelder Werk, das kurzzeitig durch ein neues großes Kraftwerk bei Augst-Wöhlen, oberhalb Basel, verdrängt wird, desto mehr steigen zu lassen. Und das vielbesprochene Rheinkraftwerk bei Rembs, dessen „Finanzierung“ für die Helden des Antifolklorismus im Mülhauser Gemeinderat die Kopfpeise zum Anheben abgab, kann warten, bis die Anzulänglichlichkeit der bereits vorhandenen oder im Bau begriffenen Kraftwerke weiter oberhalb, die dem ausbeuterischen Privatkapital dienstbar sind, sich erwiesen haben wird.

Zu der ideologischen Kopfpeise des Traumes von Rembs hatten die mit der Stadt unterhandelnden Kapitalisten für die ehrsamen

Stadtbäter von Mülhausen noch das materielle Reizmittel elliher Auffichtsratsposten gestellt, und von jeder Fraktion des Gemeinderats bis eine führende Größe darauf an.

Als führende Personen der Gesellschaft für „Licht und Kraft“ in Berlin, die diesen meisterhaften Coup fertiggebracht haben, nannte Bürgermeister Klug im Gemeinderat neben den Leitern deutscher und ausländischer Banken den Dr. Alfred Berliner, Direktor der Siemens-Schuckertwerke in Berlin, und im Aufsichtsrat der Gesellschaft „Oberrheinische Kraftwerke“ sitzt nun, nach der im September 1910 erfolgten Eintragung ins Handelsregister Mülhausen i. E., unter anderen Dr. phil. Walter Rathenau in Berlin neben Direktor Karl Jander von der Bank für Elektrische Unternehmungen in Zürich, die bekanntlich der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin angehört.

Die Regierungen unterstützen solche Monopolbestrebungen. Nur in weniger wichtigen Fragen greifen sie ein. So hat der Minister des Innern auf Veranlassung des Verbandes der elektrotechnischen Installationsfirmen die in Frage kommenden Behörden ermächtigt, bei der Konzessionserteilung von Ueberlandzentralen eine Monopolisierung der Anschließanlagen und der Materiallieferung hierfür möglichst zu verhindern.

Preishäufte am Kaffeemarkt. Eine starke Verteuerung haben seit Jahresfrist die Kaffeepreise erfahren. Zum Teil ist diese Verteuerung eine Folge der Holverhöhung, zum Teil resultiert diese Preissteigerung aber auch aus einer wesentlichen Verdrängung der Marktverhältnisse. Für einzelne Sorten stellt sich der Preis um reichlich 40 Proz. höher als im vergangenen Jahre und auch ganz beträchtlich höher als in früheren Jahren. So kostet z. B. in Bremen Savanilla r. ord. 109,50 M. pro Doppelzentner gegen 78 M. im September 1909. Der Preis für Santos good ab. ist von 71 M. auf 101,50 M. in die Höhe gegangen. Die Steigerung beträgt also reichlich 40 Proz. Bei den in Frankfurt a. M. gehandelten Sorten ist die Preissteigerung nicht so stark; Santos sup. befehen ist im Preise von 152 auf 172, blau Java oder Zentralamerika ist von 180 auf 190 M. gestiegen. In Hamburg kostet Santos 105,50 gegen 78, Rio 103,50 gegen 75 M. Köln weist bei Java-Kaffee, gut, mittel, einen Preis von 195 auf gegen 190, bei Santos, gut, mittel, einen solchen von 172 gegen 160,80. In Mannheim stellt sich der Preis für Santos-Kaffee, Durchschnittsware, auf 174 gegen 148 M.

Soziales.

Betrunken oder müde?

Der bei der Firma Wolf Wertheim als Schaffner beschäftigt gewesene Kläger F. forderte gestern vor dem Gewerbegericht eine Entschädigung von 58 M., weil seine fristlose Entlassung zu Unrecht erfolgt sei. Der Vertreter der besagten Firma wendete ein, der Kläger habe sich trotz Verwarnung wiederholt betrunken und Trunkenheit sei in der Arbeitsordnung als Entlassungsgrund aufgeführt. Um diese Behauptung zu beweisen, waren von dem Vertreter Angestellte und Kunden als Zeugen aufgerufen. Die Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt. Der Kläger war eines Tages mit Bierlieferungen betraut und war an diesem Tage mit seinem Wagen von früh morgens bis abends spät unterwegs. Seine Mahlzeiten mußte er, ebenso wie der Kausier, unterwegs in Wirtshäusern einnehmen. Bei einer Stunde der Beflagten, die er mit juleich an jenem Tage bediente, hat nun Kläger einige Flaschen Bier weniger abgeliefert als er sollte. Doch auch die Kundin hatte sich selbst bei der Abrechnung mit dem Kläger geirrt. Denn sie reklamierte nicht sofort, sondern erst bei der nächsten Lieferung, wodurch der Fehler des Klägers der Beflagten bekannt wurde. Da der Kläger an jenem Abend etwas schwerfällig und ungeschickt hantierte und obendrein etwas viel redete, nahm die Kundin an, daß der Kläger betrunken gewesen sei. Sie hätte wohl gewünscht, daß sich derartige nicht wiederholte, hatte aber nicht erwartet, daß Kläger von der Firma gleich mit der Entlassung bestraft würde.

Den wiederholten Vergleichsverhandlungen, die das Gericht eingangs and anhängig der Verhandlung machte, war der Vertreter der besagten Firma unzugänglich. Er sagte, er müsse aus Prinzip jede Einigung ablehnen.

Das Gericht gab daraufhin dem Klagenantrag statt und verurteilte die Firma zur Zahlung der geforderten Summe. Es nahm an, daß der Kläger vielleicht angetrunken, nicht aber betrunken gewesen ist, da er ja seine Arbeit verrichtete. Wenn er dabei etwas schwerfällig gewesen sei, so könne dies auch auf Müdigkeit zurückzuführen sein.

Unverständlich und gegenüber dem sonstigen Verhalten der Firma selbst auffällig ist das Verhalten des Vertreters der Firma Wolf Wertheim. Das muß ein schlechter Kaufmann sein, der „aus Prinzip“ eine Einigung auch dann ablehnt, wenn, wie im vorliegenden Fall erwiesen wird, daß die Annahme, die der Entlassung zugrunde lag, eine irrige war.

Lange Arbeitszeit als Entlassungsgrund.

Eine Entschädigung für entgangenen Lohn und Nebenverdienst im Betrage von 94 M. forderte der Schlägler H. vom Fleischermeister R. R. Krause, da er fristlos entlassen worden sei, obwohl er auf eine 14tägige Kündigungsfrist Anspruch habe. Der Beklagte macht geltend, daß der Kläger trotz Verwarnung wiederholt die Zeit verblasen habe; auch am Entlassungstage sei er anstatt um 4 Uhr morgens erst um 1/2 Uhr zur Arbeit erschienen. Diese Behauptung wurde durch Zeugen bestätigt. Dem hielt der Kläger entgegen, daß er häufig ununterbrochen, ohne Pausen bis 10, 11 und 12 Uhr abends habe arbeiten müssen; es sei dann wohl verständlich, wenn er dann hin und wieder die Zeit verblasen habe. Auch am Abend vor dem Entlassungstage sei er erst um 10 Uhr abends von Spandau zurückgekehrt. Bei so langer Arbeitszeit könne doch das Verblasen als Entlassungsgrund nicht in Frage kommen.

Das Innungsgericht wies aber trotz dieser nicht bestrittenen Darlegungen die Klage kostenpflichtig ab. Der Beflagte soll also nach wie vor bei 16-18tägiger Arbeitszeit von seinen Arbeitern Pünktlichkeit verlangen dürfen. Das widerspricht dem Gesetz, das die Verplattung des Unternehmers festlegt, die Arbeitszeit nicht übermäßig auszuweiden. Schwerlich hätte eine Gewerbebehörde so entschieden. Das Verblasen war Folge der langen Arbeitszeit. Für diese und ihre Folgen war aber der Beflagte, nicht der Kläger verantwortlich.

Gerichts-Zeitung.

Ein Bootunglück.

bei welchem fünf Personen ertranken, beschäftigt gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow die 8. Strafkammer des Landgerichts III. Wegen fahrlässiger Tötung mußte sich der taubstumme Fischer Johannes Stollfuß verantworten. Am 21. August dieses Jahres hatte der Sparverein „Brudertreu“, dessen Mitglieder gemeist Taubstumme sind, eine Kreuzpartie nach Schilbhorn unternommen. Hier mieteten sich mehrere Teilnehmer, darunter der Angeklagte, ein Ruderboot. Schon hierbei begannen sie eine grobe Unvorsichtigkeit dadurch, daß acht Personen ein Boot bestiegen, welches nur für sechs Personen bestimmt war. Wie die Anklage behauptet, soll nun der Angeklagte Stollfuß, als sich das Boot etwa 60 Meter vom Ufer entfernt befand, plötzlich angefangen haben zu schaukeln. Im nächsten Moment wurden die am Ufer zurückgebliebenen Personen Zeugen einer furchtbaren Szene. Das Boot kenterte plötzlich und alle acht Personen stürzten ins Wasser. Da sie sämtlich taubstumme waren, erlitt kein Altschmerz, und laufsichtsan fünf Personen in die Tiefe, während die drei übrigen, darunter der Angeklagte, gerettet wurden, aber sich selbst retten konnten. Die gestrige Verhandlung gestaltete sich sehr hässlich, da die sämtlichen Zeugen und auch der Angeklagte taubstumme waren. Als Dolmetscherin mußte deshalb die Taubstummenlehrerin Frau Schen

fungieren. Die Aussagen der Zeugen blieben sämtlich sehr unklar, so daß nicht aufklärt werden konnte, ob ein absichtliches Schaukeln des Angeklagten oder das bei allen Taubstummen zu beobachtende sehr lebhaftes Schillern mit Armen und Händen als die Ursache des Kenterns anzusehen war. Das Gericht kam deshalb auf Grund eines non liquet zu einer Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte 1 1/2 Jahre Gefängnis beantragt.

Unschuldig angeklagt und verurteilt.

Wie man zu einer Anklage und Gefängnisstrafe kommen kann, lehrt folgender Fall, der gestern die 8. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Pauli beschäftigte. In dem Jandorfischen Warenhaus am Nordufer Dammtor war eines Tages eine Frau abgefaßt worden, als sie einige Gegenstände heimlich mitgehen lassen wollte. Der Verdacht, es mit professionellmäßigen Ladendiebinen zu tun zu haben, lenkte sich dann auch auf die Begleiterin der Diebin, eine bisher unbescholtene Frau Elisabeth Schurig. Eine bei ihr vorgenommene Hausdurchsuchung förderte ein Kochbuch zutage, wie es im Jandorfischen Geschäft feilgeboten wird. Die Frau versicherte, dieses Kochbuch bei Tied am Alexanderplatz gekauft zu haben, man glaube ihr jedoch um so weniger, als der Leiter der Buchabteilung bei Jandorf mit aller Bestimmtheit versicherte, daß die Auszeichnung in dem Buche keinen Zweifel darüber lasse, daß das Kochbuch aus seiner Abteilung stamme. Das Schöffengericht, vor welches Frau Sch. unter der Anklage des Diebstahls kam, verurteilte sie zu 4 Wochen Gefängnis. Nun nahm sich Rechtsanwält Dr. Max Kantorowicz der Sache an und legte Berufung ein. Es ergab sich folgendes: Der Leiter der Buchabteilung von Tied am Alexanderplatz bekundete mit derselben Bestimmtheit, daß das Buch die Auszeichnung, wie sie im Tiedschen Geschäft üblich ist, zeige, daß er sogar die Handschrift des Auszeichnenden erkenne und für ihn kein Zweifel bestehe, daß das Buch aus der Tiedschen Buchabteilung stamme. Es konnte festgestellt werden, daß in beiden Geschäften zufällig dieselbe Auszeichnung in Anwendung gekommen war. Dazu kam, daß die Angeklagte zutreffende Angaben über die Stelle machen konnte, wo sie nach ihrer Behauptung das Kochbuch gekauft haben will. Unter diesen Umständen hob der Gerichtshof das erste Urteil auf und erkannte auf Freisprechung der Angeklagten.

Etwas weniger Flüchtigkeit bei Erhebung der Anklage und mehr Rücksicht auf die Entlastungsmomente hätten das überflüssige Gerichtsverfahren vermieden.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen, erkämpft Euch Eure Rechte!

Die Rechtlosigkeit der Frauen in unserem Wirtschaftsleben wird den Berliner Arbeiterinnen wieder einmal am Sonntag, den 13. November zum Bewußtsein kommen. An diesem Tage gehen die Berliner Arbeiter zur Böhurne, um ihre Stimmen für diejenigen aus den Reihen ihrer Kollegen abzugeben, die sie für fähig erachten, ihre Interessen vor dem Gewerbegericht zu vertreten.

Den Gewerbegerichten steht Entscheidung in solchen Streitfällen zu, die den gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen aus dem Arbeitsverhältnis heraus erwachsen. Nur für Betriebe, für die Innungs- oder Tarifschiedsgerichte vorhanden sind, sind die Gewerbegerichte nicht zuständig.

Die Entscheidungen werden von den gewählten Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber, die in gleicher Zahl mitwirken, unter dem Vorsitz einer unparteilichen Person, die weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein darf und meist ein Magistratsbeamter ist, gefällt. Dadurch, daß Personen dort das Richteramt mit ausüben, die die Arbeiter auf diese Posten gestellt haben, genießen die Gewerbegerichte im allgemeinen bei den Arbeitern großes Vertrauen. Und dies war auch bei Errichtung der Gewerbegerichte beabsichtigt.

Nach der Begründung der Regierung zum Gewerbegerichtsgesetz sollte die Hinzuziehung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern auch eine des Vertrauens der Beteiligten verstärkende Rechtspflege schaffen. Eine Gruppe der Beteiligten hat man aber auch hier, wie stets, wenn es sich um die Ausübung eines Rechtes handelt, ausgeschlossen, nämlich die Gesamtheit der weiblichen Erwerbstätigen. Obgleich auch aus den Reihen der Arbeiterinnen eine erhebliche Anzahl Klagen den Gewerbegerichten überwiehen werden, sind die Arbeiterinnen von der Wahl der Vertretung und von der Mitwirkung bei der Rechtsprechung ausgeschlossen.

Gegenwärtig sind die Gewerbegerichte für rund 7 000 000 Arbeiter und 1 700 000 Arbeiterinnen zuständig. Vor das Berliner Gewerbegericht kamen im Jahre 1908 allein 8103 oder 22 Proz. der Gesamtklagen von Arbeiterinnen zur Verhandlung. Soll die Rechtsprechung der Gewerbegerichte das Vertrauen aller Beteiligten genießen, dann muß auch den Arbeiterinnen das Recht zugehoben werden, sich an der Wahl der Vertreter beteiligen und in den Gerichten selbst mitwirken zu dürfen.

Alle Versuche, den Arbeiterinnen dies Recht zu ertingen, waren bisher vergebens. Vor einigen Wochen erst ist in der Kommission des Reichstags, die die Novelle zum Strafgesetzbuch und zum Gerichtsverfassungsgesetz zu bearbeiten hat, ein Antrag abgelehnt worden, der eine Wenderung des § 81 des Gerichtsverfassungsgesetzes forderte. Dieser Paragraph schließt nämlich Frauen vom Amte eines Schöffen aus. Nach dem Gewerbegerichtsgesetz haben nur solche Personen das Wahlrecht zu den Gewerbegerichten, die Schöffe sein dürfen. Für den Antrag stimmten nur die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Der Vorgang beweist wieder einmal, auf welcher Seite diejenigen zu suchen sind, die einzig und allein die Rechte auch der heillosen weiblichen Bevölkerung vertreten.

Der 13. November zeigt nun den Arbeiterinnen aufs neue, daß der Staat und die Parteien im Reichstags, die heute noch die Wehrweise bilden, wohl die weibliche Bevölkerung in gleicher Weise wie die männliche zur Steuerleistung heranziehen, aber stets einen andern Maßstab anlegen, wenn es sich darum handelt, der weiblichen Bevölkerung Rechte zuzubilligen. Wenn deshalb bei den nächsten Reichstagswahlen, die voraussichtlich im kommenden Jahre stattfinden, die Arbeiterinnen nach Möglichkeit für die Vertreter der Sozialdemokratie eintreten, so haben die herrschenden Klassen dies neben ihrem sonstigen Verhalten auch den Maßnahmen zuzuführen, die die Arbeiterinnen von den Wahlen zu ihren gesetzlichen wirtschaftlichen Interessenvertretungen ausschalten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Das erste der drei Beethoven-Konzerte findet am 13. November 8 1/2 Uhr hinstlich (Eröffnung 8 Uhr) im Klaischer-Saal, Bülowstr. 76, statt. Eintrittskarten a 50 Pf. sind zu haben bei Frau Mlodja, Nichtestr. 1, Frau Köbler, Schreiner Str. 58, Frau Kula, Prinzstr. 102, Frau Jordan, Albrecht Str. 43 und im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, bei Gorch. Programme gratis, Einführungshefte für alle drei Konzerte 10 Pf. Am 23. November im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a; Vortrag: „Industrie und Landwirtschaft“. Referent: Max Grundwald.

Die deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht veranstaltet Donnerstag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus Charlottenburg, Berliner Straße 72, einen Vortrag über „Gefährdung und Kindesrecht“. Referentin ist Frä. Dr. jur. Anna Schulz-Frankfurt a. M.

Lesende.

Mariendorf, Donnerstag, den 10. November, 8 Uhr bei Lufas, Königstr. 14.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 10. November.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Götterdämmerung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Balken-
steins Lager. Die Niccolomini.
Deutsches. Herr und Diener.
Kammerstücke. Scherzo.
Länge. Die Wiesenhol. (An-
fang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Seßling. Wenn der junge Wein
blüht.
Berliner. Der scharfe Junker.
Tranon. Der heilige Hain.
Neues. Kean.
Komische Oper. Die Sohäms.
Reißens. Nobless oblige.
Neues Schauspielhaus. Die
Jungfrau von Orleans.
Kleines. Die verfluchten Frauen-
zimmer. Erster Klasse.
Thalia. Polnische Birschhaft.
Schiller's Frauen-Theater.
Wallensteins Tod.
Schiller. Charlottenburg. Kabale
und Liebe.
Friedrich. Wilhelmstädtsches.
Die Räuber.
Westen. Die schönste Frau.
Neues Opern-Theater. Der Graf von
Luxemburg.
Lustspielhaus. Der Feldherrn-
hügel.
Lilien. Der Fährich im Kloster.
Volkspoes. Die weiche Dame.
Modernes. Der Doppelmenschen.
Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht.
Der Verblühter.
Kiste. Fritz Reuter.
Holles Caprice. Der Feldwebel-
hügel (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra - Wir leben
noch!
Kasino. Der schnelle Rudolf.
Urania. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Bravo! Da capo! (An-
fang 8 1/2 Uhr.)
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Sandsouci. Ah, die Kerls!
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania. Tanzvorst. 18. 19.
Abends 8 Uhr: Der Sternwald-
säter See und der Gotthard.
Im Hörjaal 6 Uhr: Dr. G. Gehlhoff:
Mechanik.
Im Hörjaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Einige Kapitel aus dem segensreichen
Leben der Tiere.
Sternwart. Anwaltsstr. 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Der Vierwaldstätter See
und der Gotthard.
Hörsaal 6 Uhr:
Dr. G. Gehlhoff: Mechanik.
8 Uhr: Dr. W. Berndt: Einige
Kapitel aus dem sexuellen Leben
der Tiere.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
10 neue Attraktionen 10
Gaston Colonel Bordeverry,
der beste Kanakische der Welt.
Walter Steiner, Humorist.
10 Uhr:
Mizzi Wirth
in ihrem Cyrceten-Deuts
Franciainsel.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsvorstellung in 7 Bildern
v. G. Freund. Musik v. G. Holländer.
In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Hausen gestattet.

WINTERGARTEN
Das November-Programm
ein großer Erfolg!
Jdette Brémondval
Etoile Parisienne
Herlein Lafory
amerik. Säng. v. d. gr. Op. Paris.
„General“ Edward La Vine
der alte Haudogen, sowie
elf glänzende Attraktionen.

Herrnsfeld Theater
Son. 8-11
Stürmisches Leben aber
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Traverserfall in 2 Akten
von Anton und Donald Herinfeld.
Hierzu: Der Derby-Sieger.
Komödie von H. Reibhardt.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theaterf.).

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das
große Attraktions-Programm.
Die Glima-Kämpfe der
Isländer-Truppe.
Hdm. Nadège
Jean Moreau
Les freres Riègos
und die anderen
12 Attraktionen

Passage-Panoptikum.
Prinz Atom,
der kleinste Mensch aller Zeiten
lebend!
Buddhas dunkles
Geheimnis.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 10. November:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Aufz. von G. Dönel.
Philippe Verblay: Dir. Hans Reich.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
„Im Mauselloch.“
Mittl. Humor. v. Reijfel.
Anfang
montags
8 Uhr
Sonntag
7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Fr.
Schiller. Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Aufz.
von Friedrich Schiller. Ende 10 1/2 U.
Freitag, abends 8 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.

LICHT-SPIELE
Mozartsaal - Nollendorferplatz
Premiere.
DAUERVORSTELLUNG 6-11 UHR.

CLOU
Mauerstr. 82 - Zimmerstr. 90/91
Berliner Konzerthaus
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel v. Mitgl. d. Mailänder Scala-Orchesters
66 Künstler. Dirig.: Egipto Tango 10 Sollenen.
Heute Donnerstag: Wagner-Abend.
An allen Wochentagen nachm.: Großes Promenaden-Frei-Konzert.

Rollschuhbahn
Kurfürstendamm 151
Sonnabend, den 12. November
Gesellschafts-Abend.
Elite-Programm. Beginn 8 Uhr.

Karl Haverland-
Theater. Romanbanten-
präz. 7 1/2 U. Straße 77/79.
Candianys Sketsch
Italienische Nacht
sowie die neuen Spezialitäten.
Heute nach der Vorstellung: Ball.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Nur bis Freitag, den 25. November:
Der schnelle Rudolf.
Ab Sonnabend, den 25. November:
Das Original Berliner Volksstück
Julie Wippchen.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Mutter Gräbert.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Sonnabend, den 12. November 1910:
Kunst-Abend
in Ballschmieders Etablissement, Badstraße 16,
unter Mitwirkung von
Margarete Walkotte und anderen namhaften Künstlern.
Anfang 8 Uhr. „ „ Eintritt 50 Pf. „ „ Tanz 50 Pf.
230/9*

Union-Theater.
Moritzplatz
Baggenhagen
Hasenheide
Unions-Brauerei
Die beiden Treffpunkte
für Tausende
Eintr. 30 Pf.

Zirkus A. Schumann.
Donnerstag, den 10. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Die kolossale Pantomime
9 1/2 Uhr. Der 9 1/2 Uhr
große Coup
der
Schmuggler
Barbar das große Programm.
Mirza Golem
persische Truppe, 12 Personen
Mr. Alb. Pearson.
Hohe Schule, geritten im Hexen-
hittel Fel. Kapistia.
Spachen zu Pferde, ger. von
Fel. Dora Edmanns und Herrn
Karl Geh.

Zirkus Busch.
Donnerst., 10. Nov., ab. 7 1/2 Uhr:
Gr. Galavorstellung.
Große Sensation! Bisher noch
nie gezeigte tollkühne Produk-
tionen am freistehenden Mast
70 Fuß hoch
ausgeführt v. d. Gebr. Adons.
Außerdem: Herr Dir. Pierre
Althoff und Frau Althoff mit
ihren hervorragenden „Frei-
heitsdresuren!“
Die berühmte
Radfahrer-Familie Klein.
Um 10 Uhr zum 61. Male:
„VENEZIA“
Vorher das gr. Gala-Programm.

Walhalla-Theater
Weinbergweg 19/20. (Hofentf. Tor.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! - Da capo!
Eine Allerwelts-Revue
in 5 Bildern. Mit den neuen
November-Einlagen.

Volks-Liedersaal
Tiergartenhof, Bahnd. Tierg.
Wir singen:
Freitag, den 11. November, 8 1/2 Uhr:
Oper und Sied!
Erster gemischter Abend.
Saalplatz 50 Pf. (res. 1 M.).
H. Berthelm, Vort. u. Bod.

Folies Caprice.
Abends 8 Uhr:
Der Feldwebelhügel
Ein Akt in Schürzen
von Hensler und Soda Soda.
Bunter Tell.
Hotel zur Jungfrau.
Touristenpost von Saitz.

Freie Volksbühne
Sonnabend, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr,
im gr. Konzertsaal der Brauerei Hoppoldt, Hasenheide:

Herbstfest
mit Ball und Gesellschaftsabend.
Mitwirkende:
Bozena Bradsky, Brettel-Soubrette.
Motte Lutz, Konzert- und Operettensängerin.
Fritz Richard, Rezitator (Deutsches Theater).
Adolf Henckell, Komiker und Bretelsänger.
James Rothstein, Kapellmeister.
Festmarken a 60 Pf. (inkl. Programm und Tanz)
in allen Zahlstellen erhältlich.

Thalia-Theater
Kampf.
Neues Schauspielhaus
Ueber unsere Kraft.
Herrnsfeld-Theater
Der Herr Senator.
Extravorstellung
im Lessing-Theater
Sonntag, 20. November:
Hart-
leben: Rosenmontag.

Lessing-Theater
Das Konzert.
Residenz-Theater
Die 300 Tage.
Abendabteilungen
Ueber unsere Kraft.
Nächste Serie im
Thalia-Theater:
Die schöne Helena.
Operette von Jacques Offen-
bach.
Nächste Serie im Neuen Schauspielhaus:
Hebbel:
Agnes Bernauer.
242/4
Der Vorstand. I. V. G. Winkler.

Theater Sanssouci.
Hochbahnstation Rotbuscher Tor.
8 1/2 Uhr:
Die
Weltstadt - November-
Spezialitäten.
Darauf 9 1/2 Uhr:
Ah die Kerls!!
Berliner Post, Rusli v. Gindshofer

Volgt-Theater
Gehlsbrunnen, Badstraße 58.
Freitag, den 11. November 1910:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten v. G. Sudermann
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Grotzerjan, Ansb. : Rud. Morz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen
Blättern. Stets wechf. Programm.

B. A. M.
Bosporus
am Moritzplatz.
Täglich: Variété-Konzert.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
17615
C. Nible.
Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Mila-Säle
Schönhauser Allee 130, Milastraße 3
Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Großer Ball.
Anfang 8 Uhr.
Karl Eisner.

Marionetten-Theater
Münchener Künstler.
Täglich nachm. und abends:
Kleine Opern- und
Puppenspiele.
Ausstellungs-Hallen
Port. IV, am Zoo, Port. IV.

Zur Gewerbegerichtswahl!

Am morgigen Tage, Freitag, den 11. November, findet in Berlin die Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer zum Gewerbegericht

in den Stunden von 3 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends statt.

Es wird für diese Körperschaft nach dem Proportionalwahlssystem gewählt, jede einzelne Stimme fällt dabei ins Gewicht und darf kein Parteigenosse, welcher in die Liste eingetragen ist, der Wahl fernbleiben.

Die Wahl ist eine geheime. Als Legitimation dient vor allem die vom Magistrat erhaltene Karte, mangels derselben Militärpapiere oder Steuerquittung.

Wir erwarten, daß alle Genossen, denen es die Zeit erlaubt, sich in den angegebenen Parteibureaus den Wahlleitern von 1/3 Uhr nachmittags an zur Verfügung stellen und gewohnte Wahlhilfe leisten, namentlich ergeht dieser Ruf besonders an alle Parteimitglieder, welche sich wirtschaftlicher Selbständigkeit erfreuen.

Die Wahllokale resp. Parteibureaus befinden sich an folgenden Stellen:

Bezirk	Wahllokal	Parteibureau
1:	Turnhalle Gem.-Schule,	Sinter der Garnisonkirche 2,
2:	"	Niederwallstr. 6/7,
3:	"	Wilhelmstr. 117,
4:	"	Genthiner Str. 4,
5:	"	Steinmehstr. 79,
6:	"	Tempelhofener Ufer 20,
7:	"	Sagelberger Str. 34,
8:	"	Wilmstr. 10,
9:	"	Bergmannstr. 28/29,
10:	"	Dieffenbachstr. 60/61,
11:	Real-Schule,	Mariannenstr. 47,
12:	Gem.-Schule,	Reichenberger Str. 44/45,
13:	"	Waldemarstr. 77,
14:	"	Köpenicker Str. 2,
15:	"	Reichenberger Str. 67/70,
16:	"	Wasserlostr. 31,
17:	Viktoriafschule,	Prinzenstr. 51,
18:	Gem.-Schule,	Stallschreiberstr. 54,
19:	"	Schmidstr. 38,
20:	Fil. d.	Blumenstr. 63a,
21:	"	Koppenstr. 84,
22:	"	Strausberger Str. 9,
23:	"	Kemeler Str. 24/25,
24:	"	Bromberger Str. 18/14,
25:	"	Petersburger Str. 4,
26:	"	Olibaer Str. 13,
27:	"	Georgenkirchstr. 2,
28:	"	Reibelstr. 31/32,
29:	"	Gipsstr. 23a,
30:	"	Koppenplatz 12,
31:	"	Rehdenicker Str. 17/18,
32:	"	Kuppiner Str. 48,
33:	"	Schönhäuser Allee 166a,
34:	"	Senefelderstr. 6/7,
35:	"	Greifenhagenener Str. 78/82,
36:	"	Rutbuscher Str. 23,
37:	"	Elisabethkirchstr. 19/20,
38:	"	Wattstr. 16,
39:	"	Pflugstr. 12,
40:	"	Ravenstr. 12,
41:	"	Albrechtstr. 20,
42:	"	Alt-Neubau 23,
43:	"	Rostocker Str. 32,
44:	"	Bremer Str. 13/17,
45:	"	Stephanstr. 3,
46:	"	Müllerstr. 168/159,
47:	"	Müllerstr. 48,
48:	"	Prinzenallee 8,
		Casse, Neue Friedrichstr. 43,
		Begener, Schepstr. 30,
		Sacwert, Wilhelmstr. 118,
		Dobbert, Blumeshof 9,
		Mühl, Steinmehstr. 67,
		Brieser, Möckernstr. 121,
		Kaerner, Hordstr. 61,
		Hemp, Urbaustr. 170,
		Fritsch, Marheinekeplatz 5,
		Krieg, Dieffenbachstr. 55,
		Voigt, Rannunstr. 67,
		Papensuß, Reichenberger Str. 47,
		Grundmann, Pädlerstr. 18,
		Miz, Staliger Str. 59,
		Schulze, Förster Str. 17,
		Ridenrott, Alexandrinenstr. 110,
		Ranz, Stallschreiberstr. 6,
		Sam, Stallschreiberstr. 47,
		Roschinsky, Michaelkirchplatz 19,
		Kohy, Blumenstr. 21a,
		Merkowski, Andreasstr. 26,
		Dietrich, Warfilindstr. 21,
		Diskowshy, Kemeler Str. 20,
		Greive, Romintener Str. 2,
		Schmidt, Petersburger Str. 84,
		Kersten, Gbinger Str. 15,
		Spaet, Georgenkirchstr. 65,
		Sengepfeil, Reibelstr. 39,
		Zhiel, Rüdertstr. 7,
		Birth, Auguststr. 51,
		Obigls, Schwedter Str. 23/24,
		Korff, Elisabethkirchstr. 18,
		Obigls, Schwedter Str. 23/24,
		Droboslaw, Sähliemannstr. 39,
		Hönisch, Widertstr. 3,
		Schmidt, Rutbuscher Str. 25,
		Radwiz, Rheinsberger Str. 68,
		Henkel, Straßander Str. 17,
		Dams, Schlegelstr. 9,
		Sehse, Boyenstr. 19,
		Kürbis, Luisenstr. 26,
		Käjar, Alt-Neubau 119,
		Bilz, Rostocker Str. 27,
		Schulz, Bremer Str. 62,
		Faber, Stefastr. 11,
		Mattner, Müllerstr. 162a,
		Lewandowsky, Müllerstr. 47,
		Lenz, Prinzenallee 88,

Welche Straßenzüge zu jedem Bezirk gehören, ist aus dem Wahltableau zu ersehen, das gestern dem „Vorwärts“ beilag. — Für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerwahlen (letztere finden am Sonntag statt) sind die gleichen Lokale bestimmt.

Unsere Liste der freien Arbeitgeber trägt die Bezeichnung

Liste 1.

Stimmzettel werden auch noch vor den Wahllokalen verteilt!

Parteigenossen! Wir appellieren an Euren gewohnten Eifer, an die Opferwilligkeit und das Pflichtgefühl, das die Sozialdemokraten Berlins stets betätigt haben. An die Arbeit, an zur Wahl, zur Wahlhilfe, zum Kampf, zum Sieg. Soziale Ideen und Prinzipien sollen auch Richtschnur für das Berliner Gewerbegericht werden. Auf zur Wahl am

Freitag für Arbeitgeber
Sonntag für Arbeitnehmer.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Der Zentralvorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Am Freitag, den 11. November, beginnt in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, der Vortragszyklus des Genossen R. H. Voegel über das Thema: „Vom Urtier zum Menschen“, demonstriert durch Lichtbilder. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr. Genossen, die noch nicht im Besitz einer Eintrittskarte sind, können solche am Eingange des Saales erhalten.

Kalberge-Rüdersdorf. Am Sonntag, den 13. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, findet im „Waldhaus zur Linde“, Joh. Noll, Heimstr. 10, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: „Die Polizeischlachten in Rußland und Belding“. Referent: Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel-Berlin. Diskussion.

Abertshof. Am Sonntag, den 13. November, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Boger, Wismarstr. 10, eine öffentliche

Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Kirche und Sozialdemokratie. Referent Genosse Emil Unger. Um 7 Uhr abends wird in demselben Lokal ein Neuter-Abend abgehalten. Festrede hält Reichstagsabgeordneter Genosse Eichhorn. Eintrittspreis 20 Pf. Wir eruchen ferner die Genossen, welche an der Gewerbegerichtswahl beteiligt sind, ihr Wahlrecht vormittags auszuüben, um nachmittags an der Versammlung teilnehmen zu können. Der Vorstand.

Alt-Ostende. Am Freitag, den 11. November, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Franz Bohne, Grünauer Str. 55, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: 1. Los von der Kirche. Referent Genosse Stiering. 2. Freie Aussprache.

Pankow. Am Sonntag, den 13. d. Mts., früh 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Gruppenführer haben das Material vom Genossen Rymann zu holen. Gleichzeitig machen wir die Teilnehmer am Vortragszyklus darauf aufmerksam, daß heute abend 8 Uhr der letzte Vortragsabend im Lokal „Feldschlößchen“, Berliner Str. 27, stattfindet. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Wie die Kirche redet und wie sie handelt.

Im Jirkus Busch hat am Sonntag eine Versammlung stattgefunden, die sich mit dem Wohnungselend und der Wertzuwachssteuer beschäftigte.

Dort sprach auch der Städterepikone Pic. Mumm, der sich über das Wohnungselend verbreitete. Die Ursache des Wohnungselends liege in der Wertsteigerung des Grund und Bodens. Der Bodenwucher schneide den Arbeitern den Hals zu. Für die Vorlage der Regierung betreffend die Wertzuwachssteuer wolle die Versammlung demonstrieren. Sie wende sich gegen den übermächtigen Grundstückshandel und wolle der Terrain speculation unserer Tage das Brandmal der Gemeinenschädlichkeit aufdrücken.

Schon gesagt, Herr Mumm! Könnte man nur auf solche Reden etwas geben! Stände wenigstens die Lat dahinter! Aber die Kirche und ihre Diener predigen schon bald zwei Jahrtausende der gläubigen Menschheit schöne Theorien, aber in der Praxis hapert es immer. Wir können hierzu eine niedliche Illustration bieten, die zeigt, daß zwischen den Worten und Taten der Staatskirche auch heute noch ein unüberbrückbarer Gegenatz liegt. Vor einiger Zeit brachte der „Berliner Lokal-Anzeiger“ unter Vorort-Nachrichten eine Notiz, in der von einer der Kirche sicherlich nicht fernstehenden Seite mitgeteilt wurde, daß verschiedene Kirchengemeinden um Berlin durch das Steigen der Grund- und Bodenpreise sehr reich geworden seien. Es wurde weiter auf den ausgedehnten Besitz der Kirchengemeinde der nördlichen Vorortgemeinde Rosenthal-Wilhelmsruh verwiesen, deren damalige Pfarrkirchen heute einen Wert von Millionen repräsentieren. Und zwar deshalb, weil, wie es weiter hieß, die Kirchengemeinden diese Ländereien liegen gelassen und „selbst in der neuesten Zeit hohe Angebote abgewiesen haben“. Der Verfasser der Notiz schrieb auch: „Die kirchlichen Aufsichtsbehörden sind sehr darauf bedacht, daß das Land nicht billig veräußert wird.“ Das Konsistorium in Steglitz habe „verschiedentlich die Genehmigung zur Veräußerung des dortigen Kirchenackers verweigert, auch als vor einigen Jahren 500 000 M. dafür geboten wurden.“ Sogar ein Reflektant, der 800 000 M. geboten habe, sei abgewiesen worden. Diese Stellungnahme wurde durch folgende Skizze illustriert: die kirchliche Aufsichtsbehörde halte es nicht für angebracht, den Grund und Boden gegenwärtig, wo das Grundstücksgeschäft gänzlich stillliegt, zu veräußern und empfiehlt, bessere Zeiten abzuwarten, in welchen noch höhere Angebote zu erwarten seien.

Die Vertreter der Kirche predigen ihren Gläubigen, daß sie nicht Schätze sammeln für die Wölfe, die Kirche selbst aber verfährt in diesem Sinne.

Die zahlreichen Klagen über Mißstände in den städtischen Irrenanstalten haben endlich der Deputation für die städtische Irrenpflege die Junge gelöst. Lange genug hat gedauert, ehe man es riskierte, der Öffentlichkeit diese Bouillon mit Fettsäuren vorzuführen. In einer langen Extravortage für die Stadtoberordnetenversammlung befolgt die Deputation den allzu durchsichtigen Tritt, überall da einzufallen, wo in den bekannten Anstalten der Irren keine Unrichtigkeiten untergelaufen sind. Wer dieses kendenahme Geschreibsel, das in allen wesentlichen Punkten den Kern der Sache wohlweislich umgeht und sich an unbedeutende Nichtigkeiten förmlich festklammert, als Nichtkenner liest, soll und muß glauben, daß in den städtischen Irrenanstalten alles in schönster Ordnung ist, und daß es beinahe zu einem Vergnügen gehört, dort draußen als Geisteskranker verpflegt und beschäftigt zu werden oder Pflegerdienste zu leisten. Der Zweck der langatmigen Uebung ist also, in Form eines Brausepulvers die Öffentlichkeit zu beruhigen bezw. zu täuschen. In der Stadtoberordnetenversammlung wird man aber der städtischen Irrendeputation ein Tränkelein mischen, von dem sie noch lange einen bitteren Nachgeschmack behalten soll. Ein geradezu stümperhafter Schachzug ist es, daß diese famose Rechtfertigungsvortage alles, was beim besten Willen nicht zu berichtigen war, glatt totschweigt oder der Erörterung aus dem Wege geht, weil sich derartige mit tatsächlichen Angaben nicht gestützte Behauptungen einer Nichtigstellung durch Tatsachen entziehen. Die Vortage reißt auch nur auf der Heijermanischen Kritik herum, während sie die seit Jahren gebrachten, viel eingehenderen und genaueren Kritiken des „Vorwärts“ vorfichtig übergeht. Was insbesondere jetzt über die Stellung des Pflegerpersonals gesagt wird, ist eine völlige Entstellung der Gesamtverhältnisse, obwohl manche Einzelangaben, in denen Heijerman nicht ganz richtig schilderte, richtiggestellt werden. Was von reichlicherem Sommerurlaub und mehr Freizeit gesagt wird, ist direkt falsch. Man erinnere sich nur daran, daß Urlaub stets in großem Umfange verweigert worden ist, sobald der Urlaub zum Besuch von Versammlungen der organisierten Pfleger nachgesucht wurde. Die Zahl der ungeschulten Pfleger überwiegt bei weitem, wie sich das schon aus dem angegebenen häufigen Wechsel von selbst ergibt. Im übrigen ist die dreimonatliche Schulung im Anstaltskursus praktisch ohne Belang, wenn die eben geschulten Pfleger gleich oder bald nach dem Kursus die Anstalt wieder verlassen. So ist die „Schulung“ ein ewiges Von-vorn-anfangen ohne größere praktische Bedeutung. Mit den paar Mann, die den Stamm alter, über 30 Jahre im Dienste befindlicher Pfleger bilden, sollte die Deputation lieber nicht renomieren. Um die behauptete Ueberbürdung der Pfleger zurückzuweisen, operiert die Deputation mit Durchschnittszahlen, wonach ein Pfleger auf noch nicht fünf Kranke kommt. Das ergibt natürlich ein ganz falsches Bild, da die dienstfreien, sowie die außerhalb der Stationen für alle möglichen Nebenarbeiten beschäftigten Pfleger hierbei mitgezählt sind. Zudem erklärt die Deputation einige Abfälle vorher selbst, es sei eine laienhafte Auffassung, wenn das Hauptgewicht auf den durchschnittlichen Bestand der Kranken gelegt wird. Durchschnitt ist doch Durchschnitt! Von schlechtem Pflegeressen, von mangelhaftem Nachtlager der Pfleger, von den aus Pflegerkreisen heraus gerügten zahlreichen hygienischen Mißständen, auch von dem Nötigen überzähliger Patienten auf der Erde ohne Verpflegung auf den Korridoren, wird kein Wort gesagt. Die Verwaltung kennt anscheinend ihre eigenen Verwaltungsberichte nicht, in denen ausgesprochen ist, daß bei der jetzigen Bezugszahl tüchtiges Pflegepersonal gar nicht zu erhalten ist, sonst hätte sie nicht auf die Entlohnung der Pfleger verwiesen.

Zur Landtagswahl im 4. Berliner Landtagswahlkreis wissen einige Blätter von einem Wahlmandat zu berichten, das am Tage der Wahl vorgenommen worden sein soll. Nach diesen Mitteilungen sollen liberale Wahlmänner folgendes in Schreibmaschinenschrift hergestellte Schreiben erhalten haben: „Gedreht Herr! Sie sind als freiwiliger Wahlmann für die morgige Landtagswahl gewählt worden. Die Wahlvorbereitungen seitens der freiwiliger Partei sind aber diesmal unverändert betrieben worden, der Kandidat, Herr Kreitzing, ist so ohne jede Abklärung mit der Zustimmung des Kreises aufgestellt worden, daß die Mehrheit der freiwiliger Wahlmänner nicht zur Wahl gehen wird. Wenn Herr Kopsch am 5. Oktober in der

Wahlmännerberatsamlung in der Vereinsbrauerei unter anderem erklärt hat, die anderen Kandidaten hätten „zum Teil aus finanziellen Gründen“ nicht in Frage kommen können, so gibt es für die Anhänger der anderen Kandidaten eben nur eine Möglichkeit, deren Kreislauf auch nicht zu wählen und morgen, am Wahltag, überhaupt nicht zur Wahl zu gehen. Man kann nicht gezwungen werden, zu wählen, und aufdringlichen Schleppten entgeht man als intelligenter Mensch. Man kann ja auch dringlich erreichen müssen. Dies bezieht sich nicht auf Namen vieler wirklich freisinniger Wahlmänner ergeben zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Ein freisinniger Wahlmann.

Wir wissen nicht, ob tatsächlich ein solches Schreiben verfasst worden ist. Ist das wirklich der Fall, so kann doch nur ein Spatzvogel in Frage kommen. Ernstlich wird doch kein verständiger Mensch glauben, mit einem solchen Anschreiben den Zweck zu erreichen, daß freisinnige Wahlmänner zu Hause bleiben. Eher könnte eintreten, daß manche Wahlmänner, die den Termin vergessen haben sollten, sich auf ihre Wahlpflicht besinnen.

Wenn deshalb die „Freisinnige Zeitung“ schreibt, der freisinnige Wahlmann rieche doch gar zu sehr „nach dem moralischen Duff der Sozialdemokratie“, so sieht das diesem mit den schmutzigsten Mitteln kämpfenden Blatte sehr ähnlich. Ernsthaft kann man gegen solche Unwürde nicht polemisieren.

Die Jugendchriften-Ausstellung im Gewerkschaftshaus ist heute, Donnerstag, von 5—9 Uhr geöffnet.

Eine Gemeindefehle geschlossen. In der 158. Gemeindefehle in der Mühlenstraße 30 sind bei den großen Ferien mehrfach Fälle von Diphtherie und Scharlach vorgekommen. Die Schule ist deshalb auf Anordnung des zuständigen Kreisarztes auf zehn Tage geschlossen worden und wird in dieser Zeit einer gründlichen Desinfektion unterzogen werden.

Zur Sperre des Berliner Viehhofes.

Die Verfügung der Veterinärpolizei, daß sämtliche auf dem Schlachthof befindlichen Rinder und Hammel bis Dienstag abgeschlachtet werden sollen, war nicht durchführbar. Ueber 150 Rinder und etwa 1200 Schafe stehen noch ungeschlachtet auf dem Schlachthof. Die Veterinärpolizei hat über diese Tiere noch keine weiteren Bestimmungen getroffen. Die Desinfektionsarbeiten auf dem Schlachthof sind im vollen Gange, dürfen aber, da die Abflüsse gestern nicht beendet werden konnten, sich länger hinziehen und vor Freitag nicht durchgeführt sein. — Die Desinfektion des Viehhofes erstreckt sich nach Anordnung der Veterinärpolizei diesmal weiter als bei früheren Fällen von Maul- und Klauenseuche. Die Oberteiler und Treiber sämtlicher Viehkommissionäre sind danach anzuhalten, ihre Aufbewahrungsräume und Kästen, sowie alles Futtergerät, die Eimer, Besen, Forken, Stride und dergleichen einer gründlichen Reinigung und Desinfektion zu unterwerfen. — Die Abfuhr vom gestrigen Viehmarkt ist, wie die „Allgemeine Fleischzeitung“ meldet, nach allen preussischen Orten gestattet worden, unter der Voraussetzung, daß die Polizeibehörden der Orte, nach denen die Tiere geschickt werden sollen, vorher davon benachrichtigt werden und daß die Tiere sofort zur Abchlachtung kommen.

Zu dem Verbrechen im Humboldthafen wird noch mitgeteilt. Der verhaftete Gelegenheitsarbeiter Hermann Richter hat sein gestern abgelegtes Geständnis in einem weiteren Verhör noch wesentlich ergänzt und sich nunmehr auch selbst bezeugt. Er gibt zu, mit Wegner zusammen der Martha eine Steppdecke auf den Oberkörper und das Gesicht gelegt und die Decke festgehalten zu haben, während sich Schiffer-Ernst mit ihr befand. Als das Mädchen auffallend ruhig wurde, nahm er die Decke vom Gesicht weg und sah nun zu seinem Schrecken, daß Martha tot war. Auch bei der Wegschaffung der Leiche hat Richter geholfen. Otto Wolff — nicht Karl — und Wegner leugnen noch. Es haben sich aber mehrere Zeugen gefunden, die sie noch weiterhin belasten. Diese Zeugen stammen nicht alle aus den Kreisen, denen die Tote und ein Teil der Täter angehören, sondern einige sind einwandfreie Arbeiter, die am Humboldthafen beschäftigt waren. Otto Wolff ist ein ganz gefährlicher Mensch und nicht das erste Mal in bösen Geschäften verwickelt. Vor sechs Jahren war er schon einmal in einer ähnlichen Angelegenheit verhaftet. Am 8. November 1904 wurde die Leiche eines Straßensoldatens Mathilde Triebertow im Humboldthafen treibend aufgefunden. Die gerichtsarztliche Untersuchung ergab, daß das Mädchen auf das schwerste mißhandelt worden war. Ihr ganzer Körper war blau und blau geschlagen. Wolff geriet in den Verdacht, die Triebertow mißhandelt und umgebracht zu haben, das Verbrechen mußte aber wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden.

Gestern kurz nach Mittag ist es der Kriminalpolizei gelungen, auch den vierten Mann, den Schiffer Ernst zu ermitteln und festzunehmen. Vorgefunden wurde nun zunächst durch Nachfragen in Kreisen, daß Schiffer-Ernst nicht mit Vornamen, sondern mit Nachnamen Ernst heißt. Dann wurde festgestellt, daß es sich um den am 22. Oktober 1877 zu Rals geborenen ehemaligen Schiffer Julius Ernst handelte. Man fand bald dessen Strafakten, aus denen hervorgeht, daß er wiederholt Raubdiebstähle verübt hat. Trotz mancher Schwierigkeiten gelang es keine Spur zu finden. Schiffer-Ernst hatte sich noch gestern auf einem Kahn im Humboldthafen aufgehalten, war dann nach dem Nordhafen gegangen, aber eine halbe Stunde vor dem Eintreffen des Beamten verschwand. Man glaubt jetzt, daß er nach dem Nordhafen gehen werde, er kam jedoch nicht dorthin. Gestern vormittag fragten zwei Beamte, die schon die ganze Nacht hindurch nach ihm gesucht hatten, alle Stein- und Mörtelkäufer, ob sie den Schiffer-Ernst nicht gesehen hätten. Da teile ihnen einer mit, daß er in der Wohnungsgasse gewesen sei. Bald nach Mittag fanden sie denn auch den Gesuchten in der Spargelstraße, nahmen ihn fest und brachten ihn nach dem Polizeipräsidium.

Der unter dem Verdacht, den Tod der Verta Scharndorff verursacht zu haben, mitverhaftete Nachwächter Wilhelm Wegner vom südlichen Packhof am Humboldthafen ist kein südlicher Wächter, sondern Angestellter einer privaten Waß- und Schiffsgeleitschaft, welche die Bewachung der der Stadt Berlin gehörigen südlichen Lagerhalle am Humboldthafen übernommen hat.

Die Königl. Eisenbahndirektion schreibt uns: Die in Nr. 252 dieses Blattes unter der Überschrift „Fahrpreis-Kuriosität“ auf der Wannseebahn gebrachte Notiz über Preisungleichheiten im Stadt- und Ringverkehr trifft nicht zu. Die einfache Fahrkarte 3. Klasse von Rixdorf nach Friedenau kostet nicht 30 Pf., sondern wie in der Gegenrichtung nur 10 Pf.; ebenso kostet die Arbeiterwochenkarte für diese Strecke in beiden Richtungen gleichmäßig 80 Pf. Ferner ist es nicht richtig, daß auf Bahnhof Tiergarten Wochenkarten nach Friedenau zu 90 Pf. ausliegen. Solche Karten bestehen überhaupt nicht. Sollte etwa Wilmersdorf-Friedenau gemeint sein, so ist es zwar richtig, daß die hier gelassenen Wochenkarten zu 90 Pf. bis Friedrichstraße gelten. Unrichtig ist es jedoch, daß die in Tiergarten gelassenen Karten zu demselben Preis nur bis Wilmersdorf-Friedenau gelten; sie können vielmehr weiter bis Bayreuther Straße benutzt werden, denn der Geltungsbereich jeder Fahrkarte berechnet sich für jede Station besonders.

Unsere Notiz war einer Korrespondenz entnommen und entstammt einem Vorortblatte.

Sofort getötet wurde am Mittwochnachmittag eine Frau vor dem Hause Oberwalder Straße 25, Ecke der Schopenhauer Allee, als sie versuchte, vor der herannahenden südlichen Straßenbahn den Damm zu überschreiten. Sie wurde von dem Wagen erfasst und überfahren. Als man sie befreite, war sie schon tot. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Mit Blindenkonzerten wird hier seit einiger Zeit Unfug getrieben. Agenten und Agentinnen gehen von Haus zu Haus, um Eintrittskarten für näher bezeichnete Blindenkonzerte zu verkaufen. Willkürliche Preise nehmen diese Karten gern, weil sie glauben, dadurch armen, blinden Künstlern zu helfen. Sie nehmen an, daß der ganze Reinertrag den Blinden zugute komme, und kaufen deshalb oft Karten, wenn sie auch gar nicht die Absicht haben, das Konzert zu besuchen. Die Voraussetzung, von der die Wohltäter ausgehen, trifft aber nicht zu. Die eigentlichen Konzertunternehmer sind nicht die Blinden selbst, sondern Agenten, die erblindete Pianisten und Violinisten, Geiger und Geigerinnen dazu benutzen, sich selbst die Tische zu füllen. Sie nehmen die Künstler zu festen Sätzen an und nutzen nun die Wohlthätigkeit aus, um über die Künstlerhonorare hinaus möglichst große Ueberschüsse für sich zu erzielen. Diesen Veranstaltungen gegenüber ist also Vorsicht dringend geboten.

Mehrere schwere Unfälle, darunter einer mit tödlichem Ausgang, ereigneten sich gestern in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft im Großmännchenbau, Brunnenstraße. Der Transporteur von Feld 8 war damit beschäftigt, eine Welle, die der Schmiede gehörte, von der Presse auf die Transportlore zu laden. Da die Welle über Aug lag, wurde statt des großen der kleine Transporthaken benutzt. Der große Haken wurde vom Kranführer hochgezogen, da er nicht gebraucht wurde. In dem Moment, als die Welle, die ein Gewicht von 25 bis 30 Zentner hat, auf die Lore gelegt werden sollte, stürzte plötzlich der große hochgezogene Transporthaken, der ein Gewicht von 8—10 Zentner hat, aus einer Höhe von circa neun Meter herab, schlug das Seil, an dem die noch zu transportierende Welle hing, durch und begrub die untenstehenden drei Arbeiter unter sich. Der Transporteur und ein Arbeiter erlitten sehr starke Quetschungen und Hautabblutungen an Kopf, Händen und Beinen, wogegen der Arbeiter Wagner aus der Abteilung der Schmiede sofort tot auf dem Platze blieb; ihm wurde der Kopf vollständig zerquetscht.

Wenn bei diesen tragischen Unfällen die Schuld bezumeßten, ließ sich bis jetzt noch nicht feststellen, da die eingeleiteten Untersuchungen ein abschließendes Urteil noch nicht ergeben haben.

Große Empörung herrschte am Dienstagabend gegen 10 Uhr unter Passanten am Rotbühler Tor, die Zeugen folgenden Vorfalls waren. Ein stark angetrunkenen Mann, anscheinend ein Arbeiter, stellte sich ungebührlich auf der Straße der Straßenbahn entgegen. Bald hatte ihn ein Kriminalbeamter am Genick, zu dem sich auch ein uniformierter Schutzmann gesellte, um den Mann zur Wache zu bringen. Der Angetrunkene konnte aber nicht mehr stehen und wurde eine längere Strecke buchstäblich auf dem Pflaster zur Wache geschleift. Das Gesicht des Mannes war stark mit Blut bedeckt, das linke Auge stark angeschwollen, die Sachen hingen in Fetzen vom Leibe. Die Passanten waren ob dieser Behandlung der Arrestanten empört und brachten das durch lebhaften Protest zum Ausdruck.

Das Betrunkene nach der Rettungswache und nicht nach der Polizeiwache gebracht werden sollen, wie Magistrat und Polizeipräsidium vereinbart haben, scheinen die Beamten gar nicht zu wissen.

Freie Volkshäuser. Zu einer Freilichtfeier gestaltete sich die Generalversammlung der Freien Volkshäuser, die am 8. November im Gewerkschaftshaus stattfand. Der Redner des Abends, Herr Eduard Bernstein, entwarf ein fesselndes Bild von der Persönlichkeit und dem Schaffen Freilichters, dem Verhältnis des Dichters zur Romantik und zur Revolution. Mit lebhaftem Interesse folgten die zahlreich erschienenen Mitglieder den literarisch und historisch gehaltenen Ausführungen, deren Reiz durch den Vortrag bisher unveröffentlichter Briefe Freilichters noch erhöht wurde.

In dem abendlichen Vortragsbericht wies Herr Dr. Konrad Schmidt auf die Kämpfe hin, die die „Volkshäuser“ zu führen genötigt sei. Durch die geplante kulturwidrige Lichtsteuerung will der Magistrat auch die Veranstaltungen des Vereins treffen, ihm folgte der Polizeipräsident v. Jagow durch die berichtigte Zensurverfügung. Die Abwehrbewegung gegen diese Anschläge hat ein erhöhtes Interesse an den Bestrebungen des Vereins erweckt, die Mitgliederzahl hat sich recht wesentlich erhöht, so daß nun noch in einzelnen Abteilungen wenige Mitglieder aufgenommen werden können. Den Kassendirektor erstattete Herr Winkler. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 1910/11 betrug die Einnahme 35 096,91 M., die Ausgabe 26 094,20 M., der Bestand mithin 8401,71 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Geschäftsbericht dem Vorstande vorgelesen. In der sich anschließenden Diskussion wurden mancherlei Wünsche und Anregungen laut. Um den Klagen über Störungen in den Vorstellungen zu begegnen, wurde einstimmig beschlossen, daß künftig zu spät kommende Besucher während des Spiels unter keinen Umständen ihre Plätze aussuchen dürfen. Frau Fried richtete an die Mitglieder den Appell, sich an den Sammlungen für den Rechtschutz und Kampffonds des Vereins rege zu beteiligen. In dem Schlusswort ersuchte der Leiter der Versammlung, Herr Baake, dieser Mahnung Folge zu leisten, er forderte ferner auf, für einen Massenbesuch der zum 14. November einberufenen Protestversammlung gegen die Zensurverfügung des Polizeipräsidenten Sorge zu tragen.

Die Freie Volkshäuser veranstaltete am kommenden Sonnabend, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im großen Konzertsaal der Brauerei Hoppoldt in der Hasenheide ihr diesjähriges Herbstfest. Zur Mitwirkung sind verpflichtet worden: die Violinkünstlerin Frau Olga Brodsky, Herr Karl Gendell für den hinteren Teil, die Konzertsängerin Frau Marie Lotte Ruh und der Rezitator Herr Reich Richard vom Deutschen Theater für den vorderen Teil des Programms. Die Klavierbegleitung übernahm der Komponist und Kapellmeister Herr James Rothstein. — Festmaxen a 60 Pf. (inkl. Ball und Programm) sind bei sofortiger Bestellung noch in allen Poststellen zu haben.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Zeugen gesucht! Am 29. Oktober, abends gegen 8 1/2 Uhr, wurde der 71jährige Bildhauer Karl Kriese von einem unerkannt gebliebenen Nachfahrer vor dem Danie Blumenstraße 51 angefahren und zu Boden geworfen. Dabei erlitt der alte Mann einen Bruch des rechten Oberarmes und starb drei Tage später im Krankenhaus am Friedrichshain. Passanten, die den Vorgang beobachtet haben, werden gebeten, Mitteilungen, die zur Ermittlung des Nachfahrers dienen könnten, an die Kriminalpolizei, II. Bez., zu 5014. IV. 27. 10. gelangen zu lassen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Der „Terrorismus der Sozialdemokratie“.

Wir hatten wiederholt bei dem versloffenen Wahlenkampf zu den Stadtverordnetenwahlen Gelegenheit genommen, auf die Tätigkeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie während der Wahlkämpfe hinzuweisen. Die Führung und Lieferung von Material im Kampfe gegen die Sozialdemokratie für die Kommunal- und Hausbesitzervereine übernahm, wie jetzt einwandfrei festgestellt ist, der Reichswahlrechtsverband. Wo diese traurige Erscheinung unseres politischen Lebens an die Oberfläche tritt, hört der Kampf mit sachlichen Argumenten auf. Die Verdächtigung der gegnerischen Parteien mit den schmutzigen Mitteln der Demagogie und Verdrehung der Tatsachen sind die landläufigen Waffen. Eine der äblichsten Redensarten ist der „Terrorismus der Sozialdemokratie“. Das Organ der Rixdorfer demokratischen Vereinigung, die „Rixdorfer Zeitung“, liefert zu dem Kapitel „Terrorismus“ einen interessanten Beitrag. Danach ist der Reichsverband an der Arbeit, ein nach Orangen ge-

ordnetes Verzeichnis derjenigen Geschäftsleute herauszugeben, die bei der letzten Wahl nach Ausweis der Wählerlisten gegen den demokratisch-sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben. Das Verzeichnis soll vertraulich allen Wählern der Grundbesitzerpartei — es sind, die betreffenden Geschäftsleute eingerechnet, im ganzen 900 — mit besonderer Empfehlung übermittelt werden. Wenn Sozialdemokraten und Demokraten sich der gleichen Taktik bedienen, würden die Geschäftsleute, welche den Kandidaten der vereinigten Kommunalvereine ihre Unterstützung angeheißt haben, sehr bald aus Rixdorf auswandern können. Dann allerdings würden die Herrschaften wieder den Mund sehr voll nehmen über den „Terrorismus der Sozialdemokratie“.

Ein gefährlicher Brand rief die Rixdorfer Feuerwehre vorgeföhrt abend gegen 10 Uhr nach der Heidelberger Straße 78. Auf dem dritten Hofe befindet sich dort ein fünfstöckiges Fabrikgebäude der Schallplattenfabrik „Geta Record“ G. m. b. H. Auf bisher unangefährte Weise war im Erdgeschoß in einem massiven Werkstück neben der Treppe Feuer ausgebrochen, das Waß usw. ergriß und eine kolossale Hitze entwickelte. Hierdurch platzte ein Lichtfenster, so daß die Flammen in das Treppenhaus schlugen. Als die Feuerwehre eintraf, brannten die Holzabteilungen der feineren Treppe sowie das Geländer und die Fenster schon bis zum fünften Stock. Zur Abkühlung der Flammen mußten drei Dampfstrahlleitungen vorgenommen werden. Erst gegen Mitternacht war die Gefahr beseitigt.

Aus der Magistrats-Sitzung. Der Gerichtsassessor Dr. Scheffer wird zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts gewählt. — Dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Oktober betreffend die Wiederwahl des Stadtbaurats Weigand auf Lebenszeit wird zugestimmt. — Der Magistrat beschließt die Errichtung einer Turnhalle auf dem von dem Eigentümer Knapper neben dem Schulgrundstück Wühlower Straße erworbenen Grundstück. Der Bau soll so gefördert werden, daß die Ingegnahme der Turnhalle spätestens am 1. Oktober 1911 erfolgen kann. — Die Einhebung der Abschnitte II und III der Abteilungen II und III des Friedhofs Brüg, Rixdorfer Straße, wird nach dem Vorschlag der Friedhofdeputation beschlossen. — Der Magistrat beschließt den Erlaß einer neuen Friedhofsordnung auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs. — Die Einrichtung einer Kantine im Arbeiter-Wohlfahrtsgebäude der städtischen Gasanstalt wird genehmigt.

Die betrogenen Handlungsgehilfen. Die unter dieser Stichmarke gestern von uns für Donnerstagabend 8 1/2 Uhr angekündigte öffentliche Versammlung findet nicht, wie irrtümlich mitgeteilt, Vergstraße 107, sondern in den Bürgerkäfen, Vergstr. 147, statt.

Wilmersdorf-Galensee.

Zur Angelegenheit Floto. Die wir gestern bereits in Kürze meldeten, hat der Magistrat die bei der Stadtverordnetenwahl am 8. November auf den Demokraten Floto gestimmten Stimmen für ungültig erklärt, so daß der Kandidat Oskar Dertler als gewählt betrachtet wird, trotzdem für ihn nur 112 Stimmen, für Floto hingegen 148 Stimmen und für den Fortschrittler Jacobsohn 77 Stimmen abgegeben wurden. In seiner auffälligen Maßnahme ließ der Magistrat sich leiten, weil dem demokratischen Kandidaten die Hausbesitzereigenschaft fehler soll. Nun ist keinerlei Zweifel daran, daß Herr Floto Hausbesitzer ist, doch scheint sich der Magistrat auf ein 1898 vom Oberverwaltungsgericht gefälltes Urteil zu stützen, wonach jemand nur dann im Sinne der Städteordnung als Hausbesitzer gilt, wenn außer ihm niemand Anteil am Besitz des Hauses hat. Es macht nichts, wenn ein Haus derart mit Hypotheken belastet ist, daß dem nominalen Besitzer tatsächlich kein Fingerring zu eigen gehört; jedoch muß er ins Grundbuch als Alleinbesitzer eingetragen sein. Hieran hat es nun im Falle Floto insofern gemangelt, als neben ihm auch seine Ehefrau als Besitzerin eingetragen war, und darauf stützt der Magistrat sein Vorgehen. Die demokratische Vereinigung beabsichtigt, das Verfahren des Magistrats auf verwaltungsrätlichem Wege anzufechten.

Charlottenburg.

Der zweite Vortrag des Genossen Bernstein über die sozial-revolutionären Parteien findet am 18. November pünktlich 8 1/2 Uhr im Volkshause, Hofmannstr. 3, statt. Eintrittskarten zu den folgenden fünf Vorträgen sind zum Gelampreise von 50 Pf. bei Scharnberg, Senfentimer Str. 1, Will, Kirchstr. 30, und Weidert, Hofmannstr. 3 (Steckdierhalle), zu haben.

Friedenau.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurde mitgeteilt, daß die Bevölkerungszunahme von Juli bis Oktober 2087 Personen beträgt. Der Ort zählt zurzeit 35 001 Einwohner. Seit Oktober 1905 hat sich die Einwohnerzahl Friedenaus verdoppelt. Auf Antrag des Bürgermeisters wurde beschlossen, die Polizeibehörde abzuschießen, da man hier durchaus keine Verwendung dafür habe. An Ueberschreitungen der Rotenstraße für 1909 wurden nachbedilligt für die ordentliche Verwaltung 5838,70 M., für Schulen 4255,04 M., für das Elektrizitätswerk 3400,60 M., für Wärmerei und Friedhof 644,08 M., insgesamt 14 472,51 M. Ein Antrag des Gemeindevorstandes verlangte 2400 M. für Errichtung von Gartenbänken in der Turnhalle des Reformrealgymnasiums. Dies gab unserm Genossen Richter Veranlassung, das Verhalten des Schulkulturatoriums sowie des Gemeindevorstandes einer scharfen Kritik zu unterziehen. Er wies darauf hin, daß es in der letzten Zeit hier Unus geworden sei, bei jeder Gelegenheit die Turnhalle zu Tanzveranstaltungen zur Verfügung zu stellen, während der am Orte befindliche Arbeiterturnverein gezwungen ist, seine Turnabende im Saale eines Restaurants abzuhalten. Ueber ein besonders empörendes Vorkommnis, welches sich erst vor einigen Tagen abgespielt hat, berichtete er folgendes: Die Samariterkolonne vom Roten Kreuz hatte für Sonnabend, den 30. Oktober, den großen Saal des Restaurants „Reinischloß“ zur Abhaltung eines Vergnügens mit Tanz usw. gemietet. Am Mittwoch, den 26. Oktober, fand nun in diesem Saale eine von der Sozialdemokratie einberufene Versammlung statt, in welcher Genosse Eichhorn über „Die Vorgänge in Noabitz“ sprach. Der Wirt des Lokals erhielt darauf am folgenden Tage einen Brief etwa folgenden Inhalts: „Wir bedauern von dem mit Ihnen vereinbarten Stiftungsfest der freiwilligen Sanitätskolonne in Ihrem Lokal absehen zu müssen, da wir nicht in einem Saale lagen können, der der Schaulust solcher Versammlungen wie am Mittwoch war. Unterzeichnet war das Schreiben von einem Dr. med. Radd. Um nun zu zeigen, daß man diesen an dem Wirt verübten Terrorismus bllige, stellen nun Schulkulturatorium und Gemeindevorstand dem Verein die Turnhalle zur Abhaltung des Fummels zur Verfügung. Derselbe Gemeindevorstand, welcher Anfang der Sitzung erklärte, daß er Berechtigung über alles stelle. Unser Genosse beantragte, eine Kommission einzusetzen, welche der Schulkulturatoriumsrichtlinien gibt, zu welchen Verhandlungen die Aula und Turnhalle der Anstalt freigegeben werden soll. Die Verhandlung des Antrages wurde, nachdem auch einige bürgerliche Gemeindevorsteher gegen die Schädigung der Geschäftsleute durch derartige Maßnahmen protestiert hatten, bis zur nächsten Sitzung vertagt. Bei einer Elektrizitätswerksangelegenheit wies Genosse Duhn darauf hin, daß sich die Folgen der Verschönerung des Werkes jetzt schon insofern bemerkbar machen, als die Straßenbeleuchtung lange nicht mehr in dem Maße funktioniert wie dies früher der Fall gewesen sei. Der Grund hierfür sei darin zu suchen, daß man schnell nach der Uebernahme durch die Privatgesellschaft eine Anzahl Arbeiter entlassen und die übrigen zu sehr dadurch belastet habe. Ein Beispiel habe man bei den Arbeitern, welche Straßenlampen bedienen. Als die Gemeinde das Werk noch in eigener Regie führte, hatte ein solcher Arbeiter täglich 85 Lampen zu bedienen. Heute muß er 57 inhand halten. Es zeige sich auch hierbei, daß bei der ganzen Plusmacherei die Arbeiter die Leidtragenden sind. Gemeindevorsteher Gerken schloß sich demogen, der Gesellschaft beizutreten.“

Schöneberg.

Freitag, den 11. November, abends Punkt 8 1/2 Uhr, bei Großer, Martin-Luther-Str. 80: Dritter Vortrag über „Einführung in die moderne Gesellschaftslehre“. Der Bildungsausschuss.

Treptow-Baumschulweg.

Die stellt sich die Einwohnerschaft zur Eingemeindung, und Freizeitsfrage, lautet das Thema, worüber in einer heutigen öffentlichen Versammlung in Speers Festhallen gesprochen wird. Infolge der Maßnahmen des Gemeindevorstandes in angeregter Frage, wird die Einwohnerschaft erlucht, lebhaft für die Versammlung zu agieren. Der Gemeindevorstand sowie die Gemeindevorsteher sind schriftlich eingeladen.

Pankow.

Auf der Tagesordnung der letzten Gemeindevorsteher-Versammlung stand zum zweiten Male die Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule. Beim § 6, der ein von den Eltern zu bezahlendes Schulgeld vorschreibt und auspricht, daß sie auch für die Beschaffung der Lehrmittel zu sorgen haben, entspann sich eine lebhaftige Debatte. Genosse Radtke stellte den Antrag, die Lehrmittel unentgeltlich zu liefern und von einer Erhebung des Schulgeldes Abstand zu nehmen. Nachdem sich auch die Gemeindevorsteher Leurig, Bartelt und Krohn in demselben Sinne ausgesprochen hatten, zog der Gemeindevorsteher es vor, die Vorlage nochmals an die Kommission zurückzuweisen. Die mehrtägige Beratung zeigt, daß bei der Vorbesprechung über das Statut, zu der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzugezogen wurden, die letzteren die Interessen der Arbeiter sehr schlecht vertreten haben. Das neue Rathaus wurde in die Liste der künstlerischen Gebäude aufgenommen, in deren Umgebung laut Ortsstatut nur solche Neubauten aufgeführt werden dürfen, die den künstlerischen Eindruck nicht beeinträchtigen. Der Turnerschen Vereinigung wurde die Benutzung der Turnhalle der Gemeindefabrik 1 für einen dritten Abend in der Woche gestattet, ebenso der Lehrerin Fränlein Nestlé die Halle der 2. Gemeindefabrik für einen Privatunterricht. Ferner stellt man demnächst auch der Freien Turnerschaft die Turnhallen zur Verfügung. Beschlossen wurde ferner die Uebernahme der Kreischauffee in der Kaiser-Wilhelmstraße von der Historischen bis zur Mariendorfer Grenze. Für die 1000 Meter lange Strecke zahlt der Kreis eine Abfindungssumme von 43 300 Mark. Die Gemeinde verpflichtet sich, die Straßenstrecke bis zum 31. Dezember 1912 boufähig herzustellen. Dem Kreise wird für alle Zeit gestattet, für eigene Unternehmungen die Rohrleitungen für Gas, Wasser und Elektrizität einzulegen. In einer nichtöffentlichen Sitzung wurden dann noch mehrere Punkte erledigt.

Röthenfelde.

Heute, Donnerstag, von 4-7 Uhr finden die Stadtverordnetenwahlen in der zweiten Abteilung statt. Noch einmal ergeht in letzter Stunde an die Parteigenossen die Aufforderung, sich rege an der heutigen Wahlarbeit zu beteiligen. Die Gegner arbeiten mit Hochdruck. Es kommt daher auf jede Stimme an. Es ist daher notwendig, daß auch heute noch jeder mit allen Kräften für unsere Kandidaten Liesche, Ridel und Scholz agitiert.

Die Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung endeten gestern mit dem Siege der fünf sozialdemokratischen Kandidaten. Die Genossen Finger, Müller, Stippeloh, Boil und Reidler wurden mit je 1500 Stimmen gewählt. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

Adlershof.

In der letzten Gemeindevorsteher-Versammlung wurden zunächst die Gemeindevorordneten Bach, Gruse und Raach eingeführt. Durch die Aufhebung des Volkstropfgrabens sind Grabenlandparzellen frei geworden. Es wurde beschlossen, das freigeordnete Land zum Preise von 10 Mark pro Quadratmeter anzubieten. Bei der Debatte über die Anlegung und Ausschmückung von Plätzen wurde zunächst die

Beschmückung des Platzes gegenüber dem Bahnhofgebäude besprochen. Die Ausschmückung dieses Platzes, welcher den Namen „Süßer Grund“ erhält, muß auf Grund eines Vertrages durch den Grundbesitzer Teitel vorgenommen werden. Derselbe hat nach längerem Verhandeln mit dem Gemeindevorsteher sich bereit erklärt, nach einer ihm von diesem vorgelegten Skizze die Bepflanzung ausführen zu lassen. Die Arbeiten müssen sofort in Angriff genommen werden. Die Ausschmückung des Marktplatzes wurde ebenfalls auf Grund einer vorliegenden Skizze genehmigt. Eine sehr ausgedehnte und lebhaftige Debatte entwickelte sich über Punkt 11 der Tagesordnung: „Ausscheiden aus dem Amtsbezirk Alt-Glienide“. Nach langen Vorarbeiten durch eine besondere Kommission, welcher auch der Genosse Hildebrand angehört, kam dieser Punkt endlich im Plenum zur Verhandlung. Unsere Genossen und die Herren der zweiten Abteilung stellten sich auf den Standpunkt, daß es nur von Vorteil für unsern Ort sein könne, wenn derselbe einen eigenen selbständigen Amtsbezirk für sich allein bilde und der Gemeindevorsteher zugleich die Amtsbesugnisse in Händen habe. Die idealen Vorteile und der Einfluß, den wir dadurch auf die Polizei gewinnen, sei sogar so hoch zu veranschlagen, daß wir eine Mehrbelastung des Orts mit in Kauf nehmen könnten. Der Gemeindevorstand Köhler hatte eine Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben vorgelegt. Nach dieser Kalkulation gleichen sich Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 21 000 M. aus. Die Herren der ersten Abteilung erklärten, im Prinzip mit der Ausscheidung einverstanden zu sein, sie müßten aber dagegen stimmen, weil die vorliegende Verrechnung eine viel zu niedrige sei. Die Ausführungen des Herrn Dr. Baurath, des Sprechers der Gegner, gipfelten darin, daß die Folge der Abjüngung eine Erhöhung des Einkommensteuerauschlages um mindestens 57 Proz. sein würde. Genosse Horlich trat dem Herrn in längeren Ausführungen entgegen und empfahl eindringlich die Annahme des Kommissionsbeschlusses. In der darauffolgenden Abstimmung wurde mit 9 gegen 2 Stimmen beschlossen, das Ausscheiden aus dem Amtsbezirk Alt-Glienide zu beantragen. Hierauf wurde die Mitteilung gemacht, daß gegen die der Gemeinde vor einigen Wochen erteilte Genehmigung zur Auffstellung von Urnen auf dem Gemeindefriedhof von der Synode Beschwerde erhoben worden sei. Diefelbe verlangt Befreiung der Urnen unter der Erde, weil die Gemeinde keine Urnenhalle besitzt. Im Anschluß hieran wurde die Erwahlung für den aus der Schuldeputation ausgeschiedenen Dr. Franke vorgenommen. Von den Vorgesetzten, Genosse Hildebrand und die Herren Dr. Saling, Gruse und Bach, erhielten im ersten Wahlgang Cruse 4 Stimmen, Hildebrand 3, Dr. Saling und Bach 2 Stimmen. In der Stichwahl siegte Genosse Hildebrand mit 5 Stimmen.

Die liberale Presse in unserm Ort läßt vor lauter Bettwunderrung über dieses unglaubliche Vorwissen die zwei Vertreter der ersten Abteilung, welche anwesend waren, für verkappte Rote. Hoffen wir, daß landräuliche Weisheit sie aus dem jetzigen Zustand der Maulsperrre wieder in den des liberalen Heldentums zurückführen wird.

Vernau.

Heute abend 8 1/2 Uhr bei Wünsche, Chauffeestraße, Fortsetzung des Kuriums über: „Das Erfurter Programm“. Vechter Genosse Julian Vorchardt. Der Bildungsausschuss.

Tegel-Vorfahrtswalder.

Am kommenden Sonnabend, den 12. November, abends präzis 8 1/2 Uhr, findet der von den Genossen beider Orte veranstaltete Kunstabend in B. Traups Festhallen, Bahnhofstraße 1, statt. Das Programm ist fast ausschließlich aus Opere von Richard Wagner zusammengesetzt, die vom Neuen Tonkünstler-Orchester (50 Künstler) dirigiert: Franz Holzfelder, ausgeführt werden. Gesang: Frau Erna Selbin-Sabin (Soprano) und Herr Karl Schulz (Tenor). Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Da während der Konzertaufführungen die Saaltüren geschlossen bleiben, empfiehlt es sich, pünktlich zu erscheinen. Eintrittskarten sind in beiden Orten von den Bezirksführern zum Preise von 60 Pf. zu haben.

Bei dem großen Zuspruch, den die früheren Kunstabende hatten, ist zu erwarten, daß der Besuch ein sehr reger wird und es ist daher den Besuchern zu empfehlen, sich vorher mit Karten zu versehen.

Potsdam.

In größte Lebensgefahr gerieten vorgestern zwei in Rotwaleß wohnhafte Maurer, die beim Neubau des Devots für die Maschinen-gewerkschaft des ersten Garderegiments beschäftigt waren. Die Maurer Karl Hirschmann und Otto Vorhert arbeiteten auf einem Gerüst, mit dem sie in die Tiefe stürzten. Allem Anschein nach liegt ein Verlehen beim Aufbau des Gerüsts vor. Die beiden Maurer wurden in das St. Josephskrankenhaus gebracht, wo ihre Verletzungen nicht als lebensgefährlich angesehen werden.

Spandau.

Arbeiter-Samariter-Bund, Abt. Spandau. Am Freitag, den 11. d. Mo., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Vöhle, Havelstraße 20, ein Uebungsabend statt, wozu ein Vortrag über Bewußtlosigkeit, Dip- und Schlaganfall und Verhütung durch Elektrizität gehalten wird. Nach dem Vortrage findet praktische Uebung statt. Gäste sind willkommen.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag: Anfuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Anfuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise behauptet. Sellägel: Anfuhr genügend, Geschäft still, Preise gedrückt. Fisch: Anfuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise leicht anziehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Anfuhr reichlich, besonders in Klementoff, Geschäft fast leblos, Preise fast unverändert.

Witterungsüberblick vom 9. November 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F
Stammende	754.8	SW	4 heftig	4	4	4	Landaranda	748.0			2 Schnee	-4	-4
Danzburg	754.8	SW	4 mäßig	3	3	3	Petersburg	755.0			3 bedeckt	-3	-3
Berlin	756.8		1 bedeckt	5	5	5	Seibitz	759.0			5 halb bed.	8	8
Frankfurt a. M.	758.8		5 Regen	6	6	6	Aberdeen	750.0			5 heftig	3	3
München	760.8		4 mäßig	8	8	8	Paris	759.0			1 bedeckt	6	6
Wien	762.0		1 Nebel	5	5	5							

Wetterprognose für Donnerstag, den 10. November 1910. Stmos kühl, bei veränderlicher Bewölkung und ziemlich frischen südwestlichen Winden; geringe Niederdrücke.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8.11.	am 9.11.	Wasserstand	am 8.11.	am 9.11.
Remel, Mühl	140	+10	Saale, Großh.	158	-22
Regel, Jüterberg	29	-2	Havel, Spandau	80	+14
Reichel, Thon	34	+6	Havel, Rathenow	68	-8
Ober, Raitzer	438	-10	Elbe, Spremberg	54	0
• Krollen	129	+4	• Beetzow	144	+1
• Frankfurt	144	0	Weser, Minden	18	+1
• Barche, Schrimm	12	0	• Minden	56	-14
• Landsberg	-4	+5	Rhein, Rortuliansau	490	+23
• Rehe, Borsdamm	-2	-4	• Raab	310	+13
• Elbe, Zeitzmerg	111	+55	• Rölln	401	+3
• Dresden	-46	+11	• Reitz, Heilbronn	120	-18
• Barbo	188	+42	Rain, Wertheim	244	-28
• Magdeburg	148	+34	• Rolsel, Arier	393	+124

+) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterquert.
Nach telegraphischer Meldung ist die Ober bei Raitzer bis heute um 7 Uhr morgens auf 366 cm gefallen, ihr Höchststiel befindet sich bei Drelg.

Gegründet 1867



Stiller



Eingetragene Warenzeichen für die Firma
Schuhwarenhaus
Carl Stiller
Gegründet 1867

Fortgesetzte Anfragen

veranlassen mich zur Vermeidung einer Irreführung u. Täuschung des Publikums wiederholt darauf hinzuweisen, dass die seit Jahrzehnten vorteilhaft bekannten echten Stiller-Schuhwaren, welche nebenstehende Schutzmarken tragen, nur „einzig und allein“ in folgenden Geschäften zu haben sind:

Zentrale und Versand:
Jerusalemmer Str. 38-39

Potsdamer Strasse 2 | König-Strasse 25-26
Tautenzienstrasse 19a | Schöneberg, Hauptstr. 146
Friedrich - Strasse 75 | Rixdorf, Bergstrasse 25-26

Januar 1911: Rosenthaler Strasse 5

Der reich illustrierte Hauptkatalog wird auf Wunsch gratis zugesandt

Verlag G. Birk & Co., m. b. H., München.

Neu erschienen:

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1909

bearbeitet von Wilhelm Schröder.

In Leinen gebunden M. 7,- auch in 19 Lieferungen a M. 0,30. Einbanddecke dazu M. 0,75.

Als Nachschlagebuch unentbehrlich.

Warum ich kein Sozialdemokrat bin!

von Dr. phil. Siegfried Eckart.

Eine politische Satire auf die Praktiken des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Preis M. 0,50.

Kindersegen - und kein Ende?

von Dr. Fritz Brupbacher, Arzt in Zürich.

Neue verbesserte und vermehrte Auflage. Preis M. 0,50.

Angesichts der Erschwerung der Lebenshaltung, der Preissteigerung aller notwendigen Bedürfnisse und der Opfer des Kampfes ums Dasein sollte jeder denkende Arbeiter diese vom Parteistandpunkte aus geschriebene Broschüre lesen.

Durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Kolporteurs erhalten hohen Rabatt! Verlagsverzeichnis umsonst und portofrei.



Schuhputz

Servus das Beste

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.

Fabrik: Lubzyski & Co. Berlin N.O.

Advertisement for 'Kownoer' cigars. It features the brand name in a stylized font, 'aus den Tabak-Fabriken', and 'J. Goldfarb Press. Stargard'. Below, it says 'gegründet 1839.' and 'Tabac russe à priser, goût de Kowno.' There is also a small illustration of a cigar and a box labeled 'Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“'.

2. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. November vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery numbers for the 2nd drawing of the 5th class of the 223rd Prussian Lottery. It lists various numbers and their corresponding prizes in marks.

157998 909 443 602 715 70 901 84 158187 [5000] 409

Table of lottery numbers for the 157998 drawing. It lists various numbers and their corresponding prizes in marks.

2. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. November nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery numbers for the 2nd drawing of the 5th class of the 223rd Prussian Lottery. It lists various numbers and their corresponding prizes in marks.

[1000] 49 [80 000] 58 221 [500] 439 83 517 59 55 609

Table of lottery numbers for the [1000] drawing. It lists various numbers and their corresponding prizes in marks.

Haus aller Welt.

Nochwasser in Westdeutschland.

Die sehr erheblichen Niederschläge der letzten Tage haben im westlichen Deutschland, speziell im Rheingebiet, ein starkes Steigen der Wasserläufe hervorgerufen. Einzelne Flüsse haben bereits die Ufer überflutet, das Wasser hat Felder und Wiesen in weite Seengebiete verwandelt.

In der südlichen Eifel wütete Dienstag ein heftiges Unwetter verbunden mit schwerem Hagel und Orkan, das in verschiedenen Orten großen Schaden anrichtete. In Prüm wurde ein dreistöckiger Feuerwehrturm umgerissen und die einzelnen Teile weit fortgeschleudert.

Ueberschwemmungen in Belgien.

Die Maas und ihre Nebenflüsse Semois und Durthe sind in den letzten Tagen wieder stark gestiegen. Die Schiffe haben teilweise unterbrochen und zahlreiche Ortschaften sind bereits überflutet. Bis zu 80 Häuser, die unter Wasser stehen, mußt von ihren Bewohnern geräumt werden.

Hochwasser in Frankreich.

Die heftigen Regengüsse der letzten Tage haben ein weiteres Steigen der Seine und anderer Flußläufe verursacht. Wie aus Lyon berichtet wird, ist auch die Rhone stark gestiegen und überflutet teilweise die Ufer. Ebenso ist man wegen des andauernden Steigens der Nebenflüsse der Rhone in erster Besorgnis.

Grubentatastrophe in Nordamerika.

Wie ein Telegramm aus Trinidad im Staate Colorado meldet, hat sich in einer Kohlenmine nahe Trinidad eine schwere Explosion ereignet. Einzelheiten über das Unglück liegen noch nicht vor, doch wird befürchtet, daß 70 in der Grube beschäftigte Arbeiter bei der Explosion ums Leben gekommen sind.

Eine bestialische Mutter.

Durch einen Zufall ist man in dem österreichischen Orte Pettenbach der schändlichen Brutalität einer Mutter auf die Spur gekommen. Die dortige Bauerngutsbesitzerin Riesner hielt seit vielen Jahren ihre jetzt zwanzigjährige Tochter in einem Schweinefalle gefangen. Durch den Aufenthalt in dem Stalle ist das Mädchen völlig verblödet, auch in seiner körperlichen Entwicklung ist es weit hinter seinem Alter zurückgeblieben.

Kleine Notizen.

Durch niedergehenden Gestein wurden auf der Höhe Daßbusch bei Gelsenkirchen drei Bergleute verschüttet. Einer von ihnen ist tot, die anderen sind schwer verletzt geborgen worden. Der Tod in den Bergen. Im Karpathengebirge wurden gestern die Leichen von acht ungarischen Auswanderern gefunden. Die Unglücklichen sind vor etwa sieben Monaten beim Ueberqueren der Karpathen im Gebirge von einem Schneesturm überrascht und dabei getötet worden.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß am 6. November unser Kollege, der Buchbinder Gustav Wiesener nach langem Leiden im Alter von 64 Jahren verstorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Goldler Otto Voigt gestorben ist.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Sektion: Öffentliche Beleuchtung. Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Richard Fieck am 8. d. M. verstorben ist.

Allen Freunden, Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Dienstag, den 8. d. M., früh 5 Uhr, nach kurzem, aber schwerem Krankenleiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter und Schwester gestorben ist.

Wilhelmine Zamow geb. Fischer. Dies zeigen tiefbetrübt an H. Zamow, Olga u. Ida Hintz, Familien Eichelberg u. Schneider. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Gellertmann-Gemeinde in Nordend aus statt.

Dankfagung. Herzlichen Dank für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters und Großvaters Adolf Paul sowie auch dem sozialdemokratischen Wahlverein, Bezirk Weihensee, und dem Sängerkorps. Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

10,- bis 34,- Mk. sparen Sie an jedem Anzug oder Paletot durch den direkten Selbstkauf von Stoffen für Ihre Kleidungsstücke.

Anzug oder Paletot fertig gekauft oder nach Maß bestellt kostet heute zirka 40,- bis 100,- Mk. Stoff zu demselben Anzug oder Paletot kostet bei uns zirka 10,- bis 30,- Mk.

A. B. Koch Kohlen- und Briketts-Großhandlung. Berlin O. 34. Hauptkontor: Petersburger Str. 1. Telefon: Amt 7, 3040 u. 3096.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche. Achtung! Gipsbanbranche: Achtung! Pulver, Träger und Rastspanner. Freitag, den 11. November 1910, abends 8 Uhr, bei Jannasch, Fuhlfeldstr. 10: Mitgliederversammlung.

Steppdecken Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin, Oranienstr. 158. Höchste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation aller besseren Qualitäten.

Vorwärtsleser! Aufgepaßt! Prinzen-Pfandleiche, Prinzenstraße 34. 1 Treppe (kein Laden), Monatsgarderobe und verfallene Wänder, für jede Figur passend.

Von der Reise zurück: Dr. med. Schaper homöop. Arz. Spez. Arzt für Haut-, Nasenleiden, Frauenkrankheiten. Königgrätzer Str. 27.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Gef. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Gef. III. Amt 3, 1987. Freitag, den 11. November 1910, abends 6 Uhr: Mitglieder-Versammlung für Wildau, Königs-Wusterhausen und Umgegend.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Montag, den 14. November 1910, abends 8 Uhr, in den neuen Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59: General-Versammlung.

Große Volksversammlung. Freitag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c: Große Volksversammlung. Tages-Ordnung: Der Justizmord in Chicago und seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

Orts-Frankenkasse der Stadt Schöneberg. Wahlaufruf. Alle wahlberechtigten Mitglieder der Kasse sowie die versichernden Mitglieder werden auf Grund der §§ 43 und 49 des Statuts zur Vornahme der Wahl der Vertreter der Generalversammlung zu dem festgesetzten Wahltermin hierdurch eingeladen.

Die Wahl der Vertreter der Ortsverwaltung. 112 Vertreter und 112 Stellvertreter. Die Wahlen sind geheim und müssen durch Stimmzettel vorgenommen werden. Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Kassennmitglied (männlich und weiblich), welches über 21 Jahre alt ist und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet.

Dr. Schönemann Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 66117 jetzt Oranienstr. 139, gegenüber Kommandantenstraße. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Eine Wurst gratis erhält jeder Käufer beim Einkauf von 1 Mk. an bei der Eröffnung meiner Fleisch- und Würstzentrale am Donnerstag, den 10. nachmittags. Zimmermann, Seefr. 68K, Ede Gutsstr. 2.

Eszen Sie Seefische!
Seefische sind gesund, nahrhaft u. wohlschmeckend.

Von Donnerstag früh 8 Uhr an verkaufen wir:

fl. feller Kabeljau im Anschnitt	pro Pfd.	32 Pf.
" " Seelachs "	" " "	28 Pf.
" " Goldbarsch "	" " "	25 Pf.
" " grosse Rotzungen "	" " "	40 Pf.
" " Bratschollen "	" " "	25 Pf.
" " Bratschellfisch "	" " "	25 Pf.

Alle anderen Seefische gleichfalls sehr billig.

Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee“
Größte Hochseefischerei Deutschlands
Hauptgeschäft: Berlin C. (Bahnhof Börse) Tel. Amt III 8804
Niederlagen:
S., Oranienstr. 3.
Charlottenburg: Augsburger Str. 18.
Spandau: Broite Str. 24.
Schöneberg: Akazienstr. 31.
Steglitz: Schloßstr. 121.
Zehlendorf: bei Herrn Karl Schöa, Grünwald-Allee 2. Fernsprecher 1179.
Weißensee: Langhausstr. 143.

Eigene Filialen:
C.: Bahnhof Börse, Bog. 9-10.
N.: Invalidenstr. 131.
O.: Gr. Frankfurter Str. 85.
O.: Medistraße, Bogen 8-9 (Fruchtstraße gegenüber).
S.: Prinzenstraße 94.
Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 111.

Eigener Seehafen.

Lebensunterhalt oder guten Nebenverdienst kann man sich zu Hause mit Stricken für uns oder Private auf unserer erstklassigen Strickmaschine verdienen. Wir liefern dieselbe mit 50 R. Anzahlung und bequemem Teilzahlung. Winteren gratis. 13225*

— Streng reelles Unternehmen. —
Strickmaschinen-Vertriebsgesellschaft m. b. H. Köln.
Gen.-Dir. P. Hirschfeld, Berlin C. 19, Belfort 90/91.

Wie die Palme
das auf der Erde wandelnde Tierreich überträgt, so übertragen die Pflanzenfette PALMIN und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) die tierischen Fette durch ihre Reinheit und Güte. Das beweist am besten der Umstand, daß Palmöl und Palmölmargarine Fette in der feinen und bürgerlichen Küche immer mehr verdrängen. Palmöl zum Kochen, Braten und Backen. Palmölmargarine als Brotaufstrich.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Kuestergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Pelz-Stola-Verkauf
zu hervorragend billigen Preisen!

Eigene Kürschnerei.
so große Riesenhafte Auswahl

über **1000** Stolas von 8 Mark an
Colliers von 1,50 Mark an
Echte Skunks-Stolas von 85 Mark an

Eile zu Weile
Dresdener Str. 119, Eckhaus
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellenanzeige und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf. Das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Anzeigestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (farblos) Gelegenheitsverkauf. Fabriklager Rauterhoff, Große Frankfurterstraße 9, Aueringang. Sonntags 6 Prozent Extrarabatt. Sonntags geöffnet.

Stehbetten billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Aueringang.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Aueringang. 24191*

Justizhaus. 141 Jahre Lebenserinnerungen von Herr Doctor. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Bornardt.

Trachten. Kriger u. Hüfen. Rosenstraße 29. 18509*

Bilder kaufen Sie direkt! Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.

Gasthaus. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Formenreier erhalten! 1000 Progen Extrarabatt. Selbst bei nachschickenden Gelegenheitsverkäufen.

Teppiche (farblos) billig! Teppichdecken, eine Partie, Lebenswert.

Wäschportieren 3,50 Mark.

Wäschschlecken mit Stiefeln 6,50.

Teppich-Thomas. Oranienstraße 100, Oranienplatz, Rosenstraße 54. 16309*

Biederbetten. Stand 11,00, große 16,00, Bische, Gardinen, Teppiche billig! Plandelhaus, Rüttenersplatz 7. 16209*

Winterpaletots. Belgische, Anzüge, Hüte, Sammfächer, Portieren, Steppdecken (billig) Plandelhaus, Rüttenersplatz 7. 16279*

Hermannplatz 6. Allerbilligste Plandelverkauf. Kienlauer, Winterpaletots, Sommerpaletots, Badelanzüge, Webwaren, Herrenkleider, Extrabillige Belgische, Kienlauer, Plandelhaus, Rüttenersplatz 7. 16279*

Herrenkleider in allen Preislagen. Kienlauer, Plandelhaus, Rüttenersplatz 7. 16279*

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Gardinen, Jubelstoffe, 1 bis 3 Fenster, 1,25, 1,45, 1,85, 2,35, 2,85, 3,75, 4,65 ufm.

Durch Staub beschädigte Gardinen und Stores, schwere Qualitäten mit 10 Progen extra Rabatt. G. Weisenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Fabrik. 16619*

Tüllbetten, Bettgröße, Stück 1,85, 2,35, 2,85, 3,65 ufm.

Erbsenbetten, Bettgröße, Stück 2,85, 3,65, 4,50, 5,75, 6,90, 7,60 bis 45 Mark. Große Frankfurterstraße 125, im Hausgebäude.

Wäschportieren, komplette Garnitur 3,25, 3,75, 4,65, 5,85, 7,50.

Wäschportieren 6,45, 6,95, 7,85, 9,45, 11, 13, 15, 18, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000.

Teppiche! (lederballe) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Leinwand, Bräun, Gafischer Markt 4, Kabinenstraße. (Wieder des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Damenhüte, Kinderhüte, Pup- artikel in reichhaltiger Auswahl — Robermustern nach Modellanlagen — beigebrachte Zutaten verwendbar — solche Ausführung ungleichwert — Preise bekannt billig — Michael Cohn, Vertreter des Konsum-Berufsvereins und Rabattparvereins "Vorwärts" — Brandstraße 11 — Alte Schönhauserstraße 4 — Beuststraße 24. 16969*

Teppiche. Vorwärtsler erhalten 10 Prozent. Große Vorwärts Teppiche mit kleinen Bedeckern, circa 200x300 11,75, 250x350 16,50, 300x400 20,00. Portieren, Gardinen, Tischdecken, Sofaläden, feste, Kältefeste, billig! Teppichhaus V. Lehmann, Potsdamerstraße 100 B (kein Laden). Hausnummer beachten! 16489*

Gelegenheitsverkäufe. Stehmodelle, Polster Damentüfel, Paletots, teils auf Seite 10 Mark, elegante Kostüme, 15 bis 27 Mark, elegante Paletots, Stoffmüde, Hüte (billig). (Ersparnis Labennette) Julius Kienlauer, Beuststraße 106, 3 Treppen. 16489*

Schönhauserallee 114 (Ringbahn-) hol Plandelhaus befindet sich Groß-Verkauf (billigste Einkaufsquelle) Kienlauer's Plandelverkauf! Gelegenheitsverkäufe! Damenkleider! Tüchlein! Herrenkleider! Goldwaren! Herrenkleider! Winterpaletots! Gardinen! Steppdecken! Lager! Brautkleider! Aussteuerwände! Belgische! Portieren! Lager! Fahrvermittlung! 16579*

Kienlauerwache in Betten. Stand rotroter Düll 10,50, Oranien-Plandel, Oranienstraße 29a. 129/12

Vorwärts-Teppiche. Wäschdecken 5, Portieren 3,75, Bettwäsche, Hüte, Betten nur Oranien-Plandel, Oranienstraße 29a. 129/13

Winterpaletots, Herrenanzüge zu billigen Preisen. Oranien-Plandel, Oranienstraße 29a. 129/14

Unserer aus dem Lämpel der Kultur. Sattlerbuch von Fritz Schwabner. Verlag der "Arbeiter", Berlin. Preis elegant gebunden 1.- Mark. Zu haben Buchhandlung Bornardt. 10999*

Gebrauchte Nähmaschinen billig. Belmann, Solnowstraße 26. 3279*

Teppichspezialhandlung Emil Lehmann, nur-Oranienstraße 158, Kienlauer-lager 4,35, 6, 10 bis 1500 Mark, lederballe Teppiche (billig), Spezialkatalog 600 Abbildungen gratis. 17049*

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Möbelerichtung auf Teilzah- lung. Etage und Küche 15 Mark. Verleihen gemessene Möbel (billig). Gerolme, Kastanienallee 49. 18309*

Wienleustraße 10, Ecke Rosig- t S. Gran, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung.

Möbel! Für Brautleute günstige Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung geht schon Etage und Küche. An jedem Stadteinfahrt. Preis. Ueberbeteiligung daher ausgeschlossen. Bei Krankeisfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Rückzahl 2. Goldhaus, Postenstraße 32, Ecke Wienleustraße. Kein Abzahlungs-geld! 16019*

Möbelfachende! Brautleute enorme Stuhl-, billige Preise. Andreas-straße 30, geradeüber Markthalle. Dinnagel. 16589*

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Musik.

Ruhbaumpianos, herrlicher, gangbarer Ton, wenig gebraucht, hoch billig! Potsdamerstraße 27b, hochpartier. 16799*

Pianos, hohe, goldgraviert 100,- (Teilzahlung), Turmstraße 81. 13409

Pianos, gebrauchte von 100,00 Mark (Teilzahlung). Scherer, Chausseestraße 106. 13409

Frachtpianos, wie neu, umhän- derbar 250,00, Ardenstraße 2, hochpartier links (Rümpelstr.). 305/10

3000 Sprengmaschinen, großer Gelegenheitsverkauf, Stück 5,00 bis 30,00. Wagnom, Weinmeisterstraße 14, Rosenstraße 48, Andreasstraße 28, Rottbuschdamm 8. 15799*

55 000 Schallplatten habe ich auf Lager. Günstigste Gelegenheit für Wiederverkäufer, fast alle Marken vertreten. Stück 0,30, 0,45, 0,75, 1,00, Dacapo-Platten 1,75, Zonophon-Platten, grünes Etikett, 100 3,- nur 2,-, Odeon-Platten, 27 Zentimeter groß, 100 5,- nur 2,50, Wagnom, Weinmeisterstraße 14, Rosenstraße 48, Andreasstraße 28, Rottbuschdamm 8. 16259*

Hausreinigung an anständige Leute zu vergeben, 4 Aufgänge, kein Teppich klopfen, 35 Mark. Nummern-Str. 45, Wilhelmstraße 45. 1106

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Teppiche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.

Verschiedenes.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeleitene (Einzelstunden und im Kurs) erteilt G. Smeets, Charlottenburg, Stutzgarter Platz 9, Gartenhaus III.

Patentanwalt Wessel, Büchsen-straße 9a.

Freiunterricht erteilt Anfängern in Sprachen und philosophischen Fächern. Friedrichs-Rolle, Friedrichs-Waldenstraße 16, vom IV. 17609*

Chausseur-Ausbildung, gründlich, verschiedene Systeme, Stellennachweis kostenlos. Prosekt frei. Tages-, Abendkurse. Autotechnikum Berlin, Charlottenburg, Friedbergstraße 27.

Vermietungen.

Mietsgesuche.

Leeres Zimmer, Küche oder kleine Stagenwohnung, Sonnenseite, Wasserleitung, Zentralheizung oder Kachelofen. Preisofferten S. 1, "Vorwärts", Hauptexpedition. 17635

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Lehrling verlangt Schlosser, Bälowsstraße 6. 198/3

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Buchhändler-Verband
(Baltische Berlin)

Im der Wäckerhagenstraße von Gebr. Schmitzer, Ritter-Str. 71-75, ist wegen Nichtbewilligung des Karites die Arbeit niedergelegt worden. 26/10

Die Ortsverwaltung.

Von den Vertretern der hannoverschen Gewerkschaften wird versucht Streikarbeit aus Hannover in Berlin auszuführen zu lassen. Wir erlauben unsere Kollegen beim Angebot der Verwaltung sofort Mitteilung zu machen. Die Streikarbeit ist zu verweigern. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit und Lohn-differenzen sind gesperrt: H. Borchardt & Co., Wäckerhagen-Str. 26.

Wäsche. Täglich bis 10 Uhr (ohne Kaufsumme). Kienlauer Louis Böttcher (selbst). Betriebsleitung Bogdanerstraße 12 (Garten). Besichtigung: (Bogdanerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.